

NEUE ZEIT

MAI 1980

21

Stadt- u. Bezirksbibliothek Cottbus
— Hauptbibliothek —
75 Cottbus, Berliner Str. 13/14
Fernruf 24398



Abgeschrieben
aus dem Bestand der Bibliothek

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Datum _____ Unterschrift des Lesers _____



14159-21 123 678 190
BIBLIOTHEK-BEZ
7500-3308
BELS-13-14

In die weltberühmte usbekische Stadt Buchara am Unterlauf des Serawschan kommen zu Tausenden Touristen aus allen Teilen der UdSSR und dem Ausland, um sich an Meisterwerken aus ferner Vergangenheit zu erfreuen. An die 140 Architekturdenkmäler sind hier erhalten, und nahezu um jedes ranken sich Legenden.

Die Sowjetmacht nahm sich gleich nach der Revolution der Gedenkstätten an. Die Jahrhunderte sind an den großartigen Bauwerken nicht spurlos vorübergegangen. Viele Perlen mohammedanischer Architektur waren schon dem Verfall nahe. Sie zu restaurieren, ist heute Anliegen des ganzen Volkes.

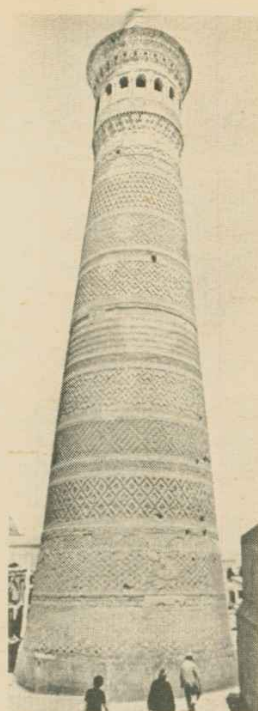
Der Staat stellt große Summen zur Verfügung, und die Restaurationsarbeiten werden wissenschaftlich betrieben. Dafür gibt es ein Unionsforschungsinstitut und in alten Städten Restaurationswerkstätten, so auch in Buchara, wo berühmte Baudenkmäler in ihrer einstigen Schönheit wiedererstanden sind: das Samaniden-Mausoleum (En-

de des 9., Anfang des 10. Jahrhunderts), die Kaljan-Moschee, im 12. Jahrhundert erbaut, im 15./16. Jahrhundert umgebaut, die Medresse Miri-Arab, eine islamische Schule von 1536.

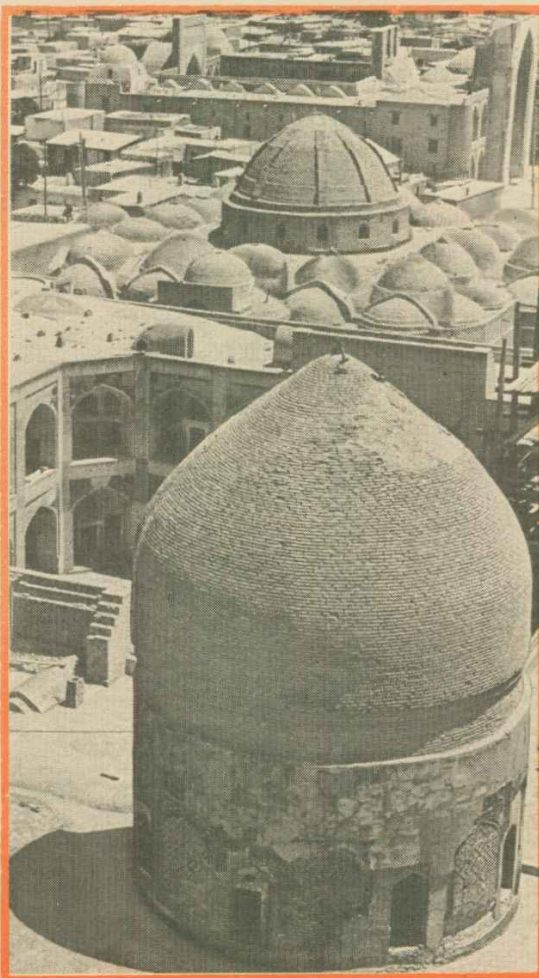
Eine der ältesten Städte der Welt (Ausgrabungen sprechen dafür, daß Buchara über 2000 Jahre alt ist) ist unter der Sowjetmacht

neu erstanden. Heute ist sie ein großes Industriezentrum der Usbekischen SSR und zugleich berühmt für ihre Volkskunst. Kupferarbeiten, Holzschnitzereien, Goldwirkarbeiten, Seidenstoffe, Juwelierarbeiten und andere Erzeugnisse von Meistern aus Buchara sind im In- und Ausland geschätzt.

Das Kaljan-Minarett



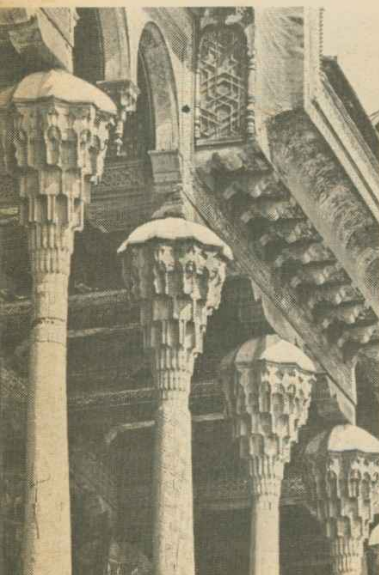
Fotos
M. Gratsc



**Buchara,
Anziehungspunkt
für Touristen**

**Blick
vom Kaljan-Minarett**

**Säulen
der Bala-Chaus-Moschee
Restauratoren
am Werk
Mosaikfragment**



AUFRUF UND MAHNUNG

Der Friedenskampf hat einen neuen Impuls erhalten. Die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages hat auch diesmal die Hoffnungen der Menschen, die über die neueste internationale Entwicklung Besorgnis empfinden, nicht getäuscht. Die von der Tagung angenommene Deklaration ist sowohl Aufruf als auch Mahnung: Aufruf an alle, denen der Frieden am Herzen liegt und die bereit sind, bei seiner Festigung zusammenzuarbeiten; Mahnung an diejenigen, die es wagen, das Schicksal der Völker aufs Spiel zu setzen.

Vor der Tagung stellte die westliche Presse Prognosen über ihre Beschlüsse an. Gestritten wurde aber nur darüber, welche konkreten Vorschläge die sozialistischen Länder unterbreiten würden. Niemand dachte auch nur im entferntesten daran, sie würden in der heutigen Situation das Lenkrad umschwenken und die Verhärtung des NATO-Kurses mit einer Verhärtung der eigenen Politik beantworten. Das ist kennzeichnend. Was die politischen Gegner der UdSSR auch sagen, welche Ränke sie ihr und ihren Verbündeten auch unterstellen mögen, sie wissen: Die Staaten des Warschauer Vertrages sind aufrichtige Anhänger der Entspannung und entschlossene Gegner all dessen, was den Frieden untergräbt.

Läßt sich die Politik der Westmächte nicht auf einen gemeinsamen Nenner bringen, weil die Ansichten über die Probleme von Krieg und Frieden viel zu unterschiedlich sind, so weist die Politik der sozialistischen Länder sehr wohl einen gemeinsamen Nenner auf. Frieden ist das größte Gut für sie, alle ihre internationalen Schritte verfolgen das Ziel, das wichtigste, heilige Recht des Menschen — das Recht auf Leben — zu behaupten.

Die internationale Gemeinschaft braucht keine Pax americana, die nur ein Versuch ist, rücksichtslose Eingriffe in die Geschicke von Ländern und Völkern zu legalisieren. Sie lehnt auch ein „Gleichgewicht der Angst“ ab. Die Menschen wollen, daß die internationalen Beziehungen auf Gleichheit und Vertrauen fußen, auf der Achtung des Rechts eines jeden Volkes, seinen Weg zu wählen, auf der Zusammenarbeit bei der Lösung der gemeinsamen Probleme der Menschheit. Die enormen Summen, die heute

für die Rüstungsproduktion draufgehen, könnten weit nützlicheren Dingen zugeführt werden. Vor allem aber würden auf Vernunft und Wohlwollen fußende zwischenstaatliche Beziehungen die Möglichkeit bewaffneter Konflikte ausschließen. Die Länder der sozialistischen Gemeinschaft setzen sich für eine solche Rechtsordnung ein.

Viele glauben, eine Welt ohne Waffen und Kriege sei eine Utopie, besonders heute, da die Reaktion wieder die Kräfte sammelt, das Rüstungsfließband mit erhöhter Geschwindigkeit läuft und bald das eine, bald das andere Land mit Blockade, Sanktionen und bewaffneter Einmischung bedroht wird. Der Sozialismus schien einst ebenfalls eine Utopie. In unserem Zeitalter aber leben viele Völker nach seinen Gesetzen und gestalten ihre Beziehungen auf dem Fundament der Brüderlichkeit. Ein militärisch-politisches Bündnis wie die Organisation des Warschauer Vertrages enthält keine andere Doktrin als die der Verteidigung.

Die Herbeiführung eines dauerhaften Weltfriedens ist ebenfalls eine reale Aufgabe, wenn sie auch Zeit braucht. Doch muß dafür schon heute gekämpft werden. Der Kampf wird schwer sein. Man darf die Potenzen der kalten Krieger nicht unterschätzen. Die reaktionären Kreise sind imstande, die internationalen Beziehungen negativ zu beeinflussen. Doch ist auch etwas anderes klar. Die Gewaltmethoden versagen in einer Region der Welt nach der anderen. Beispiele dafür gibt es mehr als genug. Das geschieht nicht deshalb, weil zufällig eine kleine Schraube in dem auf Hochtour laufenden Mechanismus einer aggressiven Aktion lose ist. Die Vorhaben der Kräfte, die sich am Frieden vergreifen, haben keine Zukunft, weil sie den objektiven Erfordernissen der Zeit und den allgemeinemenschlichen Bestrebungen zuwiderlaufen.

Die sozialistischen Länder halten sich an das Gebot Lenins: Zur Konsolidierung des Friedens bedarf es vor allem zahlreicher praktischer Handlungen. Sie sind bereit, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, denen es an einem zuverlässigen Sicherheitssystem liegt. In dieser Hinsicht sind die Warschauer Gespräche Breshnew—Giscard d'Estaing besonders wichtig.

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets und der Ministerrat der UdSSR erörterten die Ergebnisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses und brachten ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß die Freundschaft und Geschlossenheit der sozialistischen Bruderländer, die weitere Entwicklung ihrer Zusammenarbeit mit allen friedliebenden Staaten und breiten gesellschaftlichen Kräften zu neuen Erfolgen der Entspannungspolitik führen und die 80er Jahre zu Jahren des Friedens und friedlichen Aufbaus machen werden.

NEUE ZEIT

WOCHENSCHRIFT FÜR POLITIK

Nr. 21 MAI 1980

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FJODOROW

Redaktionskollegium: L. BESYMENSKI, S. GOLJAKOW (Verantw. Sekretär), V. GUSTSCHIN, W. KUSNEZOW, A. PIN, B. PISTCHIK (Stellv. Chefredakteur), I. TROFIMOWA, V. TSCHERNJAWSKI (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. WOLSKI

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. KRESTJANINOW

IN DIESEM HEFT:

Aufruf und Mahnung	1
N. Schischlin — Warschauer Vertrag. Vernunft und guter Wille	5
V. Krawzow — UdSSR—Frankreich. Aktueller Dialog	7
W. Kusnezow — NATO. Auf gefährlichem Kurs	8
W. Gawilewski — Jugoslawien. Tagung des SFRJ-Präsidiums	8
A. Uswatow — Kabuls Initiative	9
L. Besymenski — Österreich. Belvedere, 25 Jahre später	10
L. Mletschin — Gesetzmäßig	11
M. Kostikow — Schweden. Kein Paradebeispiel mehr	12
N. Schimmel — Vulkan Seoul	13
J. Knorre — Ungarn. Mitarbeit am Interkosmos-Programm	14
Notizen ♦ Glossen	16
Solidarität mit Afrika	18
V. Sidenko — Sambia. Der Adler steigt höher	18
N. Chalfin — Die „Leiden“ der neuen Disraelis	20
M. Podwigin — Geraubtes Meißner Porzellan	23
Diskussion mit dem Leser	24
PS	25
Dokumente:	
Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages	26
Erklärung	32



Warschau. Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Warschauer Vertragsstaaten.

Foto: W. Mussaeljan und W. Sobolew (TASS)

Gestaltung: A. Garanin

Verlag der Zeitung „Trud“, Moskau

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, portugiesischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Puschkinskaja Ploščad

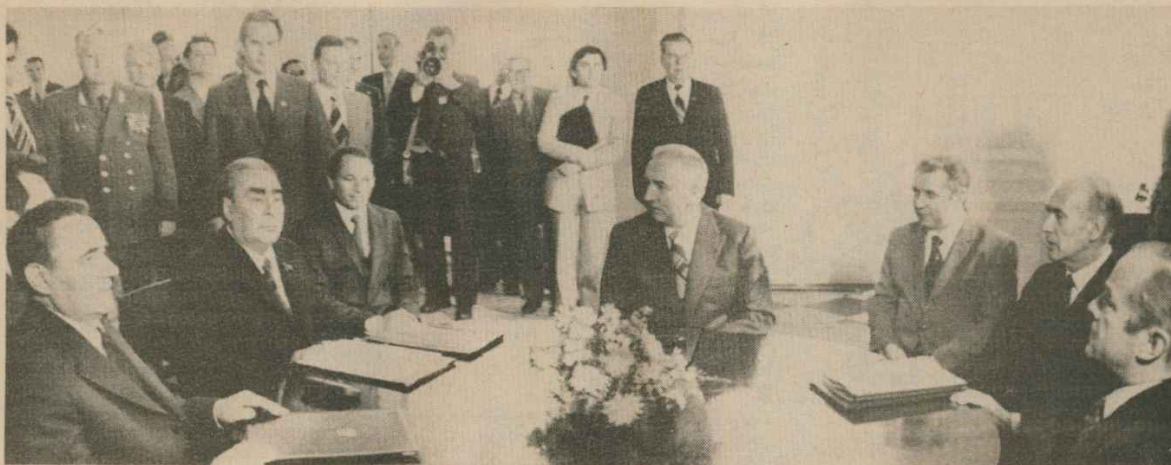
Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Am 14. und 15. Mai tagte in Warschau der Politische Beratende Ausschuss der Warschauer Vertragsstaaten. An der Beratung nahmen die Delegationen Bulgariens, Ungarns, der DDR, Polens, Rumäniens, der UdSSR und der CSSR unter Todor Shiwkow, János Kádár, Erich Hon-ecker, Edward Gierek, Nicolae Ceaușescu, Leonid Breshnew und Gustáv Husák teil, ferner der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsstaaten, Marschall der Sowjetunion Viktor Kulikow, und Stabschef Armeegeneral Anatolij Gribkow (siehe S. 5).

Das Politbüro des ZK der KPdSU, das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR und der Ministerrat der UdSSR erörterten die Ergebnisse der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und billigten voll und ganz die Tätigkeit der sowjetischen Delegation. Es wurde betont, daß die Beschlüsse der Tagung richtige Orientierungspunkte geben, um weiterzuschreiten zur Festigung des Friedens in Europa und in der ganzen Welt, daß sie der Entspannung einen neuen starken Impuls geben.

Am 19. Mai fanden in Warschau Gespräche zwischen Leonid Breshnew und dem Präsidenten der Französischen Republik, Valéry Giscard d'Estaing, statt, an denen auch der Erste Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, teilnahm. Die Gespräche trugen Arbeitscharakter. Fragen der internationalen Lage, Initiativen zu einem Abbau der bestehenden Spannungen sowie Fragen der bilateralen Beziehungen wurden erörtert. An dem Treffen nahmen auch Andrej Gromyko und der französische Außenminister, Jean François-Poncet, teil (siehe S. 7).

Am 15. und 16. Mai fanden in Wien die Feierlichkeiten anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung des Staatsvertrages über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich statt. Leonid Breshnew richtete eine Grußbotschaft an Bundespräsident Rudolf Kirchschläger und Alexej Kossygin an Bundeskanzler Bruno Kreisky. An den Feiern nahmen die Außenminister der vier Großmächte UdSSR, Frankreich, USA und Großbritannien, der Signatarstaaten des Staatsvertrages, teil. Andrej Gromyko traf mit Bruno Kreisky zusammen. Ferner hatte er eine Begegnung mit dem KPÖ-Vorsitzenden Franz Muhri. Am 16. und 17. Mai hatte Andrej Gromyko Gespräche mit den Außenministern Frankreichs, der BRD, Großbritanniens, Italiens und der USA — Jean François-



Warschau, den 19. Mai. Bei den Gesprächen zwischen Leonid Breschnew und Valéry Giscard d'Estaing, an denen auch Edward Gierek teilnahm

Foto: TASS

Poncet, Hans-Dietrich Genscher, Lord Carrington, Emilio Colombo und Edmund Muskie. Fragen der bilateralen Beziehungen und aktuelle internationale Probleme wurden erörtert. Andrej Gromyko hatte ferner eine Begegnung mit UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim (siehe S. 10).

Am 19. Mai traf Ilie Verdeț, Mitglied des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP und Ministerpräsident der Regierung der SR Rumänien, zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau ein. Am gleichen Tag trafen Alexej Kossygin und Ilie Verdeț im Kreml zusammen, wurden Gespräche über eine Ausweitung und Vervollkommen der Zusammenarbeit geführt. Am 20. Mai empfing Leonid Breschnew im Kreml Ilie Verdeț. An dem Gespräch nahm auch Alexej Kossygin teil.

Am 15. Mai wählte das Präsidium der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien Cvijetin Mijatović, den Vertreter der Sozialistischen Republik Bosnien und Herzegowina im SFR-Präsidium, zum turnusmäßigen (für ein Jahr) Vorsitzenden des Präsidiums. Leonid Breschnew richtete an Cvijetin Mijatović ein Glückwunschschreiben zu seiner Wahl (siehe S. 8).

Am 20. Mai sind 60 Jahre vergangen, seit zwischen der UdSSR und dem Iran diplomatische Beziehungen aufgenommen wurden. Leonid Breschnew richtete ein Glückwunschschreiben an den Führer der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Ruhalla Mousawi Khomeini. Darin heißt es, daß sich die Sowjetunion in

ihren Beziehungen zum Iran stets von den Leninschen Prinzipien der Außenpolitik — Gleichheit, Achtung der Souveränität und der territorialen Integrität, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten — leiten läßt. Leonid Breschnew richtete ferner eine Grußbotschaft an den Präsidenten des Iran, Abolhassen Banisadr.

Am 19. Mai empfing Alexej Kossygin im Kreml den Informations- und Rundfunkminister Indiens, Vasanth P. Sathe.

Am 15. Mai empfing Michail Suslow Jan Szydłak, Mitglied des Politbüros des ZK der PVAP, Vorsitzender des Zentralrates des Polnischen Gewerkschaftsverbandes und des Zentralvorstandes der Gesellschaft für polnisch-sowjetische Freundschaft.

Vom 16. bis 18. Mai fand in Basse Terre, dem Verwaltungszentrum Guadeloupes, der VII. Parteitag der KP Guadeloupes statt. Das ZK der KPdSU richtete eine Grußbotschaft an den Parteitag.

Das vietnamesische Volk beging am 19. Mai den 90. Geburtstag des ersten Präsidenten des unabhängigen Vietnam, Ho chi Minh. In Hanoi fand eine Festsetzung mit den Führern der KPV und der SRV, namhaften Politikern der Vaterländischen Front sowie den Leitern der ausländischen Delegationen statt, die an der internationalen Konferenz „Vietnam und die Welt“ teilnahmen. Romesh Chandra, Präsident des Weltfriedensrates, gab auf der Sitzung den Beschluß des Weltfriedensrates bekannt, einen Ho-chi-Minh-Preis zu stiften, der

aktiven Kämpfern für Unabhängigkeit und Freiheit verliehen werden soll, und den 19. Mai zum Internationalen Kampftag für Unabhängigkeit und Freiheit zu erklären. Dem 90. Geburtstag Ho chi Minhs war eine wissenschaftliche Konferenz in Moskau gewidmet.

Die Werktätigen Nikaraguas begingen den 85. Geburtstag ihres Nationalhelden, Augusto César Sandino, der Ende der 20er Jahre das Volk zum Freiheitskampf gegen die Intervention der US-Imperialisten mobilisierte. Aus diesem Anlaß fanden in Sandinos Geburtsort Niquinohomo eine Kundgebung und in der Hauptstadt Managua ein Festabend statt.

Am 13. Mai folgten Hunderttausende Werktätige Frankreichs dem Aufruf der Gewerkschaften und legten ihre Arbeit nieder, um ihre sozialen Errungenschaften zu verteidigen. In Paris fand eine Großkundgebung statt. Es erschien keine Tageszeitung. Der Postbetrieb kam zum Erliegen. Der Streik griff auf die Pariser Metro, den Busverkehr und auf die Eisenbahn über.

Am 14. Mai führten die Werktätigen Großbritanniens auf Initiative des TUC einen Aktionstag durch. Sie verlangten von der Tory-Regierung ein Abgehen von der volksfeindlichen Politik. In vielen Fabriken ruhte die Arbeit. Auch Werktätige des Verkehrswesens, Bergleute und Lehrer traten in den Streik. Massendemonstrationen und -kundgebungen wurden abgehalten.

Die Regierung der DR Afghanistan gab eine Erklärung ab, die konkrete Vorschläge für eine Regelung der Beziehungen zum Iran und zu Pakistan enthält (siehe S. 9).



Afghanische Schüler aus der Provinz Balkh

Foto: M. Olimow (TASS)

Am 17. Mai wurde in Brüssel die 4. Konferenz der Interparlamentarischen Union für Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa abgeschlossen. Ein Dokument zur Festigung der Entspannung, zu ihrer Ausweitung auf den militärischen Bereich und zur Erweiterung der allseitig vorteilhaften Zusammenarbeit in der Wirtschaft und in anderen Bereichen wurde verabschiedet.

Am 14. Mai wurde in Salisbury die erste Sitzung des Parlaments des unabhängigen Simbabwe eröffnet. Der Präsident der Republik, Canaan Banana, legte das Regierungsprogramm dar. Er erklärte, Simbabwe wolle eine Politik der Nichtpaktgebundenheit und der Freundschaft zu allen Ländern verfolgen.

Ayatollah Khomeini, der Führer des Iran, billigte den Plan, eine Internationale Konferenz zur Untersuchung der Aggressionsakte der USA gegen den Iran vom 2. bis 5. Juni in Teheran abzuhalten.

Unter dem Druck Washingtons faßten die Außenminister der EG-Länder am 18. Mai den Beschluß, am 22. Mai Wirtschaftssanktionen gegen den Iran zu verhängen. Doch diese Sanktionen werden nicht so weit gehen, wie das Washington verlangt. So gelten sie nicht für Kontrakte, die diese Länder vor dem 4. November 1979, als die US-Geiseln in Teheran genommen wurden, geschlossen haben. Großbritannien weigerte sich überhaupt, Kontrakte rückwirkend zu stornieren.

Im Schwarzenghetto von Miami (US-Staat Florida) richteten die Polizei und

Einheiten der Nationalgarde am 17. und 18. Mai ein Blutbad unter der Bevölkerung an, die ihrem Protest gegen den brutalen Mord an dem Afroamerikaner McDuffy durch Polizisten und gegen die Freisprechung der Mörder durch ein weißes Geschworenengericht Ausdruck verliehen. In den ersten beiden Tagen der Unruhen wurden unvollständigen Angaben zufolge 19 Personen getötet und ca. 350 verletzt.

Vom 12. bis 14. Mai tagten in Evère bei Brüssel führende NATO-Organen (siehe S. 8).

Am 16. Mai sprach das Unterhaus des japanischen Parlaments mit 243 gegen 187 Stimmen dem Kabinett Ohira das Mißtrauen aus. Das Parlament wurde aufgelöst, und für den 22. Juni wurden Neuwahlen angesetzt (siehe S. 11).

Rudolf Kirchschläger wurde als Bundespräsident der Republik Österreich für weitere sechs Jahre wiedergewählt.

In Belgien wurde eine neue Koalitionsregierung unter dem Vorsitzenden der Christlichen Volkspartei, Wilfried Martens, gebildet.

Am 14. Mai wurde in Ägypten ein neues 26köpfiges Kabinett gebildet, das direkt von Präsident Anwar Sadat, der das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, geleitet wird.

Am 18. Mai gab das Militärkomitee der Nationalen Befreiungsfront von Uganda die Bildung einer neuen Regierung bekannt, der 24 Zivilisten und 4 Militärs angehören.

Die Regierung Südkoreas trat zurück, die Macht im Lande wurde faktisch von den Militärs usurpiert (siehe S. 13).



In Seoul kam es zu erbitterten Zusammenstößen zwischen den Teilnehmern einer regierungsfeindlichen Demonstration und der Polizei. Unser Bild: Polizisten im Einsatz gegen Demonstranten

Foto: UPI-TASS

Ich bin aufs höchste empört über die Verleumdungskampagne der USA und ihrer Verbündeten gegen die UdSSR. Die westliche Presse stellt den Charakter der Beziehungen der UdSSR zu den revolutionären Kräften des Orients. Die Herrschaften, die sich da als „Verfechter der Menschenrechte“ aufspielen, mögen uns die Frage gestatten: Warum die pharisäische Behauptung, ihnen liege das Schicksal des afghanischen Volkes am Herzen? Die Fakten sprechen ihre eigene Sprache. Ist es ja kein Geheimnis, daß gerade die CIA konterrevolutionäre Banden ausbildet und bewaffnet, die afghanische Frauen, Kinder und Greise ermorden. Von den Imperialisten ist es kaum zu überbietende Heuchelei zu erklären, sie seien für Frieden und Souveränität der Völker, zugleich aber zu Diktat, Erpressungen und Wirtschaftsblockade zu greifen, ihnen mit einem Krieg zu drohen. Die Völker, die für Freiheit, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen, werden sich immer klarer bewußt, daß sie engste Beziehungen zu den Ländern der sozialistischen Gemeinschaft brauchen.

S. IMAMOW
Moskau

Welch schändliche Farce der USA! Einerseits erklärte der Präsident, ihm seien bei einer Auslieferung des Ex-Schahs an den Iran, wo jener sich vor dem Gericht des Volkes zu verantworten hat, die Hände gebunden. Hierbei ließ das State Department immer wieder verlauten, daß die USA bislang derartiges nicht praktiziert haben. Zugleich aber hatte die US-Administration keine Skrupel, schnellstmöglich Diplomaten des Iran und iranische Studenten auszuweisen. Ihnen wurde sogar mit „strengen Strafen“ gedroht, falls sie dieser Anordnung nicht Folge leisten. Das iranische Volk steht jetzt vor vielen Problemen, die sich überwiegend durch die Raubpolitik der US-Monopole erklären.

Rani Urmiladevi MASUDA
Ajmer, Indien

Es wäre zu begrüßen, wenn Ihre Zeitschrift neben Beiträgen über weltpolitische Themen mehr Informationen über das gesellschaftliche und kulturelle Leben in der UdSSR bringen würde.

Sam YATES
Minneapolis, USA

VERNUNFT UND GUTER WILLE

Nikolai SCHISCHLIN

Die jüngste Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages wurde in der Welt besonders beachtet. Das hat mehrere Gründe.

Erstens begeht das militärisch-politische Verteidigungsbündnis der sozialistischen Staaten sein 25jähriges Jubiläum — Anlaß genug, ein Fazit aus seiner Tätigkeit zu ziehen und seinen Platz im internationalen Leben von heute zu beurteilen.

Zweitens begann in den 80er Jahren eine merkliche Steigerung der internationalen Spannungen. Kam die Entspannung in den 70er Jahren gut voran, so hat sich dieser Prozeß jetzt verlangsamt. Zu den früheren Krisensituationen kommen neue hinzu, die Einbeziehung der Welt in eine neue gefährliche Runde des Wettübens ist zu einer deutlich sichtbaren Gefahr geworden. Natürlich wurde deshalb darauf gewartet, wie die Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses die Ursachen der ungünstigen Wendung in der internationalen Entwicklung einschätzen wird. Das Interesse war keineswegs abstrakt wissenschaftlich, sondern durchaus politisch.

Drittens erwartete man von der Tagung eine Antwort darauf, welchen Kurs die sozialistischen Länder angesichts der Spezifik und Widersprüchlichkeit der gegenwärtigen internationalen Situation steuern werden.

Aber zuerst zur Vergangenheit. Das Vierteljahrhundert seit der Gründung des Warschauer Vertrages war reich an stürmischen, bisweilen dramatischen Ereignissen. Das Bündnis der sozialistischen Staaten entstand zu einer Zeit, als der kalte Krieg auf vollen Touren lief. Die offizielle Doktrin der NATO gegenüber der UdSSR und den jungen sozialistischen Staaten hieß „Zurückwerfung des Kommunismus“. Für die sozialistischen Länder war es lebenswichtig, einen zuverlässigen Schild gegen zahlreiche und unterschiedliche Drohungen zu schmieden. Dem Druck des Imperialismus mußten die vereinten Potenzen der sozialistischen Staaten entgegengesetzt werden. Das geschah.

Aber die vergangenen 25 Jahre erschöpften sich im Leben der Warschauer Vertragsstaaten nicht in Verteidigungsbemühungen. Sie waren erfüllt von einem aktiven, konsequenten Kampf dafür, aus den europäischen Beziehungen alles auszuklammern, was die Zukunft der europäischen Völker trüben könnte. In diesem Kampf wurden Aufgaben von historischem Ausmaß gelöst. Es galt, den politischen und territorialen Gegebenheiten in Europa nach dem zweiten Weltkrieg zur Anerkennung zu verhelfen, auf dieser Basis die historischen Veränderungen auf dem Kontinent zu verankern, das Prinzip der Unantastbarkeit der Grenzen zu untermauern, Mißtrauen und Entfremdung zu überwinden und eine breitangelegte fruchtbare Zusammenarbeit aller europäischen Staaten anzubahnen. Auch das geschah.

Somit entstanden die Voraussetzungen für den Erfolg der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie wurde mit der Annahme der Schlußakte gekrönt, die zu einem Kodex der friedlichen Koexistenz erhoben wurde.

Jeder gewissenhafte Historiker, der die Dokumente der 17 Tagungen des Politischen Beratenden Ausschusses studiert, wird ohne weiteres feststellen, daß die sozialistischen Länder, die sich zum Warschauer Vertrag vereinigt haben, jedesmal an den Frieden dachten. Sie bedrohten niemals die Interessen oder die Sicherheit eines Staates, ihr ständiges Anliegen war es, dem Wettüben Einhalt zu gebieten, die Kriegsgefahr zu beseitigen und die friedliche Zusammenarbeit mit allen nahen und fernen Nachbarn auszubauen.

Selbstverständlich trug der Umstand, daß der aggressiven NATO das machtvolle Friedensbündnis der sozialistischen Staaten gegenüberstand, sehr wohl dazu bei, Europa in diesem Vierteljahrhundert zu einem ruhigeren Kontinent werden zu lassen. Europa war nicht zufällig die Wiege der Entspannung, deren Ergebnisse in Europa besonders ergiebig waren.

Die Warschauer Vertragsstaaten

schrrieben die Solidarität mit dem Kampf der anderen Länder für Freiheit und Unabhängigkeit stets groß. Sie sperrten sich nie gegen die akuten Probleme der heutigen Welt ab und stellten sich jedesmal auf die Seite der Aggressionsoffer, auf die Seite der rechten Sache. Die vergangenen Jahrzehnte waren Zeugen der bemerkenswerten internationalistischen Hilfe, die die sozialistischen Staaten den Völkern von Vietnam, Laos und Kambodscha erwiesen, der Solidarität mit dem heldenhaften Kuba, der Unterstützung für die kämpfenden arabischen Völker, für die nationale Befreiungsbewegung in den afrikanischen Staaten, der Unterstützung, die die Warschauer Vertragsstaaten den antiimperialistischen Forderungen und Aktionen der Nichtpaktgebundenenbewegung zukommen ließen. Dieser Internationalismus ist mit der Grund für die große Autorität des Warschauer Vertrages und für seinen Einfluß auf das gesamte internationale Leben von heute.

Und nun zur Gegenwart. Kreise der unterschiedlichsten politischen Orientierung sind sich darüber einig, daß die gegenwärtige Lage kompliziert und akut ist. Etwas anderes ist, wie sie die Ursachen sehen. Im Westen, vor allem in den USA, wird stur behauptet, die internationale Lage habe sich infolge der Ereignisse um Afghanistan verschlechtert, konkreter gesagt, infolge dessen, daß sowjetische Truppen in dieses Land einzogen (was übrigens auf Ersuchen der afghanischen Regierung geschah).

Diese Propagandathese wird durch häufige Wiederholung nicht überzeugender. Die Bitte der afghanischen Regierung ging darauf zurück, daß das revolutionäre Afghanistan einer Aggression von außen ausgesetzt war, und zum Schutz davor brauchte die afghanische Regierung die Hilfe der UdSSR. Die westliche Propaganda verwechselt hier also vorsätzlich Ursachen und Folgen.

Die Abkühlung in den internationalen Beziehungen begann lange vor den Ereignissen um Afghanistan. Schon im Mai 1978 wurde auf der NATO-Ratsta-

gung in Washington ein großangelegtes Langzeitprogramm der Neuausrüstung angenommen. Dann trat immer klarer zutage, daß die USA und ihre NATO-Partner nicht den Wunsch haben, bei den Verhandlungen über die Begrenzung des Wetrüstens Vereinbarungen zu erzielen. Selbst den Vertrag über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II), unter dem die Unterschrift eines USA-Präsidenten steht, setzten die USA nicht in Kraft. Seine Ratifizierung wird immer wieder aufgeschoben. Im Dezember v. J. wurde auf der Brüsseler NATO-Ratsagung bekanntlich die höchst gefährliche Entscheidung getroffen, neue amerikanische Mittelstreckenraketen zu bauen und in westeuropäischen Ländern zu stationieren.

Die allgemeine NATO-Linie kommt deutlich zum Vorschein: die Linie auf militärische Überlegenheit über die sozialistische Staatengemeinschaft, um mit der sozialistischen Welt in der Sprache der Stärke zu sprechen.

Betrachten wir das Verhalten der USA und der NATO in Krisensituationen. Im Nahen Osten fädelten die USA Separatabkommen mit Israel und Ägypten ein. Anstatt realer Verhandlungen über eine gerechte und umfassende Beilegung der Nahostkrise täuschen sie Verhandlungen vor. Der Zweck der Übung ist, nicht zuzulassen, daß die gerechten Forderungen der arabischen Völker, darunter des arabischen Volkes von Palästina, erfüllt werden.

In Südostasien begünstigten die USA still schweigend die chinesische Aggression gegen Vietnam; heute unterstützen sie weiterhin die Hegemoniebestrebungen Chinas im Hinblick auf Indochina.

Eine harte, genauer, eindeutig imperialistische Position bezieht Washington gegenüber der Revolution in Iran. Das Land wird von den USA politisch, wirtschaftlich und militärisch unter massiven Druck gesetzt. Zur Rechtfertigung berufen sie sich auf die Geiseln. Diese Frage muß natürlich gemäß den Völkerrechtsnormen geregelt werden. Doch dürfte feststehen, daß diese ganze Geschichte längst vergessen wäre, wenn sich die USA nicht so zynisch und dreist in die inneren iranischen Angelegenheiten eingemischt hätten.

Die Politik von Militärabenteuern und des fieberhaften Wetrüstens, die die imperialistischen, hegemonistischen Kräfte treiben, ist die einzige Ursache der neuen Spannungen.

Die Teilnehmer der jüngsten Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses analysierten die Situation von heute und legten besonderen Nachdruck darauf, Wege zur Überwindung der Spannungen zu suchen und zu weisen. Da ihre Ursachen in der Natur des Imperialismus selbst liegen, da er sich mit

der Festigung der Positionen des Sozialismus, mit den Erfolgen der anderen revolutionären Kräfte nicht abfinden will, scheint die Möglichkeit auf den ersten Blick beinahe ausgeschlossen, die internationalen Beziehungen zu glätten und die Entspannung weiterhin auszubauen. Doch wäre ein solcher Schluß zumindest übereilt.

In gewaltigem Maße hängt die Entspannung mit der aktiven, zielgerichteten Politik der sozialistischen Länder zusammen. Jahrelang wirken sie auf die Überwindung des kalten Krieges und die Verbesserung der internationalen Lage hin. Zugleich spielten bei der Entwicklung dieses Prozesses die fortschrittlichen demokratischen Kräfte und die verantwortungsbewußten politischen Kreise im Westen eine wichtige Rolle. Entspannung kann nicht eine Einbahnstraße sein, sie war es auch nie. Die Entspannungspolitik spiegelt das allgemeine Interesse aller Länder und Völker an der Erhaltung des Friedens wider. Mehr noch, die Entspannung selbst ist Resultat und Folge eines neuen weltweiten Kräfteverhältnisses, und da sich dieses Verhältnis keineswegs zugunsten des Imperialismus verändert hat, dürfen wir behaupten: Die Basis der Entspannung ist nicht angetastet, die notwendigen Voraussetzungen für deren Fortsetzung und Vertiefung sind vorhanden.

Hier kommen wir zur **Zukunft**. In den Dokumenten der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses bekunden die Warschauer Vertragsstaaten, wie sie diese Zukunft sehen. In den Beschlüssen der Warschauer Tagung ist ein praktisches, konstruktives Aktionsprogramm enthalten, dessen Ziel es ist, die heutige Abbremsung des Entspannungsprozesses abzustellen und sukzessive Probleme zu lösen, die Mißtrauen und Entfremdung in den internationalen Beziehungen verursachen.

In erster Linie geht es um das Kardinalproblem unserer Zeit, die Abrüstung. Die sozialistischen Länder sind bereit, nach Vereinbarungen zu allen Aspekten der Begrenzung des Wetrüstens zu suchen. Gemeint ist die Möglichkeit von Verhandlungen über die Raketenkernwaffen mittlerer Reichweite auf dem europäischen Kontinent. Wenn die NATO die Verwirklichung ihres bekannten Beschlusses aufhebt oder zumindest aussetzt, könnten die Verhandlungen beginnen. Heute hängt die Ratifizierung von SALT II und folglich auch der Beginn von Verhandlungen über SALT III nur von den USA ab. Das gilt auch für die Begrenzung anderer Waffen. Die sozialistischen Länder, die an den Wiener Gesprächen über den Abbau von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa teilnehmen, haben schon Beträchtliches getan, damit sich die Positionen der Verhandlungspartner einander nähern. Wenn in Wien bis jetzt kein Fortschritt zu verzeichnen ist,

so liegt das allein daran, daß sich die Westmächte nicht konstruktiv verhalten.

Die Warschauer Vertragsstaaten sorgen für die Entwicklung des mit der KSZE vor fünf Jahren eingeleiteten Prozesses. Sie setzen sich auch für das für diesen Herbst geplante Madrider Treffen ein. Zweifelloso wird es von besonderer Bedeutung sein, wenn dort die Einberufung und Abhaltung einer europäischen Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung vereinbart wird. Bekanntlich wurde eine solche Konferenz von den sozialistischen Ländern vorgeschlagen.

Die Warschauer Tagung trat für die Regelung von Krisensituationen mit politischen Mitteln ein. In der Deklaration heißt es, daß sich die sozialistischen Bruderländer „konsequent für eine gerechte und dauerhafte friedliche Regelung von Konfliktsituationen einsetzen, in welchem Gebiet der Welt diese auch immer entstehen mögen“. Ferner heißt es in der Deklaration: „Es gibt keine Probleme, weder globale noch regionale, die ihres Erachtens nicht mit politischen Mitteln gelöst werden könnten. Dies erfordert die strikte Achtung der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit aller Staaten, den völligen Verzicht auf eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, auf Versuche, eine ausländische Herrschaft über sie zu errichten und sie zu Aufmarschgebieten für Aggressionen gegen andere Länder zu machen.“

Die Staaten des Warschauer Vertrags sind für die Fortsetzung des konstruktiven politischen Dialogs zwischen den Ländern unterschiedlichen sozialen Systems. In einer in Warschau angenommenen Erklärung wird vorgeschlagen, in nächster Zeit ein Gipfeltreffen der führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt abzuhalten. In seinen Mittelpunkt soll die Aufgabe gerückt werden, die internationalen Spannungsherde zu beseitigen und einen Krieg zu verhindern.

Die sozialistischen Länder rufen nicht nur zur Fortsetzung des Dialogs auf, sie setzen eine solche Politik in die Tat um. Ein bereiteter Beweis dafür ist das Warschauer Treffen Leonid Breschnews mit Valéry Giscard d'Estaing unter Teilnahme Edward Giereks.

Die 70er Jahre zeigten: Welche Hindernisse auf dem Wege zum dauerhaften Frieden auch entstehen, sie werden überwunden, wenn die sozialistischen Länder einträchtig und geschlossen, wenn sie gemeinsam mit den anderen friedliebenden Kräften; mit den realistisch denkenden Kreisen in den Ländern des Westens vorgehen. Dieser bewährte Kurs ist in Warschau erhärtet worden. Er führt zu Frieden und friedlicher Zusammenarbeit in Europa und der ganzen Welt.

AKTUELLER DIALOG

Valentin KRAWZOW

Das jüngste Treffen Leonid Breschnew mit Valéry Giscard d'Estaing, das diesmal in Polen verlief, veranschaulichte erneut das Charakteristische des Verhältnisses zwischen beiden Staaten. Unter den Ländern unterschiedlichen Gesellschaftssystems haben die UdSSR und Frankreich wohl die reichsten gemeinsamen Erfahrungen im Kampf für die Entspannung. In den Beziehungen zwischen beiden Staaten und ihren Führern herrscht ein hohes Maß an Vertrauen und gegenseitiger Verständigung. Dank diesem Umstand fällt es ihnen leichter, in internationalen Fragen, auch in sehr wichtigen, eine gemeinsame Sprache zu finden und einen ständigen Meinungsaustausch über Probleme zu pflegen, zu denen die Meinungen unterschiedlich, ja manchmal gegenteilig sind.

Wie viele Beobachter im Ausland vermerken, beurteilt Frankreich die gegenwärtige Entwicklung in vieler Hinsicht ähnlich wie die anderen Westmächte (solche Urteile weichen davon ab, wie die UdSSR die Ursachen und Folgen der heutigen Zuspitzung der Lage einschätzt), will sich jedoch nicht an den von bestimmten USA- und NATO-Kreisen gesteuerten Kurs binden, dessen Zweck darin besteht, die internationalen Spannungen anzukurbeln, die Kontakte zu den sozialistischen Ländern aber einzuschränken. Trotz des Druckes der proatlantischen Kräfte im In- und Ausland behauptet Paris in seiner unabhängigen Außenpolitik die besten Traditionen der Orientierung auf Entspannung. Davon zeugen viele internationale Aktionen Frankreichs, darunter die Tatsache, daß es an den sogenannten kollektiven, im Rahmen der „atlantischen Solidarität“ häufig aufgezungenen Entscheidungen, die die Spannungen nur noch steigern könnten, nicht teilnehmen will. Besonders sei darauf verwiesen, daß Frankreich sich aus diversen Boykotten und Sanktionen, auch in der Frage der Moskauer Olympiade heraushält.

Frankreich hält sich ebenfalls an seinen Kurs auf den Ausbau der Beziehungen zur UdSSR und zu den sozialistischen Ländern Europas auf verschiedenen Gebieten. In den ersten Monaten d. J. wurden zwischen

der UdSSR und Frankreich Handelsabschlüsse für eine Summe getätigt, die den ganzen Warenumsatz für 1979 übersteigt; dabei belief sich schon dieser Umsatz auf Milliarden Rubel. Große Kontrakte werden erörtert, die sachliche Zusammenarbeit geht gut voran.

Im politischen Bereich fanden schon Anfang 1980 wichtige sowjetisch-französische Konsultationen statt. Nützlich waren die Gespräche Andrej Gromykos bei seinem Paris-Besuch am 23.—25. April d. J. Einen Höhepunkt des traditionellen politischen Dialogs bildeten in der gegenwärtigen Etappe die Verhandlungen Breschnew—Giscard d'Estaing in Warschau.

Das war ein Arbeitstreffen, der Presse wurden keine Einzelheiten mitgeteilt. Doch darf man annehmen, daß neben Fragen der bilateralen Beziehungen auch die Hauptprobleme der heutigen globalen Situation zur Sprache kamen, vor allem mit der Zielsetzung, die Entspannungspolitik zu untermauern, ist sie doch der einzig vernünftige Weg dazu, das Klima in der Welt zu verbessern und die Spannungsherde zu beseitigen. Wiederholt erklärten beide Länder: Wir gehen davon aus, daß es in den internationalen Beziehungen von heute kein einziges Problem gibt, das nicht friedlich gelöst, keine Konfliktsituation, die nicht am Verhandlungstisch geregelt werden könnte. Es war wohl kein Zufall, daß in der gemeinsamen Mitteilung über das Warschauer Treffen der Passus über die Erörterung von Initiativen betont wird, die eine Minderung der bestehenden Spannungen bezwecken.

Auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses in Warschau schlugen die sozialistischen Länder vor, in nächster Zeit ein Gipfeltreffen führender Repräsentanten der Staaten aller Regionen der Welt durchzuführen. Wie aus den Äußerungen des französischen Präsidenten nach dem Treffen in Warschau hervorgeht, legt Frankreich Interesse für diese Initiative an den Tag.

Aus naheliegenden Gründen sind die UdSSR und Frankreich besonders am Ausbau von Entspannung und Zusammenarbeit in Europa in-

teressiert. Ihre Standpunkte stimmen in vieler Hinsicht auch darin überein, wie die weitere positive Entwicklung in Europa gewährleistet werden kann. Sowohl die UdSSR als auch (soweit es sich überblicken läßt) Frankreich sind am Erfolg des bevorstehenden Madrider Treffens der KSZE-Staaten interessiert. Sie sind sich darüber einig, daß es notwendig ist, in Madrid Ziele, Inhalt und Verfahren einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa im Hinblick darauf zu vereinbaren, daß sich eine solche Konferenz im ersten Stadium auf vertrauensbildende militärische Maßnahmen konzentrieren wird. Begrifflicher Weise wird die Festigung von Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auch künftig weitgehend davon abhängen, inwiefern beide Länder diese gemeinsame Haltung bewahren.

Die UdSSR und Frankreich äußerten sich wiederholt, darunter auch gemeinsam, für die Einstellung des Wettrüstens und den Übergang zu einer effektiven, kontrollierten Abrüstung. Heute ist diese Frage ganz besonders aktuell, da nach den bekannten NATO-Bechlüssen (Erhöhung der Militärausgaben, Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen in einigen westeuropäischen Ländern) die Gefahr besteht, daß eine neue Runde des Wettüstens begonnen wird. Die Sowjetunion wünscht eine solche Entwicklung nicht, das wurde öffentlich und auf höchster Ebene betont. Die gleichen Standpunkte über die einen oder anderen Aspekte der Rüstungsbegrenzung — dort, wo das möglich ist — müssen auch die Abrüstung fördern.

In der Außenpolitik kommt es natürlich vor, daß die UdSSR und Frankreich unterschiedliche Standpunkte vertreten. Ein Beispiel wäre Afghanistan. Doch beinhaltet die Position Frankreichs auch realistische Momente. Das Land vertritt die Ansicht, daß die Gesellschaftsordnung eine innere Angelegenheit des afghanischen Volkes ist, und spricht sich dafür aus, daß Afghanistan ein nichtpaktgebundener Staat bleiben muß. Das deckt sich mit dem sowjetischen Standpunkt. Vor kurzem ergriff die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan eine wichtige Initiative zur politischen Regelung unter Einschuß aller notwendigen Teilmaßnahmen in ihrer logischen Reihenfolge. Es steht zu hoffen, daß Staaten, die die Spannungen um Afghanistan beseitigen sehen möchten, darunter auch Frankreich, diese konstruktive Initiative gern unterstützen.

Die sowjetisch-französischen Gipfelkontakte haben schon immer die internationale Situation günstig beeinflusst. Fruchtbare war auch der Meinungsaustausch in Warschau. Die Gespräche zwischen Breschnew und Giscard d'Estaing zeugen von der Einsicht, daß man eine nicht zu kontrollierende Wende in der internationalen Entwicklung vermeiden und diese in die Bahn von Entspannung und Frieden lenken muß.

AUF GEFÄHRLICHEM KURS

Wladlen KUSNEZOW

In Washington hatte man zuvor verlauten lassen, daß die Tagung der militärischen Planungsgruppe der NATO unter Beteiligung der Verteidigungs- und der Außenminister in Brüssel (13.-14. Mai) außerordentlichen Charakter haben werde und sogar eine Wende einleiten könne. Eine Wende offenbar in dem Sinn, daß die herrschenden Kreise der USA jeglichen Widerstand der Verbündeten brechen und diese in ihre abenteuerliche Politik im Nahen und Mittleren Osten hineinziehen wollen, wodurch sie ihre dominierende Stellung in der NATO noch weiter konsolidieren könnten.

Und obgleich auch nach der Brüsseler Tagung auf beiden Seiten des Atlantiks weiterhin von Differenzen zwischen dem Seniorpartner und seinen Juniorpartnern die Rede ist (solche Differenzen gibt es auch weiterhin) scheint das Weiße Haus seine Ziele doch zumindest weitgehend erreicht zu haben. Das Brüsseler Kommuniqué ist der „Washington Post“ zufolge „besonders wichtig, da es eindeutig die Berechtigung und die Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen der NATO auf die Ereignisse außerhalb der Grenzen Europas anerkannt hat“. Die „New York Times“ konkretisiert: Die USA und ihre Verbündeten „haben Übereinstimmung über einige militärische Maßnahmen als Antwort auf die Ereignisse in Afghanistan erreicht“.

Von den 24 Punkten des Brüsseler Kommuniqués befassen sich sieben mit der „veränderten strategischen Situation in Südwestasien“. Und das, nachdem im gleichen Dokument eingestanden wurde, daß diese Region „außerhalb der Handlungssphäre der NATO liegt“.

Den Kernpunkt des Kommuniqués legen die Verteidigungs- und die Außenminister mit Unschuldsmiene dar: „Die Minister der anderen Länder haben zugestimmt, alles zu tun, um zusätzliche Lasten für die Gewährleistung der Sicherheit der NATO-Länder zu übernehmen, was durch die verstärkte Verantwortung der USA in Südwestasien notwendig werden kann.“

Ist denn das nicht fahrlässiger Leichtsinns, bedeutet das nicht, dem Verbündeten, der bereits sein Abenteuerium im Nahen und Mittleren Osten demonstriert hat, freie Hand zu geben?

In der NATO drängt man also hartnäckig nach militärischer Überlegenheit. Hierfür will man neue US-Atomraketen systeme, die Objekte im europäischen Teil der UdSSR treffen können, in Westeuropa stationieren. Hierfür wird die militäri-

sche Präsenz außerhalb des eigentlichen NATO-Gebiets — am Persischen Golf unweit der Südgrenze der UdSSR — verstärkt.

Der neue US-Außenminister Edmund Muskie erklärte in Brüssel: Für Washington sei es wichtig, „zu bestimmen, welche Richtung die sowjetische Politik hinsichtlich des Indischen Ozeans und des Persischen Golfs nehmen wird“. Diese Richtung ist bestimmt. Die UdSSR hat den USA vorgeschlagen, die militärischen Aktivitäten im Indischen Ozean zu begrenzen und zu reduzieren sowie dort eine Zone des Friedens zu schaffen. Doch Washington hat die begonnenen Verhandlungen abgebrochen. Jetzt ist besonders deutlich geworden, warum. Die USA brauchen dort keine Zone des Friedens, sondern eine Zone der Spannung und der Krise, eine Zone für die Vorbereitung einer Intervention gegen den Iran und andere Staaten, eine Zone, in der auch der Nordatlantikkpakt operieren könnte.

In Washington hat man bereits Westeuropa eine Rolle hierbei zugewiesen — Umschlagsbasis und Luftbrücke für das Pentagon, Treibstofflager, Arsenal für Waffen, Ausrüstungen und Ersatzteile zu sein und Lufttransportkapazitäten bereitzustellen, um US-Truppen von westeuropäischen Stützpunkten nach Südwestasien zu fliegen...

Doch auch das ist noch nicht alles. Heute wird von den westeuropäischen NATO-Partnern ein „Beitrag zur verstärkten Präsenz der Kriegs-

marine“ im Indischen Ozean verlangt. Morgen fordert man vielleicht Kanonenfutter. Westeuropa ist also bei einer Eskalation noch eine weitere Rolle zugeordnet — Zielscheibe zu sein. Der europäischen NATO-Filiale könnte nicht nur das Öl ausgehen...

Einstweilen aber sind die „Bayern“ und die „Spessart“ der Bundesmarine, die NATO-Präsenz im Indischen Ozean demonstrieren sollten, unterwegs im Mittelmeer leicht kollidiert. Selbst ein Nicht-abergläubischer würde sagen, ein schlechtes Omen. Schon jetzt läßt sich sagen, daß die NATO im Indischen Ozean keinen Ruhm ernten wird. „Adlerkrallen“ — so wurde im Pentagon das Kommandounternehmen zur Invasion im Iran getauft. Doch der amerikanische Adler hat seine Krallen in der Wüste lassen müssen. Auch die westeuropäischen Falken sollten ihr NATO-Nest besser nicht verlassen, um sich in ferne Länder zu wagen.

Was ist ein Raubvogel ohne seine Krallen?

Doch die NATO-Spitzen, die sich von den Südwestasien-Plänen hinreißen ließen, haben Europa keineswegs vergessen. Sie jammern, daß die Sowjetunion und ihre Warschauer Vertragspartner nicht trotz der Pershings und Tomahawks verhandeln wollen, um deren Besitzern die Möglichkeit zu geben, Verhandlungen von ihrer Lieblingsposition aus, der „Position der Stärke“, zu führen. Während sie vor ihrem Beschluß über die Produktion und Stationierung von Mittelstreckenraketen Verhandlungen mit der UdSSR ablehnten und dadurch die Grundlage für eine beiderseitig annehmbare Vereinbarung zerstörten, ohne auf die Geste guten Willens — den einseitigen Abzug sowjetischer Truppen und Kampftechnik aus Mitteleuropa — zu antworten, lassen sich die NATO-Pharisäer jetzt darüber aus, sie wollten „die Sowjetunion zu

JUGOSLAWIEN

Tagung des SFRJ-Präsidiums

Auf der Tagung des SFRJ-Präsidiums am 15. Mai wurden das neue Staatsoberhaupt und seine Stellvertreter gewählt. Vorsitzender des Präsidiums (für ein Jahr) wurde Cvjetin Mijatović, Vertreter der Republik Bosnien und Herzegowina. 1933, 20 Jahre alt, trat er der damals in der Illegalität wirkenden KP Jugoslawiens bei. Im 2. Weltkrieg nahm er aktiv am Freiheitskampf teil, gehörte zu den Organisatoren des Volksaufstandes in Bosnien und Herzegowina. Nach dem Krieg übte Genosse Mijatović bedeutende Partei- und Staatsfunktionen aus — u. a. war er Botschafter Jugoslawiens in der UdSSR, Vorsitzender des BdKJ von Bosnien und Herzegowina sowie Mitglied des

Präsidiums des ZK des BdKJ. 1974 wurde C. Mijatović in das SFRJ-Präsidium gewählt und 1979 für dieses höchste Staatsorgan bestätigt.

Zum stellvertretenden Vorsitzenden des SFRJ-Präsidiums — gleichfalls für ein Jahr — wurde Sergej Krajger, Vertreter der Republik Slowenien, Kommunist seit 1934, gleichfalls aktiver Teilnehmer des Kampfes gegen die faschistischen Okkupanten, berufen. Im Mai 1979 war S. Krajger für den verstorbenen Edvard Kardelj, einen namhaften Politiker Jugoslawiens, in das SFRJ-Präsidium gewählt worden. Zuvo war S. Krajger Vorsitzender der Skupština Sloweniens und Vorsitzender des Präsidiums dieser Republik.



Atlantiker und die Karyatide

Zeichnung: N. Stscherbakow

ernsthaften Verhandlungen heranziehen!"

Genug — will man in der NATO denn überhaupt ernsthafte Verhandlungen, eine faire Übereinkunft? Schließlich hat ja die NATO-Führung durch ihren Beschluß die Tür zu Verhandlungen über die Begrenzung der nuklearen Mittelstreckenraketen in Europa zugeschlagen. Sie trägt jetzt auch die Verantwortung dafür, daß diese Tür wieder geöffnet wird. Doch dafür muß der Beschluß über den Bau und die Stationierung von US-Atomraketen neuen Typs in Westeuropa aufgehoben oder zumindest seine Verwirklichung offiziell gestoppt werden. Von der Notwendigkeit eines solchen Schritts haben die UdSSR und ihre Verbündeten in allem Ernst gesprochen. Die Seriosität der NATO-Führung aber besteht darin, sich voll auf forciertes Wettrüsten und militärische Überlegenheit zu konzentrieren.

In der NATO, vor allem in Wa-

shington, hat man bislang nicht auf die ernststen Warnungen der UdSSR und ihrer Verbündeten gehört, daß die sozialistischen Länder eine Verletzung des Gleichgewichts und eine militärische Überlegenheit des Nordatlantikpakts nicht zulassen werden. Auch ohne Warnungen sollte man endlich begreifen, daß die militärische Überlegenheit eine Chimäre ist. Auch wenn man sie einmal erreicht, hat man nicht für alle Zeiten ausgesorgt. Die Nachkriegsgeschichte zeigt, daß ein gestörtes Gleichgewicht stets von der anderen Seite wiederhergestellt wird. All diese Jahre strebten die USA nach Überlegenheit und bisweilen waren sie voraus, ließen die UdSSR hinter sich. Und das Ergebnis? Ein ungefähres Gleichgewicht des strategischen Nuklearpotentials, eine annähernde Parität auch in anderen Rüstungsbereichen. Gewisse Leute sprechen jetzt sogar von einer militärischen Überlegenheit der UdSSR. Doch das ist nichts als ein Vorwand, um das Wettrüsten zu forcieren. Schlußfolgerung? Vom französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing wurde sie sehr präzise formuliert: „Allein schon der Gedanke, eine deutliche Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion zu erreichen, ist unrealistisch.“

Statt dessen ist etwas anderes durchaus realistisch: die nationale wie die internationale Sicherheit auf der Grundlage des Kräftegleichgewichts bei Respektierung der Prinzipien der Gleichheit und der Parität zu erreichen, wobei die legitimen Interessen der anderen Seite nicht geschmälert werden dürfen.

Die NATO ist hierzu offenbar bislang nicht bereit, wohl aber zu etwas anderem: Westeuropa zu einer atomaren Geisel des Pentagon zu machen, dazu (wie der Pariser „Figaro“ schrieb), „die vorderste Linie der Verteidigung Europas von nun an am Persischen Golf verlaufen zu lassen“.

SFRJ-Präsidium über. In dieses höchste kollektive Führungsorgan werden acht Vertreter gewählt — je einer von jeder der sechs Republiken und der beiden autonomen Provinzen. Wie die jugoslawische Presse betont, ist das SFRJ-Präsidium als kollektive Führung des Staates „Garant für die gleichberechtigte Stellung der Republiken und Provinzen sowie für ihre gleichberechtigte Teilnahme an der Realisierung der Funktionen in den Organen der Föderation“. Lazar Koliševski erklärte am 15. Mai auf einer Präsidiumssitzung bei seinem Rücktritt vom Amt des Vorsitzenden des SFRJ-Präsidiums, daß dieses höchste Staatsorgan ständig in engem Kontakt mit dem Präsidium des ZK des BdkJ tätig war.

W. GAWILEWSKI
Eigenbericht

Belgrad, im Mai

KABULS INITIATIVE

Was ist im Westen, in Peking und in einigen islamischen Ländern nicht alles über die Ereignisse in Afghanistan geredet und geschrieben worden, und das alles im selben Sinn: Sie sind nahezu die Hauptursache für die internationale Spannung, nicht nur im Mittleren Osten, sondern weltweit. Daß die Demokratische Republik Afghanistan seit der Aprilrevolution Objekt unablässiger aggressiver Angriffe der Imperialisten und der Pekinger Hegemonisten ist, wird praktisch verschwiegen, ebenso wie das wiederholt geäußerte Bestreben der DRA-Regierung, die Spannungen in der Region beizulegen.

Als neuerlichen Beweis ihres guten Willens hat sie am 14. Mai ein umfangreiches 7-Punkte-Programm für eine politische Regelung vorgelegt. Afghanistan schlägt ohne jegliche Vorbedingungen Verhandlungen mit den Regierungen der Nachbarstaaten Iran und Pakistan vor, die zu zweiseitigen Abkommen führen sollen. Die Partner sollen sich darin nicht nur bereit erklären, die Beziehungen nach den allgemein üblichen Grundsätzen der guten Nachbarschaft und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten zu entwickeln, sondern sich auch verpflichten, keine militärische oder andere feindliche Tätigkeit vom eigenen Territorium aus gegen den anderen zuzulassen. Wirksame Garantien seitens der UdSSR und der USA für das afghanisch-iranische und das afghanisch-pakistanische Abkommen sollen Bestandteil der politischen Regelung werden. „Die Garantien seitens der USA müssen die eindeutig ausgesprochene Verpflichtung enthalten, jegliche Wühltätigkeit gegen Afghanistan zu unterlassen, auch von Drittländern aus“, heißt es in dem Dokument. Mit einer konkreten Regelung, die militärische Einfälle und jegliche andere Einmischung in die inneren Angelegenheiten Afghanistans beendet und für die Zukunft unterbindet, ließe sich nach Ansicht der afghanischen Regierung auch über den Abzug des sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan entscheiden.

Kurzum, mit Kabuls ausgewogenem Programm kann praktisch die Regelung der Probleme in dieser Region begonnen werden.

A. USWATOW

Der neue Staatschef und sein Stellvertreter wurden gemäß der SFRJ-Verfassung von 1974 gewählt. Laut Verfassung „gehen nach Beendigung der Funktionen des Präsidenten der Republik alle Rechte und Pflichten, die dieser laut geltender Verfassung hat, an das SFRJ-Präsidium über, und der stellvertretende Vorsitzende des SFRJ-Präsidiums wird zum Vorsitzenden des SFRJ-Präsidiums bis zum Ende der Mandatszeit, für die er zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde“. So wurde Lazar Koliševski, der schon fast ein Jahr stellvertretender Vorsitzender des SFRJ-Präsidiums war, am 4. Mai, nach Josip Broz Titos Tod, zum Vorsitzenden des Präsidiums ernannt. Am 15. Mai aber war seine Mandatszeit abgelaufen.

Das Amt des Präsidenten wurde nach dem Tod Josip Broz Titos aufgehoben, und seine Funktionen gingen an das

BELVEDERE, 25 JAHRE SPÄTER

Von unserem Sonderberichterstatter Lew BESYMENSKI

Der große Marmorsaal des Wiener Schlosses Belvedere war am 16. Mai 1980 voller Menschen. Doch der große rotgoldene Tisch an der Fensterfront und die gleichfarbenen Sesseln blieben leer. Repräsentanten aus 11 Ländern und aus Österreich hatten nicht am Tisch, sondern davor Platz genommen. So taten sie symbolisch kund, daß gerade hier, an diesem Tisch, vor 25 Jahren der österreichische Staatsvertrag unterzeichnet wurde — ein Dokument von internationaler Dimension.

Der offizielle Festakt wurde von Bundeskanzler Bruno Kreisky eröffnet. Anschließend sprachen die Außenminister der vier Signatarstaaten UdSSR, USA, Großbritannien und Frankreich. Danach wurde an dem Tisch eine Gedenktafel feierlich enthüllt. Später soll sie ins Parkett in der Mitte des historischen Saals eingelassen werden.

Groß ist die Bedeutung des Ereignisses vor 25 Jahren in Schloß Belvedere. „Die Erfahrungen eines Vierteljahrhunderts haben deutlich werden lassen“, schrieb Leonid Breschnew in einer Grußbotschaft an den Bundespräsidenten Österreichs, Dr. Rudolf Kirchschläger, „daß der Staatsvertrag und die Politik der immerwährenden Neutralität nicht nur die Souveränität und Unabhängigkeit des österreichischen Staates zuverlässig sichern, sondern auch im Interesse der Bewahrung des Friedens in Europa liegen.“

Das Jubiläum wurde in Österreich mit vielen Veranstaltungen begangen. Zahlreiche Festsitzungen, Kundgebungen, Symposien, Vorträge und Konzerte fanden statt. Durch das

Wiener Stadtzentrum zogen Trachtengruppen aus den sieben Nachbarländern und aus den Bundesländern Österreichs. Dann marschierten Militärkapellen der vier Signatarmächte vorbei. Wien feierte...

Vieles wird durch Vergleich verständlicher. Auf der Jubiläumsausstellung in Schloß Belvedere war ein anderes Wien, das Wien der ersten Nachkriegsjahre zu sehen. Die Hauptstadt lag in Schutt und Asche. Ein enormer Wiederaufbau war zu leisten. Nicht nur Gebäude, sondern auch der österreichische Staat als solcher, der 1938 durch den „Anschluß“ dem NS-Reich zum Opfer gefallen war, mußten neu errichtet werden.

Eine schwere Aufgabe, die nicht gelöst worden wäre, wenn nicht die sowjetischen Soldaten Österreich vom Hitlerfaschismus befreit und so eine historische Großtat vollbracht hätten. Daß der 25. Jahrestag des Staatsvertrages und der 35. Jahrestag des Siegs über den Faschismus, der Befreiung Wiens durch sowjetische Truppen, der Befreiung Österreichs zeitlich fast zusammenfielen, hat einen tieferen inneren Zusammenhang offenbart.

Wer Wien in den ersten Nachkriegsjahren erlebt hat, wird sich an die russischen Aufschriften „Überprüft. Keine Minen“ an vielen Häuserwänden erinnern. Diese Worte stehen für die Nachkriegsentwicklung des Landes, die zum Staatsvertrag führte. Erst nachdem man die vom Hitlerfaschismus gelegten Minen entfernt hatte, konnte man zu neuen Ufern schreiten.

Der Weg zur Freiheit war lang. Bereits am 16. Dezember 1941 hatte die Sowjetunion betont, Österreich müsse als „unabhängiger Staat wie-



derhergestellt werden“. Die Westmächte meinten damals, daß die Zeit für eine Lösung dieser Frage noch nicht reif sei. Erst im Oktober 1943 erklärte die Antihitlerkoalition, sie wünsche „ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen“.

Doch bis zur Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich waren noch viele Minen zu räumen, auch diplomatischer Natur. 1944 hatte Churchill einen Plan für die Vereinigung Österreichs, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns nach dem Krieg vorgelegt. Später tauchten ein englisch-amerikanischer Plan für eine „Donaukonföderation“, ein Plan für eine Vereinigung Österreichs mit Bayern auf. Auch gewichtige amerikanische Äußerungen der Kriegszeit, wie „eine Loslösung Österreichs käme nicht in Frage“, sind den Historikern heute bekannt.

Nach der Feier im Belvedere sprach ich mit dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Österreichs, Franz Muhri. Er sagte mir, daß bei der Würdigung des Staatsvertrages besonders die Rolle der Sowjetunion hervorgehoben werden müsse, die den entscheidenden Beitrag zur Befreiung Österreichs und ganz Europas vom Faschismus geleistet hat. Ebenso entscheidend sei auch der Beitrag der konsequenten Friedenspolitik der UdSSR zur Unterzeichnung des Staatsvertrages gewesen.

Die Ausstellung im Belvedere erinnerte auch daran, daß der Abschluß des Staatsvertrages viel Mühe gekostet hat: 33 Sitzungen des nach dem Krieg gebildeten Außenministerates der vier Mächte, 260 Sitzungen der Ministerstellvertreter, 85 Sitzungen des „Wiener Ausschusses“ und ungezählte diplomatische Treffen. Die „österreichische Frage“ wurde in den 50er Jahren von vielen westlichen Kommentatoren als „unlösbar“ bezeichnet. Und trotzdem sollten die Pessimisten nicht recht behalten. Warum?

Diese Frage ist keineswegs akademischer Natur. Die Ereignisse

Eine Straße im Zentrum Wiens

Foto: TASS



jener Jahre sind auch für die Gegenwart von Bedeutung. Die „österreichische Frage“ ließ sich nicht lösen, solange versucht wurde, sie zu einem Instrument antisowjetischer Politik zu machen. Sie ließ sich nicht lösen, solange Pläne geschmiedet wurden, Österreich in einen militärischen Brückenkopf im Herzen Europas zu verwandeln.

Und derartige Pläne gab es mehr als genug. US-Außenminister Acheson verlangte, Österreich zu einer „Alpenfestung“ auszubauen. US-Senator Cleveland rief dazu auf, „die Russen aus dem von ihnen besetzten Teil des Landes mit militärischer Gewalt herauszudrängen“. Auch sorgfältiger getarnte Pläne für eine Veränderung des europäischen Kräftegleichgewichts unter Mißbrauch des „kleinen“ Österreich sind erinnerlich. So der „Kurzvertrag“ unseeligen Andenkens — eine Idee, die der Westen 1952 vorbrachte, um den Staatsvertrag abzublocken, der eigentlich bereits 1949 im Entwurf fertig war...

Die Nachkriegsgeschichte der Diplomatie zeigt, daß man nur dann zu Ergebnissen kommt, wenn man auf eine Politik des Diktats verzichtet. Es ist sinnlos, mit der Sowjetunion die Sprache des Diktats zu sprechen — wie auch die Vorgeschichte des Staatsvertrages deutlich macht. Wenn hingegen die gemeinsamen Interessen, Sicherheit und Frieden berücksichtigt werden, ist eine Lösung erreichbar. Das ist die Lehre, die wir aus dem Staatsvertrag auch für die Gegenwart ziehen können.

Dr. Willibald Pahr, Außenminister der Republik Österreich, erklärte auf meine Frage hin, der Abschluß des Staatsvertrages habe gezeigt, daß bei gutem Willen für alle Beteiligten annehmbare Ergebnisse am Verhandlungstisch erzielt werden können, daß Übereinstimmung in wichtigen Fragen erreicht werden kann. In diesem Sinne sei der Vertrag auch heute von bleibender Bedeutung, und wir sollten aus den Erfahrungen mit ihm lernen.

Ist diese Wahrheit in der westlichen Welt unumstritten? In einigen Kommentaren klang ein anderer Ton an. „Glücksfall Österreich“, schrieb eine Wiener Zeitung. Die „Frankfurter Allgemeine“ (BRD) ging weiter: Sie sprach von einem „Sonderfall Österreich“. Also einmal und...

Wie falsch diese These ist, liegt auf der Hand. Nicht Zufall, sondern Gesetzmäßigkeit bestimmte den Erfolg der Verhandlungen, denn dort nahm jene Entspannungstendenz, die sich in den nachfolgenden Jahren den Weg bahnte, ihren Anfang.

„In diesem Sinne besteht zweifellos ein geschichtlicher Zusammenhang zwischen dem Mai 1955 in Wien

und dem August 1975 in Helsinki, wo die KSZE-Schlußakte unterzeichnet wurde“, sagte Andrej Gromyko in seiner Rede in Wien. „Diesen beiden Ereignissen ist der Geist des gegenseitigen Verstehens, das Streben gemeinsam, die friedliche Koexistenz der Völker und Staaten entgegen all dem, was sie auch weiterhin trennt, zuverlässig zu sichern.“

Eine solche Grundsatzdeutung eröffnet den Weg zum Verständnis der historischen und politischen Lehren des Staatsvertrages. Wichtig ist, daß die verantwortlichen Politiker Österreichs gerade diese Deutung zum Ausdruck bringen. Von der Kontinuität zwischen Wien und Helsinki sprach wiederholt Bruno Kreisky. Dr. Willibald Pahr betonte mir gegenüber, daß Österreich für die Fortführung des KSZE-Prozesses eintritt und einem Erfolg des Madrider Treffens sehr große Bedeutung beimißt. Wie der Minister sagte, lasse die Verschärfung der internationalen Lage diese Aufgabe natürlich komplizierter werden. Doch vielleicht sei das Treffen gerade in der derzeitigen Situation von besonderer Bedeutung.

Ein gewisses Erstaunen einiger meiner westlichen Kollegen, die nach Wien gekommen waren, konnte ich beobachten: Die Weltlage ist ernst, Österreich aber feiert! Doch hier liegt kein Widerspruch. Österreich feiert, da es die Früchte der Politik der Entspannung und Koexistenz erntet. Die Welt macht schwierige Zeiten durch, da gegen diese Politik, gegen die Ideen der Entspannung und Zusammenarbeit Intrigen gesponnen werden.

Unter diesen Bedingungen ist es mehr als angebracht, an die kollektive Verantwortung für den Weltfrieden zu erinnern! In dem gleichen Saal, wo vor 25 Jahren einer der ersten Schritte zur Entspannung getan wurde, war jetzt der neue Friedensappell der sozialistischen Länder aus der polnischen Hauptstadt zu vernehmen. Die Warschauer Dokumente finden allgemeine Aufmerksamkeit und werden sorgfältig geprüft. Beim Treffen der Außenminister der BRD, der USA, Großbritanniens und Frankreichs am 16. Mai in Wien waren die neuen Vorschläge aus Warschau Gesprächsthema. Anschließend erklärte Jean Francois-Poncet, sie verdienen sorgfältigste Prüfung.

In Wien kam es zu zahlreichen Gesprächen der dort versammelten führenden Politiker, unter anderem zu Gesprächen Gromykos mit den Außenministern vieler Länder.

Die Feierlichkeiten sind vorüber. Sie waren zugleich Anlaß, über die heutige Weltlage, über das Schicksal der Entspannung nachzudenken. Wien

NZ

KOMMENTAR

GESETZMÄSSIG

In Japan sind für den 22. Juni Parlamentswahlen angesetzt. Die Regierung Ohira, der das Parlament das Mißtrauen aussprach, trat nicht zurück, sondern löste lieber das Unterhaus auf. Ohira und seine Anhänger in der Liberal-Demokratischen Partei sehen darin eine Chance, an der Macht zu bleiben.

Für das Mißtrauensvotum auf Antrag der Sozialistischen Partei stimmten 243 Abgeordnete der Opposition, dagegen 187 LDP-Parlamentarier. Den Ausschlag gab, daß sich 69 Abgeordnete von der gegen Ohira gerichteten Fraktion der ehemaligen Ministerpräsidenten Fukuda und Miki und des ehemaligen Ministers Nakagawa der Stimme enthielten. Sie machten den Ministerpräsidenten für den Rückgang des Prestiges der Partei verantwortlich. Aber man kann wohl kaum alles auf den heftigen Fraktionskampf in der LDP zurückführen. Nicht bloß der Machtkampf macht die Konservativen uneins, sondern die Erkenntnis, daß die ungeteilte Herrschaft der Konservativen bedroht ist.

Im Grunde steckt ihre Außen- und Innenpolitik in einer Krise. In den letzten Jahren hat sich die wirtschaftliche Lage des Landes rapide verschlechtert, die Preise sind gestiegen, die Inflation hat zugenommen, die Korruption ist beispiellos geworden.

Die Außenpolitik der konservativen Regierung — das blinde Eintreten für Washington in akuten internationalen Situationen, u. a. im amerikanisch-iranischen Konflikt, und die Pläne für die Erhöhung der Militärausgaben zugunsten der USA und der eigenen Militaristen — erregt Unzufriedenheit.

Zum Kräfteverhältnis im Lande sagen Kommentatoren, möglicherweise werde sich die LDP in zwei konservative Parteien spalten und eine rechtszentristische Koalitionsregierung entstehen. In diesem Falle könnten die Konservativen wohl auf die Unterstützung der rechtsreformistischen Partei des demokratischen Sozialismus und eventuell auf die der Komeito-Partei rechnen. Jedenfalls widersetzen sie sich Einheitsaktionen von Sozialisten und Kommunisten.

Die Krise in der LDP mag zeitlich manchen überraschen, aber sie ist absolut gesetzmäßig.

L. MLETSCHIN

KEIN PARADEBEISPIEL MEHR

Michail KOSTIKOW

Die von der Panik erfaßten Schweden kauften buchstäblich alle Läden leer, besonders wenn es um Brot, Butter oder Milch ging. Riesenschlangen in Geschäften und an Tankstellen. Staatliche und private Unternehmen, in- und ausländische Fluglinien hatten geschlossen. In Stockholm war die U-Bahn, in Göteborg die Straßenbahn außer Betrieb. Der Eisenbahn- und der Busverkehr wurde stark eingeschränkt, in den Häfen lag die Arbeit still. Nur zum Teil waren die Post, die Krankenhäuser, die Kindergärten und -krippen offen. Mehr als zwei Wochen lang war das Land durch einen Streik von rund 1 000 000 Personen praktisch lahmgelegt.

Die Ursache waren die Verhandlungen über neue Tarifverträge. Die Geschäftswelt antwortete auf die Lohnforderungen der Werktätigen und der Gewerkschaften mit einer Massenaussperrung, und am 2. Mai verloren 800 000 Arbeiter und Angestellte ihre Beschäftigung. Die Angestellten bei Staat und Gemeinde riefen einen Streik aus. Gemäß einem Aufruf des Zentralverbands der Gewerkschaften schlossen sich ihnen die Arbeiter von Privatbetrieben an. Nach Expertenschätzungen wurde der Volkswirtschaft allein in der ersten Streikwoche ein Schaden von 2 Md. Kronen zugefügt.

Was geht in diesem Lande vor sich, das im Westen erst vor kurzem eine Art Paradebeispiel war? Wo sind der „Burgfrieden“ und die „soziale Harmonie“ geblieben? Was ist aus dem „schwedischen Modell des demokratischen Sozialismus“ geworden? Diese und ähnliche Fragen beschäftigen heute die Schweden.

Illusionen, Illusionen

Bis Ende der 60er Jahre waren Streiks in Schweden in der Tat selten. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei regierte das Land 44 Jahre lang mit Unterstützung der Werktätigen und mußte also deren Forderungen Rechnung tragen. Das Lavieren zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen der Unternehmer gab in einer relativ stabilen Wirtschaftslage die Möglichkeit, den Schein eines „Burgfriedens“ zu wahren. Aber schon in der zweiten Hälfte der 70er Jahre wur-

de das Land in eine äußerst schwere Wirtschaftskrise hineingerissen. Die Idylle wurde von einem sich zuspitzenden Antagonismus abgelöst.

Die ersten Gewitterwolken zogen an dem seit Ende des zweiten Weltkrieges fast wolkenlosen Wirtschaftshorizont Ende 1975 herauf. Einen Produktionsrückgang gab es hin und wieder auch früher. Aber die strukturmäßige Modernisierung der Produktion, deren Stützung durch den Staat und günstige Bedingungen auf dem Weltmarkt erlaubten es bis zuletzt, das Schlimmste zu verhüten.

Die allgemeine Krise im Westen von Anfang der 70er Jahre hat, wenn auch etwas später, Schweden doch erreicht. Seine Wirtschaft ist in der Hauptsache auf den Export, vor allem in die kapitalistischen Länder, orientiert. Über 40% der Industrieproduktion (in einigen Zweigen sogar bis 90%) werden ausgeführt. Der Krise erlagen zuerst die exportorientierten Zweige: der Bergbau, der Schiffbau und die Holzverarbeitung. Sie konnten es mit den neuen Konkurrenten, den transnationalen Konzernen, nicht aufnehmen.

Die Industrieproduktion ging allein 1976—1978 um 6% zurück. Die schwedischen Waren verloren allmählich ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt; im Ergebnis sank der Export 1974—1977 um 2,5% jährlich. Zugleich nahm das Defizit der Zahlungsbilanz rapide zu (1975: 6,7 Md. Kronen, März 1980: bereits ca. 12 Md.). Die Staatsschulden erreichten Ende 1979 die enorme Höhe von 175,1 Md. Kronen.

Die zaghaften Illusionen, die eine Belebung der Konjunktur und Geschäftsaktivität hervorbrachte, wur-

den Anfang 1979 von der Energiekrise zunichte gemacht.

In dieser Verfassung beendete das Land das vorige Jahrzehnt.

Prognosen? Laut Berechnungen des Schwedischen Industrieverbandes wird das Defizit der Zahlungsbilanz Ende d. J. 16,5 Md. Kronen betragen, und der Riksdag nahm den staatlichen Haushaltsplan 1979/80 mit einem Defizit von 50,8 Md. an. Folglich wird Schweden fast ein Drittel seiner Ausgaben aus Auslandsanleihen decken müssen.

Statistiken und Realitäten

Noch unlängst gehörte Schweden zu den Ländern des Westens mit dem höchsten Lebensstandard. In den Nachkriegsjahren erhöhte sich dieser Standard, aber nicht von selbst, sondern dank dem langwierigen, beharrlichen Kampf der Arbeiterklasse. Die wirtschaftlichen Erschütterungen ließen die Monopole zu der altbewährten Methode greifen, die anfallenden Probleme auf Kosten der Werktätigen zu lösen.

Zwischen 1968 und 1979 stieg die Anzahl der amtlich registrierten Arbeitslosen auf mehr als das Doppelte; etwa die Hälfte davon machen heute Jugendliche aus. Aber diese amtlichen Statistiken ergeben kein vollständiges Bild, denn darin sind nicht die Kurzarbeiter enthalten, die das Arbeitsamt einfach nicht führt. Insgesamt hat die latente Arbeitslosigkeit fast eine halbe Million Personen (12% der arbeitsfähigen Bevölkerung) erfaßt. Schätzungsweise wird die Arbeitslosenzahl in diesem Jahr um weitere 2,2% zunehmen.

Aber selbst die Beschäftigten müssen den Riemen immer enger schnallen. Inflation und Arbeitslosigkeit steigen um die Wette. Schon während der 60er Jahre erhöhten sich die Lebenshaltungskosten um 55%. Damals betrug die Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt 4%, 1971 bis 1975 aber bereits 8% und später ca. 20%. Im laufenden Jahr wird eine

Eine Bäckerei in Stockholm wird bestreikt

Aus: „Land og Folk“ (Dänemark)





Der öffentliche Verkehr in Stockholm war sehr unregelmäßig.

Aus: „Hufvudstadsbladet“ (Finnland)

12%ige Inflation und eine ebenso hohe Verteuerung erwartet.

Die Steuerbürde lastet schwer auf noch nie, darin steht Schweden seit Jahren fest an führender Stelle in der Welt. Nach Berechnungen des Verbands der Steuerzahler wandern 32—58% des Jahreseinkommens einer Familie in die Tresore des Steueramtes. Selbst die Renten werden besteuert.

Gibt es einen Ausweg!

Das Programm der Sozialdemokraten sprach von einem „mittleren Weg“ zwischen Sozialismus und Kapitalismus (im Lande sollte die Armut überwunden werden, und die Zusammenarbeit des Staates mit dem privaten Geschäft wurde als eine Methode angesehen, Schweden zu einer prosperierenden Macht zu entwickeln). Daraus ist nichts geworden. Die Sozialdemokraten konnten die Schwierigkeiten, die auf sie zukamen, nicht bewältigen, ihre Popularität nahm beträchtlich ab. Sie mußten das Staatsruder an eine Koalition aus drei bürgerlichen Parteien — der Zentrums-Partei, der Volkspartei und der Gemäßigten Koalitionspartei — abtreten. Seit mehr als 4 Jahren lösen sich unterschiedliche Koalitionen ab, ohne daß die Probleme auch nur eine Teillösung finden. Die Regie-

rungen der bürgerlichen Koalition werteten die Krone dreimal ab. Sie festigten die Konkurrenzfähigkeit des Exports, doch führte das zugleich zu einer Preiserhöhung auf dem Inlandsmarkt. Im Juni 1977 wurden die indirekten Steuern für viele Waren und Dienstleistungen heraufgesetzt. Diese Steuerreform traf wiederum vor allem die Werktätigen. Ein Jahr später, 1978, wurden die Sozialabführungen der Unternehmer (4% des Lohnfonds) aufgehoben.

Unter diesen Umständen unterbreiteten die Kommunisten ein wirksames Programm zur Gesundung der Wirtschaft und zur Besserstellung der Werktätigen: Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, darunter Schaffung neuer Arbeitsplätze, Nationalisierung der Banken, Kredit- und Versicherungsanstalten, Verbot des Exports von Kapitalen und Betrieben, Anlegung von Fonds für industrielle Entwicklung unter öffentlicher Kontrolle, Preisstopp bei Bedarfsartikeln und Mieten, Steuersenkung für Niedrigbezahlte, Steuererhöhung für das Privatkapital, Erweiterung des Wohnungsbaus und Kürzung der Militärausgaben.

Schweden ist mit schweren Problemen bepackt in die 80er Jahre getreten. Die Hoffnungen, die noch an den Machtantritt der bürgerlichen Koalitionsregierung unter Thorbjörn Fälldin geknüpft wurden, haben sich nicht eingelöst. Davon zeugen die Ausmaße des schon erwähnten Streiks, der sich zu einem politischen Problem auszuwachsen drohte. Angesichts dieser Gefahr sah sich die Geschäftswelt zu Zugeständnissen bereit. Im beharrlichen Kampf siegten die Werktätigen: Sie haben eine Lohnerhöhung von 7,3% errungen.

Die hemmungslose Profitjagd im Kapitalismus läßt einen immer engeren Spielraum für das wirtschaftliche und soziale Manöver und Manipulationen übrig. Der „schwedische Entwicklungsweg“ führt das Land keineswegs zur allgemeinen Wohlfahrt. Das vielzitierte Paradebeispiel verblaßte gleich bei der ersten Krise.

NZ

KOMMENTAR

VULKAN SEOUL

In Südkorea lodert wieder der Zorn des Volkes. In vielen Städten demonstrieren Studenten, Arbeiter und Angestellte für eine Demokratisierung des Regierungssystems, des öffentlichen Lebens überhaupt, für bessere Arbeits- und Bildungsbedingungen.

Die Behörden gehen mit außerordentlichen Maßnahmen gegen die regierungsfeindlichen Aktionen vor. Im ganzen Lande herrscht Ausnahmezustand, die Städte werden von der Armee kontrolliert. Nach Seoul sind zusätzlich Truppen gebracht worden. Jegliche politische Betätigung ist verboten, alle Universitäten sind geschlossen. Faktisch hat der ultrarechte Flügel des Militärs unter dem Oberkommandierenden der Sicherheitstruppe und Direktor des Geheimdienstes Generalleutnant Chon Du Hwan die Macht übernommen.

Die derzeitigen Unruhen in Südkorea haben eine lange Vorgeschichte. 1960 führten Aktionen von Studenten zum Sturz des Diktatorenregimes Li Syn Man. Doch mit Zuhilfenahme der US-Okkupanten konnte sich die Reaktion halten. Pak Tschung Hi, eine neue Marionette Washingtons, kam an die Macht. Seine Diktatur ging im Oktober 1979 unruhig zu Ende. Aber in all den 18 Jahren ebnete der Kampf gegen seine drakonischen Gesetze, gegen die US-Okkupation und für demokratische Umgestaltungen nicht ab.

Nach Pak Tschung His Ermordung hofften die Südkoreaner, Paks absolutistische „Verfassung“ werde einer demokratischen weichen, öffentliches Leben, Arbeitsverhältnisse und Bildung würden reformiert. Aber die neue Regierung unter dem Interimspräsidenten Choi Kyu Hah ließ gleich in den ersten Monaten erkennen, daß sie nur die Fassade aufpolieren wollte. Daraufhin nahmen die Volksmassen, allen voran die Jugendlichen, den aktiven Kampf wieder auf.

Die Reaktion kontrolliert das 600 000-Mann-Heer und eine riesige Polizeitruppe. Ihr Rückhalt sind auch die 40 000 US-Soldaten in Südkorea. Aber das Volk erlahmt nicht in seinem Bestreben, seine gerechte Sache zum Siege zu führen.

N. SCHIMMEL

Mitarbeit am Interkosmos-Programm

Jelena Knorre

Der Auftrag der Redaktion lautete kurz, ich solle schildern, welche Bedeutung die Raumforschungen für irdische Zwecke haben. Auf der kurzen Dienstreise mußte ich aus dem umfangreichen Thema etwas herausgreifen und mich darauf konzentrieren. Ich entschied mich für das Medizinische und Biologische, wie ich glaubte, einen eng begrenzten Aspekt.

Gleich bei der ersten Budapest-Begrenzung mit Dr. Attila Baj, dem wissenschaftlichen Sekretär des ungarischen Interkosmos-Komitees, erkannte ich, wie sehr ich mich geirrt hatte.

„Nur die medizinisch-biologischen Forschungen?“ rief er aus und hob verwundert die dichten Augenbrauen. „Da sollten Sie...“ — er zählte schnell etwa ein Dutzend Institute auf, die ich aufsuchen sollte, und interessante Arbeitsbereiche, die ich kennenlernen müßte. Mir gingen die Augen über. Ich wollte gern alles sehen, aber es war einfach nicht zu schaffen. Doch der lebenswürdige Dr. Baj stellte mein Programm so auf, daß ich vieles recht detailliert kennenlernen konnte.

Informationen aus dem Orbit

Aus einem schmalen Schlitz wie bei einem Briefkasten fallen in regelmäßigen Zeitabständen Fotoabzüge.

„Noch ganz warm“, scherzt Dr. Tibor Tenczer und reicht mir einen. „Dieses Häkchen hier ist unser Balaton-See, wie ihn ein Satellit aus dem Kosmos sieht.“

„Übernehmen Sie das direkt aus dem Kosmos?“

„Gewiß, und ununterbrochen. Wir gehen bei unseren Empfehlungen an den Wetterdienst von Berechnungen nach solchen Fotos aus.“

In einem Saal des Zentralinstituts für die Physik der Atmosphäre wird die Stille nur vom gleichmäßigen Ticken der elektronischen Apparate unterbrochen. Die diensthabenden Wissenschaftler sortieren und bearbeiten die Informationen, auf die man bei den Leitstellen der Flughäfen, im Landwirtschafts- und Ernährungsministerium, bei den Leitungen des ungarischen Ferien- und Gesundheitsdienstes schon wartet. Übrigens ist der Flughafen Ferihegy der zweite in Europa, wo die

Dispatcher die Daten von den Wettersatelliten und die kosmischen Wetterprognosen direkt benutzen.

Dr. Tenczer und seine Kollegen haben z. B. eine Methode gefunden, den Wasserhaushalt in den Flüssen und andern Gewässern nach Satellitenaufnahmen von der Dichte der Schneedecke im Gebirge zu beurteilen. Wie Zauberer können sie den Wasserstand der Donau für jeden Tag genau im voraus angeben. Ihre Methode hat sich sogar in der schwierigen Zeit des Frühjahrshochwassers bewährt, als die Prognosen für das Steigen des Pegels der Donau nicht nur für Ungarn, sondern auch für die Nachbarstaaten geliefert wurden.

Bei Interkosmos gelten auch die Arbeiten des Instituts für die Messung der Ozonschicht in den oberen Atmosphärenschichten als klassisch. Ozon ist bekanntlich eine Modifikation des Sauerstoffs. Wie ein feiner Schleier schützt er alles Leben auf Erden vor den verheerenden ultravioletten Strahlen des Sonnenspektrums. Man muß wissen, daß die Wissenschaftler immer eindringlicher vor der Zerstörung des Ozonschleiers warnen — er wird von den Abgasen der Flugzeuge, von Aerosolen und anderen Beiprodukten der menschlichen Betätigung zerfressen. Ist die Ozonschicht dick genug? Was wirkt besonders ungünstig auf sie? Von der Antwort auf diese Fragen hängt nicht nur die Zu- oder Abnahme der Fälle von bösartigen Geschwülsten, von Neurosen und Erkrankungen der Blutgefäße, sondern überhaupt der weitere Verlauf des Lebens auf der Erde ab.

Noch waren keine Dosimeter für die Satelliten entwickelt worden, da fanden ungarische Wissenschaftler unter Leitung von Ferenc Miskóczi eine ziemlich einfache theoretische Berechnungsmethode zur Bestimmung, was für Informationen vor allem von den Satelliten gebraucht werden. Einfacher gesagt, haben sie bestimmt, was das Gerät je nach der Menge des Ozons anzeigen kann und muß. Die Signale von den Satelliten sind ja kompliziert und enthalten zahlreiche Daten. Verschiedene Messungsmethoden haben auch verschiedene Resultate. Es war nicht so einfach, das auszuwählen, was der wirklichen Sachlage dort oben am

genauesten entspricht. Man kann also die Freude der ungarischen Wissenschaftler verstehen, als die in sowjetischen Satelliten aufgestellten Apparate ihre theoretischen Schlüsse glänzend bestätigten.

Jetzt wird die Ozonschicht der Erdatmosphäre nach dem Interkosmos-Programm systematisch untersucht.

Ich frage, wie zumindest die vorläufigen Schlußfolgerungen aus den Resultaten der gemeinsamen Arbeiten lauten. Mir antwortet der stellvertretende Direktor des Instituts, Prof. György Major:

„Es hat sich z. B. gezeigt, daß die schnellen Flugzeuge der Ozonschicht weniger gefährlich sind, als man früher glaubte. Am verheerendsten wirken die Aerosole. Wenn die Wissenschaftler bisher noch nicht fordern, daß ihre Benutzung eingeschränkt werden soll, so deshalb, weil Hoffnung oder vielmehr die Vermutung besteht, daß sich der Ozon regenerieren kann. Leider wissen wir noch nicht, wie. Möglicherweise hängt das mit einer intensiven Sonnentätigkeit zusammen. Wir wissen leider noch zuwenig und möchten nicht übereilt folgern.“

Das Geheimnis des Gleichgewichts

An einen Stand gelehnt, um beim Experimentieren nicht im Wege zu sein, sah ich einmaligen Zirkusnummern zu, von denen jeder Artist begeistert wäre. Ratten und Katzen, die abwechselnd auf einer Wippe hochgeworfen wurden, führten die verrücktesten Saltos aus. Eine Filmkamera hielt jedes Stadium der Bewegungen, jede Körperbiegung und -wendung fest.

Am Institut für Anatomie, Histologie und Embryologie bei der Medizinischen Universität „Semenlow“ wird unter Leitung von Dr. László Simon erforscht, wie die Schwerelosigkeit auf die Bewegungskoordination, insbesondere auf die Regulierung des Nervensystems in seiner Gesamtheit, wirkt. Von allen auf den Menschen im Raumflug wirkenden Faktoren gilt die Schwerelosigkeit als der unangenehmste. Der lange Aufenthalt sowjetischer Kosmonauten auf dem Orbit hat ergeben, daß die Anpassung an die Schwerelosigkeit und bei der Rückkehr auf die Erde an die Gravitation physiologisch das schwierigste ist. Fast eine Woche lang muß sich der Organismus meistens an den Kosmos gewöhnen: an den Blutandrang im Kopf und an den Unterdruck, bei dem die Leistungsfähigkeit stark sinkt.

Derartiges tritt, wie es sich gezeigt hat, wegen der gestörten Funktion des Vestibularapparats auf, der

unmittelbar mit den Funktionen des Kleinhirns verbunden ist. Dieses sorgt für eine Koordination der Bewegungen und für die Muskelspannkraft. Um auf der Erde schädliche Einflüsse festzustellen und zu beheben, muß man vorübergehend den Vestibularapparat, das Gleichgewichtsorgan, abschalten, das sich im Ohr befindet. Der lebende Organismus hat aber keinen Schalter. Früher pflegte man bei solchen Tierexperimenten das Gleichgewichtsorgan zu zerstören. Das ist nicht nur ein roher Eingriff, es gibt leider auch kein genaues Bild, wie es gebraucht wird. Die ungarischen Forscher haben eine bessere Methode entwickelt. Sie pressen mit einer sehr feinen Nadel, die durch den Schädel ins Gleichgewichtszentrum eingeführt wird, einen winzigen, mit Bienenwachs gemischten Paraffintropfen hinein. Dadurch wird das Gleichgewichtsorgan mit der Genauigkeit bis zu einem Zehntelmillimeter plombiert. Die Methode heißt Stereotaxis. Die Plombe wird nur von einer Seite eingesetzt. Durch diese Asymmetrie dreht sich das Tier bei der Bewegung. Zieht man einer Ratte oder Katze sozusagen den Boden unter den Füßen weg oder wirft sie in die Luft, dann führt sie die schiefen Salto aus, die ich beobachtet habe.

Jetzt ist ein Gerät in Arbeit, das die Bewegungsphasen messen und den Grad der Anpassung des Organismus an eine Asymmetrie sowie die Wirkung verschiedener Medikamente und turnerischer Belastungen auf die Geschwindigkeit der Anpassung feststellen soll. Überhaupt gelten die Gleichgewichtsreflexe als relativ begrenzt und einfach. Die Mediziner testen ja schon lange, wie das Gehirn reagiert, wenn sie uns auffordern, mit geschlossenen Augen

an die Nasenspitze zu tippen oder einen anderen Gegenstand zu berühren. Die gleiche Art zu reagieren, die gleiche Verbundenheit ermöglicht es dem Pianisten, eingebungsvoll ein Musikstück zu interpretieren, ohne daran zu denken, welche Tasten seine gut trainierten Finger dabei berühren. Auch eine versierte Schreibkraft achtet nicht darauf, welche Tasten sie anschlägt. Man kann also die Bewegungsorgane so trainieren, daß sie sich von der festen Verbindung mit dem Befehle erteilenden Gehirn lösen. Das ist nicht nur für Raumflüge wichtig.

Natürlich ist es kein leichtes. Es genügt zu sagen, daß die Purkyne-Zellen im Kleinhirn, die entscheidend die Körperlage regeln, ihre Information über die winzigste Bewegung und die Kräfte, die dabei wirken, durch 60 000—80 000 Kanäle für Nervenimpulse erhalten. Das Gelingen jeder Änderung einer Bewegung hängt davon ab, wie das Kleinhirn trainiert ist. Ehe man daran geht, es gezielt zu trainieren, muß man hundert Dinge klären, u. a., wie die Purkyne-Zellen die erhaltene Information verarbeiten. Mit jeder neuen Erkenntnis der Wissenschaftler tauchen neue Fragen auf. Sie dringen ja ins Allerheiligste des Organismus, in sein Gehirn, vor.

Menschen und Phantome

Auf einem Hügel an der Donau, gegenüber dem berühmten Roten Cesepel, steht das nach Joliot-Curie benannte radiobiologische und strahlungshygienische Institut. Hier wird die biologische Wirkung der ionisierenden Strahlungen untersucht und werden Methoden zum Schutz des Menschen vor schädlichen Strahlungen erarbeitet. Das ursprünglich für die ungarische Atomenergiewirtschaft und Industrie gegründete Institut beteiligte sich 1968 auf ein Angebot der UdSSR hin erstmalig am Interkosmos-Programm. Jetzt gilt es als das Dachinstitut von elf ungarischen medizinischen Einrichtungen, die ausgiebig nach diesem Programm arbeiten.

Dr. László Szabó, der die Abteilung für molekulare Radiobiologie leitet, gehört dem ungarischen Interkosmos-Komitee an. Von den vielen wichtigen Arbeiten am Institut führte er mir eine völlig originelle vor: die Schaffung eines Phantoms. Das war das erste Thema des Instituts nach diesem Programm. Das Phantom entspricht seiner etwas mystischen Bezeichnung: Es hat die menschlichen Organe und Gewebe bei Forschungen zu imitieren — wie kosmische Strahlungen auf sie wirken. Phantome wurden als erste in den Kosmos geschickt und als erste auf der Erde Strahlungsstößen ausgesetzt. Sie haben bahnbrechend zu

sein und den Menschen vor allem Schädlichen zu bewahren.

Zu diesem Zweck müssen sie aber Gewebe haben, die denen des Menschen völlig gleichwertig sind. Wie soll man derartige Gewebe auswählen? Man kann sie ihnen in Größe und Form nachbilden, kann Polymere, Glas und Plaste finden, die sich genau wie Haut und Haare des Menschen anfühlen. Ihre biochemische Zusammensetzung ist aber ganz anders. Bei Tierversuchen wiederum muß man bedenken, daß die Gewebe des Kaninchens oder des Affen völlig anders als die des Menschen sind. Die ungarischen Wissenschaftler haben sich, wenn man so sagen kann, für die Chemie entschieden. Sie haben die Zusammensetzung von Haut, Muskeln und Blut des Menschen sorgfältig untersucht, haben errechnet, was für und wieviel Komponenten — Wasser, Sauerstoff und Minerale — sie enthalten, und etwas Analoges zu synthetisieren begonnen. Das Schwierige war, daß der menschliche Körper nicht homogen ist. Er besteht zum größten Teil aus Muskelgewebe, doch den größten Teil des Gewichts ergeben die Knochen, und sie setzen sich ganz anders zusammen. Fragen ohne Ende.

Das erste Phantom war eine Art Ratte. Damals tat man noch die ersten Schritte beim Erzeugen von Äquivalenten lebender Gewebe. Jetzt, wo Menschenphantome schon im Kosmos waren, wo in Moskau eins als Museumsstück aufbewahrt wird und man am Institut allerlei männliche und weibliche Phantome sehen kann, denken der Künstler Marton Erdélyi und Dr. Szabó lächelnd an jene ersten Jahre zurück. Weibliche Phantome sind notwendig, weil sich die weiblichen Gewebe und Organe in ihrer Zusammensetzung von den männlichen unterscheiden. Als man am Institut das erste weibliche Phantom herstellte, gab ihm Erdélyi die Züge und Gestalt der schönsten Mitarbeiterin. Das junge Mädchen wußte sich vor Verehrern nicht zu retten und ging in ein anderes Institut über.

Jetzt helfen die von ungarischen Spezialisten hergestellten Phantome, Sicherheitsmaßregeln für schädliche Produktionszweige zu finden, den Einfluß der Vibration und noch andere schädliche Einflüsse zu untersuchen. In Heilstätten benutzt man sie, um die optimale Dosis von Röntgen- und anderen Strahlen für Zwecke der Diagnose und Behandlung zu bestimmen.

Immer mehr Wissenszweige bereichern die Zusammenarbeit der mit dem Interkosmos-Programm beschäftigten Wissenschaftler aus den sozialistischen Ländern.

Budapest—Moskau

Der Künstler Marton Erdélyi führt ein Phantom vor Foto der Verfasserin



IM ÖLRAUSCH



Ein Karikaturist der kommunistischen Zeitung „Daily World“ (USA) hatte den Einfall, Soldaten der US-Eingreiftruppe mit den Namen der größten amerikanischen Ölkonzerne zu versehen. Wie die „Green Berets“ sich durch ihre Bestialität einen Namen machten, stehen die Helme mit den Namen der Ölmonopole für die Bereitschaft, Truppen an jeden Punkt der Erde zu entsenden — um die

„nationalen Interessen des Landes zu verteidigen“. Gemeint sind da vor allem die Ölinteressen, die manche Leute fast um den Verstand bringen.

Die Eingreiftruppe besteht seit dem 1. März: Die Einheiten, aus denen gewisse Kontingente zum Einsatz beordert werden können, wurden festgelegt. Über Waffenkäufe wird verhandelt. Hauptforderung an die Truppen, die an jedem Ort schnellstmöglich eingreifen sollten, ist, daß „es für die erforderlichen Einheiten wichtiger ist, die ersten zu sein als mit dem Gros der Kräfte erst als zweite zu erscheinen“.

Die Carter-Doktrin läßt keinen Zweifel daran, daß die Eingreiftruppe fest entschlossen ist, fremdes Öl in anderen Staaten in Besitz zu nehmen. Die Doktrin hat alles vorgesehen, nur das eine nicht: Das Pentagon klagt der Wochenschrift „Petroleum Intelligence“ zufolge über den akuten Mangel an Flugzeugbenzin. Ihm fehlen 250 000 bis 500 000 Barrel Öl. Woher will das Pentagon eigentlich das Öl nehmen? Einstweilen wird das „schwarze Gold“ auf dem Weltmarkt gekauft. Offenbar soll die Eingreiftruppe später auf „Selbstversorgung“ umgestellt werden: Das gilt auch für die Monopole (siehe Zeichnung).

G. VIKTOROW

Nach Plänen des Pentagon das Territorium Ägyptens Nahen und Mittleren Ozean Einsatzes Ägyptens als gebilligt.



„NUR EIN SCHERZ“

Soldaten der Wehrmacht in Pose vor einer Hakenkreuzflagge. Sie proben eine Attacke. Das ist kein Spuk, sondern geschieht heute ... in Großbritannien.

Als Gerüchte über das merkwürdige Treiben der jungen Engländer bis in die Bundesrepublik drangen, schickte die Redaktion der „Quick“ ihre Leute nach London.

Und da sind sie nun in der britischen Hauptstadt, in einem Haus, wo sich Leute in SS- und SA-Uniform tummeln. Ihr Anführer, der 36jährige Engländer Eddie Kenten, begrüßt die Journalisten mit „Heil Hitler!“. Ein anderes Mal empfing sie Eddie an einem Schreibtisch, über dem ein Göring-Porträt hängt.

Solange Kenten und die Seinen die „Quick“-Reporter als Gesinnungsgenossen aus der BRD ansehen, spucken sie große Töne. Göring sei ein starker Mann gewesen, im dritten Reich habe es prächtige Kerle gegeben, auf die die Deutschen auch heute stolz sein sollten, usw.

Als sich herausstellt, daß die Journalisten keine Neonazis sind, suchen Kenten und Kumpane

das Ganze in einen Scherz umzukehren. Dann als zweite Variante: Kenten tue all das für Filmaufnahmen. Er und seine Gesinnungsgenossen würden NS-Stücke für Filmzwecke verleihen. Sie selbst würden bisweilen nur aus purer Langerweile „Wehrmacht spielen“. Die Reporter erfuhren übrigens, daß die NS-„Erinnerungsstücke“ auch ins Ausland verkauft werden. In den USA, Australien, ja auch in der BRD sind solche Devotionalien stark gefragt.

Nicht Kenten allein macht derartige Geschäfte. In dem Laden von Chris Farlowe in London stapeln sich Hakenkreuze, Flaggen und Helme. Chris kramt eine „echte“ SS-Offiziersuniform unter dem Ladentisch hervor. Kostenpunkt: 3000 DM.

Farlowe geht es nur um seine Geschäfte. Kenten aber hat seine Organisation, seine eigene Zeitung. Die Mitglieder des Klubs zeigen sich am liebsten in NS-Uniform. Sein Programm ist höchst einfach — alle „Farbigen“ aus Großbritannien zu entfernen. Die Klubanhänger halten die Regierung für schwach und wünschen sich sehnlich, daß auf den Britischen Inseln ein „starker Mann“ wie Hitler oder Göring erscheint. Die britischen Neonazis bereiten sich auf künftige Pogrome gegen Farbige vor.

A. TSCHLENOW



HAKENKREUZKINDER

Die Kinder in ihren Überwürfen mit Hakenkreuz und der Aufschrift „White Power“ geben sich große Mühe beim Faschistengruß. Ihre Eltern haben sie mit nach Benson, US-Staat Nordkarolina, genommen, wo sich Neonazis und Ku-Klux-Klananhänger zu Ehren des Führers zusammenroteten.

Bislang haben die Kinder nur gelernt, „Heil Hitler!“ zu schreiben. Vielleicht wollen sie einmal auch ihre eigene „Sturmabteilung“ bilden und das Kapitol in Brand setzen.

A. BARYSCHEW

Foto aus „El País“ (Spanien)

diver Unterstützung Kairo wird
upaufmarschgebiet der USA im
Präsident hat Varianten des
spunkt für „Blitzoperationen“



Zeichnung: W. Tschakiridis

LEICHER ZUNGE

Church, Javits, Pell und Percy
as hat diese Mitglieder des
Äußeres so in Aufruhr ver-
usstellen sollte, die Admini-
ungsgeschicktes Handeln kann
den Diversionssendern „Liber-
pa“ zum Einsturz bringen. Und
och so viel getan, um deren
en zu tarnen, nachdem die
Rundfunksender mit der CIA
hre ein offenes Geheimnis

ungen ist es zu „verdanken“,
ssen jetzt offiziell von der Re-
werden. Um die Arbeit der
anzuleiten, wurde ein „respek-
det — der „Rat für interna-
der natürlich seinen Hauptsitz

sucht man weiszumachen, daß
en von nun an keineswegs mehr
abqualifiziert werden dürfen.
e weitere Enthüllung über die
enarbeit mit der CIA nicht
Indes will sich die CIA in die
für internationalen Rundfunk“
n, sie verlangt auch, ihren
elegieren zu dürfen. Das aber
dann doch zu viel Eilends
esorgnis darüber, wie und mit
ation den „Rat“ besetzt, dem
ntnis. Aus dem Weißen Haus
ende Versicherung, detaillierte
len folgen.

ender sprechen nach wie vor
timme — mit der Stimme der

W. KSENI

DIE STIMMUNG VERDORBN

„Was für ein angenehmer
Mann! Er hat ausgezeich-
nete Manieren und führt
kluge Reden“ — nicht ge-
nug konnte man sich in
Canberra über einen Gast
freuen, als sich Mitte Mai
eine offizielle Delegation
unter dem stellvertretenden
Premier des Staatesrates der
VR China, Li Xiannian, in
Australien aufhielt. Der
teure Gast wurde mit hohen
Ehren empfangen. Der
australische Premiermini-
ster Fraser stellte ihm zu-
Liebe alle anderen Amtsge-
schäfte zurück: Endlich
hatte man in Peking den
Gesinnungsbrüdern in
Australien Aufmerksamkeit
geschenkt. Müssen ja die
Appelle aus Canberra jenen
das Herz wärmen, die am
Ruder der chinesischen
Außenpolitik stehen. Die
regierende Koalition aus
Liberalen und Agrariern
nimmt in letzter Zeit eine
offen antisowjetische Hal-
tung ein, indem sie die
Entwicklung in Afghanis-
tan entstellt und den
abenteuerlichen Kurs der
US-Administration unter-
stützt.

Nachrichtenagenturen zu-
folge haben beide Seiten
eine volle Übereinstimmung
zu den wichtigsten inter-
nationalen Problemen er-
reicht.

Die chinesische Dele-
gation war schon abgeflogen,
in Canberra aber herrschte
immer noch eine eupho-
ristische Stimmung. Aber
sehr bald war es aus damit.
Und wer war schuld daran?
Die australische Presse, die
es unternahm, den Be-
schluß Pekings zu kritisie-
ren, eine ballistische Inter-
kontinentalrakete im Pazi-
fik zu testen. Offenbar noch
unter dem Eindruck des
Besuchs aus Peking wußte
Fraser nur zu sagen, daß es
keinerlei Grund gäbe,
China zu kritisieren.

Die Australier verstanden
ihren Premier nicht. Der

„PRESSEFREIHEIT“

„Gestern abend habe ich aufmerksam ferngesehen.
Heute morgen hörte ich Radio, las die Presse“. Die
Versammlung der Arbeiter der Renault-Werke be-
schloß, zusammen mit der CGT und der CFDT heute
einen zweistündigen Streik durchzuführen. Kein Wort
davon. Morgen findet zusammen mit der CGT und der
CFDT ein gesamtnationaler Aktionstag statt ... mit
Streiks und einem Marsch auf Paris. Kein Wort davon.
Am gleichen Tag wird in Nord-Pas-de-Calais auf Aufruf
der CGT ein Marsch nach Lille durchgeführt, an dem
Hüttenwerker, Bauleute, Tefxilarbeiter und Arbeitslose
teilnehmen werden...“

So äußerte sich kürzlich CGT-Sekretär Henri Krasucki
zur Objektivität der „großen“ französischen Presse. In
ihren Redaktionen steht die Wahrheit nicht hoch im
Kurs — wie auch ein kleines Experiment der Pariser
Gewerkschaftszeitung „La Vie Ouvrière“ zeigt.

Anhand von willkürlich herausgegriffenen Nummern
der drei bedeutendsten bürgerlichen Zeitungen —
„Figaro“, „Monde“ und „Matin“ (siehe unten) — vom
gleichen Tag machte sich das Gewerkschaftsblatt die
Mühe, nachzuzählen, wieviel Raum diese Blätter Infor-
mationen über soziale Fragen (und an jenem Tag lag
eigentlich mehr als genug an) einräumen. Der „Figaro“
hatte diesen Fragen nur 1% seiner Beiträge gewidmet,
der „Monde“ 0,5% und der „Matin 2,5% — insgesamt
nur wenig mehr als für den Wetterbericht.

Die Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen
Leuten, ihre Meinung zu verbreiten — so äußerte sich der
Hamburger Publizist Paul Sethe einst über die bundes-
deutsche Presse. Diese Worte passen voll und ganz
auch für die „objektive“ bürgerliche Presse Frankreichs,
deren Informationen oft so gut wie nichts mit dem Leben
zu tun haben.

L. MAKAREWITSCH



„Sydney Morning Herald“
schrieb in einem redaktio-
nellen Artikel: „Die Einstel-
lung von Premierminister
Fraser zu den bevorstehen-
den Tests einer chinesi-
sche Interkontinentalrake-
te in einer Region, die an
Nordaustralien anschließt,
kann man schwerlich teil-
en... China stellt jetzt...
auch für jede Region

Australiens eine atomare
Bedrohung dar.“ Auch an-
dere Zeitungen schlugen
Alarm.

Die Australier wollen
ganz und gar nicht als Ziel-
scheibe für chinesische Ra-
keten dienen — selbst wenn
so angenehme Mitmen-
schen wie Li Xiannian am
roten Knopf sitzen.

L. MICHAJLOW



SOLIDARITÄT MIT AFRIKA

Am 25. Mai 1963 wurde in Addis Abeba die Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) gegründet. Seitdem wird der 25. Mai alljährlich als Tag der Befreiung Afrikas, Tag der Solidarität mit seinen Völkern begangen, die gegen den Imperialismus, Neokolonialismus und Rassismus kämpfen. Am 25. Mai beginnt die alljährlich abgehaltene Woche der Solidarität mit dem Kampf der Völker Südafrikas.

Die Afrikaner haben bei der Entkolonisierung ihres Kontinents große Erfolge erzielt und sein politisches Anflitz völlig umgewandelt. Wo früher kolonial versklavte Länder waren, bestehen heute 49 unabhängige Staaten, Simbabwe ist der 50. Der Sieg seiner Patrioten war das Ende der Kolonialbesitzungen der Westmächte auf diesem Kontinent und zugleich der Auftakt zum Zerfall der Rassistenregimes im Süden Afrikas: Er bringt den Sieg der Völker Namibias und Südafrikas näher.

Doch darf man nicht vergessen, daß es in Afrika noch Länder gibt, die von Strohmannern der Imperialisten verwaltet werden und in denen die Völker vom Neokolonialismus unterjocht sind.

Aber wie groß die Unterschiede in den Regimes der afrikanischen Länder auch sein mögen, sie sehen sich alle der dringenden Aufgabe gegenüber, möglichst bald die Armut und Rückständigkeit zu überwinden und mit der Allmacht der westeuropäischen und amerikanischen Monopole in ihrer Wirtschaft Schluß zu machen. Die vor kurzem auf dem außerordentlichen OAU-Gipfeltreffen in Lagos angenommenen Beschlüsse könnten eine wichtige Phase im Kampf der Afrikaner für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit einleiten.

Unter den Problemen Afrikas sei noch der Stammeshader, die Feindschaft zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen hervorgehoben. Diese von den Imperialisten absichtlich entfachte und geschürte Feindschaft schadet der Befreiungsbewegung stark und führt bisweilen zu blutigen Bruderkriegen.

Gegenwärtig befindet sich ganz Afrika in einem politischen und sozialen Wandel. Der Kontinent hat noch einen langen, schwierigen Weg bis zur vollen Befreiung vom Neokolonialismus. Auf diesem Weg stößt er auf erbitterten Widerstand der Feinde. Aber die afrikanischen Völker stehen nicht allein da, ihnen gehören die Sympathien und die Solidarität der UdSSR, der anderen sozialistischen Länder und aller fortschrittlichen Kräfte der Welt. Diese Unterstützung ist nicht konjunkturbedingt. In der Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten vom 15. Mai heißt es, daß sie den nationalen Befreiungskampf der Völker gegen alle Formen der Sklaverei, für das Recht, selbstständig über ihr Geschick zu entscheiden, unterstützen.

Der Adler steigt höher

Viktor SIDENKO

Trotz der tropischen Sonne und des wolkenlosen Himmels fühlt man auf dem Gesicht, den Schultern, den Armen einen wahren Sprühregen. Er kommt von den Victoriafällen, die von den hiesigen Einwohnern Mosioatuniya (Donnernder Rauch) genannt werden. Die gewaltigen Wassermassen stürzen tief in eine Schlucht, um dann emporzuschießen und sich als feiner Wasserstaub auf den „Donnernden Rauch“ und seine Umgebung zu setzen. Die Victoriafälle sind ein unvergeßlicher Anblick.

Etwa 50 m weiter spannt sich eine Hängebrücke über den Sambesi. Eigentlich sind es zwei Brücken, eine für den Eisenbahnverkehr und eine für Wagen und Fußgänger, doch sind sie so montiert, daß sie wie ein einheitliches Ganzes wirken. In der Mitte der Brücke sind zwei Querstriche gezogen, ein gelber zu Sambia und ein weißer zu Simbabwe hin. Das ist die Grenze. Südlich davon liegt Simbabwe, nördlich Sambia.

Mit Erlaubnis Swales, des Sekretärs der Vereinigten Nationalen Unabhängigkeitspartei (UNIP) der Südpfanz Sambias, und der Grenzer von Simbabwe, mit denen er vorher telefoniert hatte, gehe ich über die Brücke vom Nord- zum Südufer und bin dann in der unabhängigen Republik Simbabwe, ehemals britische Kolonie Südrhodesien. Es heißt, noch auf seinem Sterbebett sorgte sich der britische Kolonisator Rhodes darum, ob sein Name auf der Karte Afrikas verewigt würde. Eine Zeitlang schien es, daß sein Wunsch in Erfüllung gegangen war: Es gab ja sowohl Südrhodesien als auch Nordrhodesien (heute Sambia). Aber die Geschichte hat es anders verfügt, und nun ist der Name des Briten von der afrikanischen Karte praktisch verschwunden. Er war ja auf ihr entgegen dem Willen der Völker eingezeichnet.

Doch wer den Afrikanern Undankbarkeit und ein kurzes Gedächtnis nachsagt, der verleumdet sie. Nur einige Kilometer von der Grenze entfernt, liegt am Nordufer des Sambesi Livingstone. Diese in üppiges Grün gebettete Großstadt heißt so nach einem Weißen, einem hervorragenden Afrikaforscher. Er war es auch, der die Victoriafälle für die Europäer entdeckte. Livingstone genoß bei der Urbevölkerung Liebe und Vertrauen, sein Name

wird bis heute in Ehren gehalten. Er starb in Sambia, im kleinen Dorf Chitambo am Bangweulu-See, und dort ist sein Herz begraben. Seinen einbalsamierten Körper aber trugen seine Diener Chuma und Susi nach Daressalam, anderthalbtausend Kilometer weit; von dort wurde er in seine Heimat überführt.

Zwei Weiße, zwei Schicksale. Hier, an der ehemaligen Nahtstelle zwischen dem „schwarzen“ und den „weißen“ Afrika, scheint mir dieser Vergleich Symbolwert zu haben.

Mehr als 10 Jahre lang war die Grenze am Sambesi eine blutende Wunde am Körper Afrikas. Mit der scharfen Waffe Rassismus wollten die Imperialisten diese Region vom übrigen Kontinent abtrennen und die Völker Simbabwes, Namibias und der RSA isolieren, um ungehindert an ihren Reichtümern Raubbau zu treiben. Das unabhängige Afrika konnte das nicht hinnehmen, es erwies den Patrioten Simbabwes umfassende, vielseitige Hilfe, wie es sie heute dem Volk Namibias erweist. Der Rassismus antwortete mit Terror. Das Brausen der Victoriafälle wurde immer wieder von MG-Salven, Explosionen und dem Dröhnen von Jagdflugzeugen übertönt. Der Streifen am Grenzfluß Sambesi war im Grunde eine für die Zivilbevölkerung gesperrte Frontzone.

Nicht nur die Grenzgebiete wurden von Rassistenbanden überfallen. Überall in Sambia sind Spuren ihrer Verbrechen zu sehen. In der Hauptstadt Lusaka erblickte ich die Trümmer eines von einer Explosion zerstörten Gebäudes, dessen Mauerreste große Einschüsse von Bazookas zeigten. Das war das Nkomo-Haus, der Sitz der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU), das von rhodesischen „Straftruppen“ Mitte 1979 überfallen wurde. Der Angriff forderte viele Tote und Hunderte Verwundete.

„Sie sind einer der ersten Sowjetbürger, die in Simbabwe gewesen sind“, sagte mir Swale, als wir über die Brücke nach Sambia zurückgingen. „Hier, am weißen Grenzstrich, stand früher ein Schild mit der Aufschrift ‚Willkommen in Rhodesien‘. Gegenwärtig wird es erneuert, denn es soll eine andere Aufschrift tragen: ‚Willkommen im befreunden Simbabwe‘. Wir sind überzeugt, von nun an wird unsere Grenze am Sambesi eine Grenze

der Freundschaft und guter Nachbarschaft sein."

In Sambia wird heute viel über Simbabwe gesprochen und geschrieben. Wahlen zum Unterhaus des Parlaments wurden abgehalten und brachten den Organisationen den Sieg, die an der Patriotischen Front von Simbabwe teilgenommen hatten. Nach der Bildung einer Koalitionsregierung wurde Simbabwe am 18. April der 50. unabhängige Staat Afrikas. Alle meine Gesprächspartner in Sambia, darunter der Generalsekretär der UNIP, Mathias Mainza Chona, und der Chefredakteur des dortigen Regierungsnachrichtendienstes Komani Kachiwga, waren der Ansicht, daß gerade die Einheit den Patrioten den Erfolg im Kampf um die Macht sicherte. Sie brachten die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Geschlossenheit der patriotischen Kräfte das Volk Simbawes befähigen wird, die komplizierten Probleme, die das „weiße Regime“ hinterlassen hat, erfolgreich zu lösen sowie Frieden und Stabilität zu erlangen.

Frank Chitambala, der politische Chefberater des UNIP-Generalsekretärs, sagte mir: „Alles, was in Simbabwe geschieht, geht uns unmittelbar an. Nicht nur, weil wir Nachbarn und Waffenkameraden sind. Sambia gehörte zu den „Frontstaaten“, die dem rassistischen Regime Rhodesiens entgegentraten, und half aktiv den Freiheitskämpfern, die dort heute an der Macht sind.“

Natürlich seien die südafrikanischen Konflikte durch den Sieg des Volkes von Simbabwe noch nicht aus der Welt geschafft, fuhr Chona fort. Der Rassismus wüte nach wie vor in Namibia. Die Aufgabe, seine Herrschaft in diesem okkupierten Land zu beseitigen, wird vordringlich.

Meine Gesprächspartner knüpften an die Entstehung des unabhängigen Simbabwe auch ihre Hoffnungen auf eine Normalisierung der politi-

schen Situation in der Region. Aber RSA-Truppen verüben weiterhin Piratenüberfälle auf sein Territorium, damit Sambia seine Hilfe für Namibia aufgibt.

Doch können diese Ausfälle der Rassisten nicht die regionale Wirtschaftszusammenarbeit verhindern, für die sich nach dem Sieg der patriotischen Kräfte in Simbabwe neue Möglichkeiten ergeben. Diese Frage wurde auf einem südafrikanischen Gipfel Anfang April in Lusaka erörtert. An der Konferenz beteiligten sich die Führer aller „Frontstaaten“ (Angola, Botswana, Sambia, Mosambik und Tansania), ferner die von Simbabwe, Lesotho, Swasiland und Malawi. Eine Deklaration über die Grundlagen der Zusammenarbeit in dieser Region wurde angenommen; die Zielsetzung ist der Widerstand gegen das rassistische Wirtschaftsdiktat.

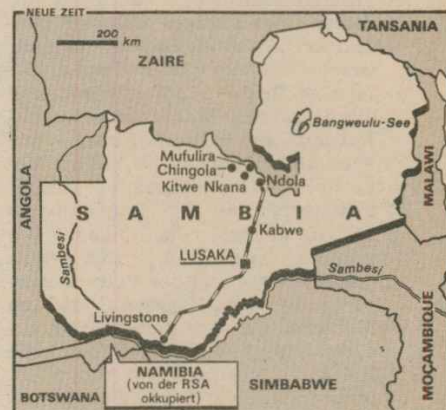
In Sambia vertritt man die Auffassung, daß die regionale Zusammenarbeit die vielen und akuten Wirtschaftsprobleme lösen helfen wird. Kenneth Kaunda, der Präsident von Sambia, lieferte eine kurze, aber umfassende Bestimmung der Wirtschaftsgrundlagen des Landes, als er in einem Gespräch mit dem französischen Wissenschaftler René Dumont in Anlehnung an den Volksglauben, Glückspilze kämen mit einem silbernen Löffel im Mund zur Welt, sagte: „Wir sind mit einem kupfernen Löffel im Mund geboren.“ Oft war Sambia drauf und dran, sich an diesem „Löffel“ zu verschlucken. Der Preiserückgang beim Kupfer, also beim wichtigsten sambischen Exportartikel, desorganisierte die Wirtschaft und drohte, sie zu erstickern. Der Import von Nahrungsmitteln, Maschinen und Ausrüstungen nahm dann stark ab.

Der „Fluch des Kupfers“, wie René Dumont es formulierte, lastet noch immer auf Sambia, obwohl die Kupferpreise auf dem Weltmarkt zur Zeit relativ stabil sind. Doch wer weiß, wie es morgen aussehen wird.

Sambia brachte im Kampf gegen die Rassisten nicht wenig wirtschaft-

liche Opfer. Es mußte die wirtschaftliche Entwicklung verlangsamen, in der Versorgung der Bevölkerung gab es Unterbrechungen, ernsthafte Transportschwierigkeiten stellten sich ein, usw.

Wie Kenneth Kaunda meint, bestehen jetzt günstige Bedingungen, das Versäumte nachzuholen. Am



25. März gab er Regierungsmaßnahmen im Bereich der Landwirtschaft und des Bergbaus bekannt. Sie „werden angenommen, um die Wirtschaft des Landes nach 15 Jahren aktiver Teilnahme am nationalen Befreiungskampf der Völker Südafrikas wiederherzustellen“.

Es ist geplant, die Preise für Düngemittel und Saatgut zu senken, neue Arbeitskräfte für die Landwirtschaft zu gewinnen und die Restriktionen für den Import von Landmaschinen aufzuheben. Der Beschluß wurde gefaßt, Genossenschaften zu gründen, die der Staat finanziell stützen wird. In allen Provinzen sollen Staatsfarmen entstehen. Zur Verwirklichung dieses Programms wurde u. a. ein Ausschuß unter Teilnahme mehrerer Minister eingesetzt.

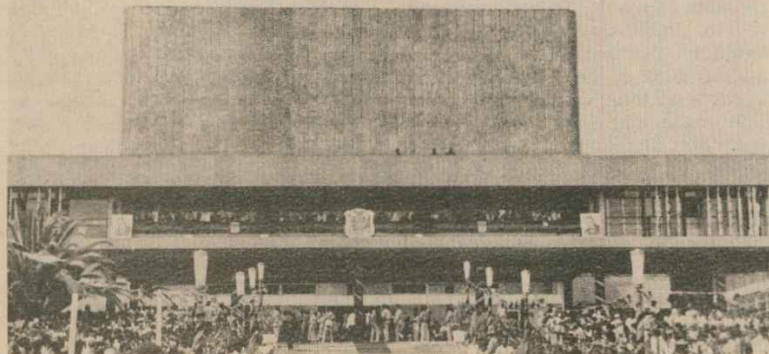
Zwecks Weiterentwicklung der Industrie soll die Gold- und Diamantengewinnung erhöht sowie ein Unternehmen gegründet werden, das für die Gewinnung, Bearbeitung und den Absatz von Smaragden zuständig sein soll.

In Sambia hörte ich wiederholt den Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der UdSSR weiterhin auszubauen, zumal die Sambier mit den erreichten Resultaten zufrieden sind. Mit sowjetischer Hilfe wurden in ländlichen Gegenden 10 Dieselelektrizitätswerke gebaut sowie über 200 Brunnen angelegt, die Hunderte Siedlungen mit Wasser versorgen. In Sambia sind viele sowjetische Lehrer tätig.

Im sechsten Stock des Freiheitshauses unterhielt ich mich mit Reuben Kamanga, Mitglied des ZK der UNIP und Vorsitzender der Kommis-

Das Parlament in Lusaka

Foto: S. Petuchow



sion für politische und juristische Fragen, in seinem Arbeitszimmer, dessen Fenster auf die laute zentrale Cairo Road gehen, über die Probleme des Landes und die Situation in der Welt.

„Vielleicht haben Sie den Eindruck“, sagte Kamanga, „daß Sambia nicht über Südafrika, nicht über unseren Kontinent hinausdenkt. Indessen beschäftigen uns die Geschicke des Weltfriedens und die Geschicke der Entspannung, die jetzt gefährdet ist. Wir wissen, daß die Siege der Völker von Angola, Moçambique, Guinea/Bissau und auch von Simbabwe in hohem Maße durch die Entspannung erleichtert wurden, die dem Imperialismus die Handlungsfreiheit nahm. Wir erheben unsere Stimme zum Schutz des Friedens und der Völkersicherheit, wir sind dagegen, daß die Menschheit in den kalten Krieg zurückgedrängt wird. Wenn der kalte Krieg in einen heißen umschlägt, wird er unserer Meinung nach auch Afrika nicht verschonen.“

Wir sind uns völlig darüber im klaren, wer an der heutigen Verschlechterung der Weltlage schuld ist“, fuhr Kamanga fort. „Das ist der Imperialismus, und mit Berufungen auf die Ereignisse in Afghanistan kann er uns nichts vormachen. Niemand kann einem souveränen Volk das Recht nehmen, seine Freunde um Hilfe bei der Abwehr einer Aggression zu bitten. Wir kennen das aus eigener Erfahrung. Als die Rassisten Sambia mit Krieg drohten, erklärte unser Präsident laut und vernehmlich, im Falle einer Aggression behalte er sich das Recht vor, sich an die Freunde des Landes zu wenden.“

Unsere Partei sieht eines ihrer Hauptziele darin, zur Festigung und zum Schutz des Weltfriedens im Rahmen der Nichtpaktgebundenheit beizutragen. Wir sind für aktive Neutralität. Wenn man uns dazu zwingen will, unsere Teilnahme an den Olympischen Spielen in Moskau abzusagen, oder uns in andere Aktionen hineinziehen will, die dem Frieden und der internationalen Zusammenarbeit widersprechen, antworten wir mit einem entschiedenen Nein.“

Beim Abschied bemerkte ich auf Kamangas Tisch eine kleine Abbildung der Staatsflagge mit einem schwebenden Adler darauf. Wie mir meine Freunde aus Sambia sagten, ist dieser Adler ein Symbol für den Willen des Volkes, alle Schwierigkeiten und Probleme zu überwinden. Meine Begegnungen in Sambia überzeugten mich: Sein Volk hat Willen, Kraft und Energie genug, um jede Höhe zu nehmen.

Lusaka—Moskau

DIE „LEIDEN“ DER NEUEN DISRAELIS

Prof. Naffula CHALFIN, Doktor der Geschichtswissenschaften

Die konservative Regierung Englands nimmt wie ihre Seniorpartnerin, die Regierung Carter in den USA, eine kraß feindselige Stellung zum revolutionären Afghanistan ein. Sehr ungehalten ist sie auch über den freundschaftlichen Beistand, den die UdSSR der jungen demokratischen Republik bei der dringend notwendigen Abwehr der Aggressionsakte leistet, die die Reaktion vom Ausland her verübt und bei denen außer anderen auch die britischen Geheimdienste nicht die letzte Rolle spielen. Ohne sich im geringsten um die Ansichten und Wünsche des afghanischen Volkes zu kümmern, schlägt der britische Außenminister, Lord Carrington, vor, daß Afghanistan neutralisiert und faktisch unter Vormundschaft gestellt werden soll.

Die rege Teilnahme der herrschenden Kreise Englands an den konterrevolutionären Umtrieben gegen die Demokratische Republik Afghanistan fällt für diese besonders schwer ins Gewicht. Deren Bevölkerung mußte ja im Laufe vieler Jahrzehnte eine typische Kolonial-expansion Großbritanniens erdulden. Der Kampf dagegen hat ungeheure Menschenopfer und eine unproduktive Verausgabung materieller Ressourcen gefordert, was sich auf die wirtschaftliche, politische und kulturelle Entwicklung Afghanistans unheilvoll ausgewirkt hat.

Beginn der Expansion

Bis Anfang des 19. Jahrhunderts hatte England einen großen Teil Indiens an sich gerissen und es zum Sprungbrett seiner weiteren Expansion in Asien gemacht. Schon damals waren afghanische Gebiete ihr vorrangiges Objekt. Diese wiederum sollten ein Stützpunkt für die Ausdehnung des britischen Einflusses auf Mittelasien, den östlichen Iran und Westchina werden. Im Jahre 1808 reiste eine Expedition, geführt von dem Diplomaten Elphinstone, nach Afghanistan, um dessen Bodenschätze zu erkunden. Während seine Begleiter an Informationen zusammentrugen, was das britische Eindringen ins Land erleichtern sollte, schloß er mit Schah Schudschah ul-Mulk ein Abkommen, in dem sich dieser verpflichtete, auf seiten Englands vorzugehen, „falls

dessen Interessen in Indien gefährdet sein sollten“. Kurz darauf unterlag der Schah aber selbst im Machtkampf und floh nach Ludhiana (Indien), wo er von den Engländern ausgehalten wurde. Zwischen 1832 und 1834 stellte er, von seinen Gönnern dazu gedrängt, für ihr Geld eine Truppe auf und versuchte, Kandahar einzunehmen. Er wurde zurückgeschlagen, weil der Herrscher von Kabul, Chan Dost Mohammed, mit seiner Armee herbeigegeeilt war.

Die britischen Kolonisatoren gaben ihre Pläne jedoch nicht auf. Im Jahre 1837 schickten sie eine Mission nach Kabul, geführt von Burnes, einem Offizier der Ostindischen Kompanie, und es kam wie 30 Jahre vorher: Während er mit dem Emir verhandelte, bereisten seine Kollegen das Land und stellten fest, auf welchen Wegen man in Afghanistan einfallen konnte.

Bald darauf begann der erste britisch-afghanische Krieg (1838—1842). Anfangs hatten die Aggressoren Erfolg. Sie nahmen Kabul, Kandahar, Dschelalabad und andere Städte und brachten Schudschah ul-Mulk zur Macht. Burnes wurde zum Gouverneur der Hauptstadt ernannt. MacNaghten, der britische Botschafter bei Schudschah ul-Mulk, wurde Herr über das Land.

Die Afghanen dachten aber nicht daran, sich damit abzufinden, daß ihr Land zur britischen Kolonie gemacht worden war. Patriotentruppen überfielen Verbindungswege der Besatzer und Garnisonen. Die Freiheitsbewegung wuchs an. Im November 1841 flammte in Kabul ein Volksaufstand auf. Burnes wurde getötet, seine Truppen im befestigten Lager von Schirpur eingekesselt. Am 1. Januar 1842 kapitulierte die in Kabul stehende 15 000 Mann starke britische Armee (sie durfte die Waffen behalten) und wurde auf dem Rückzug nach Dschelalabad von den Patrioten aufgerieben. Lebend erreichte nur der Militärarzt Brydon die Stadt und berichtete, was geschehen war. Schudschah ul-Mulk erteilte das Schicksal seiner ausländischen Gönner. Danach kam Schah Dost Mohammed wieder zur Macht.

Die bittere Lehre hielt in London über 30 Jahre vor. England schloß 1855 und 1857 mit Dost Mohammed sogar zwei Verträge über Frieden, Freundschaft und Respektierung der

Besetzungen des anderen. Die herrschenden Kreise Großbritanniens gierten aber auch weiter danach, sein Kolonialreich auf Kosten Afghanistans zu erweitern. Die Konservativen orientierten sich Mitte der 70er Jahre unter Disraeli auf einen neuen Krieg.

Disraeli erklärte am 9. November 1878 in der Guildhall, dem Londoner Rathaus: „Unsere Nordwestgrenze“ (in Indien) „ist zufällig und unwissenschaftlich.“ So wurde die Absicht der Tories formuliert und begründet, einen großen Teil Afghanistans loszutrennen und die Grenze zu Britisch-Indien an den Hindu-kusch zu verlegen. Lord Lytton, der Vizekönig Indiens, ging daran, die Ergebnisse der geopolitischen Feststellungen seines Chefs in die Tat umzusetzen: Er stellte dem Emir erst ein provokatorisches Ultimatum und schickte am 21. November 1878 eine 35 000 Mann starke Armee gegen ihn vor. So begann der zweite englisch-afghanische Krieg (1878—1880).

Wieder wurden Kandahar und Dschelalabad besetzt, und die Besatzer verschanzten sich im entfernten Vorgelände der Hauptstadt. Jakub Chan neigte, nachdem er Emir geworden war, zur Kapitulation und unterschrieb im Mai 1879 in dem Flecken Gandamak einen Knechtschaftsvertrag. Faktisch ging die Macht dadurch an den britischen „Sonderbotschafter und bevollmächtigten Minister“ Cavagnari über. Erneut widersetzten sich die

afghanischen Bauern und Handwerker energisch der Kolonialherrschaft. Die Patrioten empörten sich über die nationale Demütigung, über den Triumph der alten Feinde und die krasse Verschlechterung der Wirtschaftslage. Sie griffen wieder zu den Waffen.

Am 3. September 1879 kam es in der Hauptstadt zum Aufstand, die britische Mission mit Cavagnari an der Spitze wurde vernichtet. Die Kolonisatoren warfen neue Truppen nach Kabul hinüber, sie versuchten, die Freiheitsbewegung durch einen wüsten Terror, durch Foltern und Hinrichtungen niederzuwerfen. Aber selbst die blutigsten Repressalien führten zu nichts. Im ganzen besetzten Gebiet saßen die Interventen wie auf einem Vulkan. Dort kam es zu heftigen Zusammenstößen. Beim größten vor Maiwand (bei Kandahar 27. Juli 1880) wurde die Brigade des Generals Burrows aufgerieben.

Die Imperialisten mußten ihre Truppen aus Afghanistan abziehen. Sie übergaben die Macht Abd er Rahman, einem Neffen Schir Ali Chans, und erhöhten ihre Kontrolle über dessen Außenpolitik. So wurde Afghanistan ein halbabhängiger Staat.

Den Kolonisatoren genügte das aber noch nicht. Sie taten alles, um Afghanistan zu schwächen und ihm leichter ihren Willen aufzwingen zu können. In Kabul traf 1893 der Sekretär für auswärtige Angelegenheiten der britischen Regierung in Indien, Durand, ein. Unter Androhung einer neuen Invasion zwang er den Emir, Abd er Rahman, zu einem Abkommen über eine Grenzverschiebung. Die neue Grenze, Durandlinie genannt, schnitt von Afghanistan einige von ostafghanischen Stämmen bevölkerte Gebiete ab. Manche Stämme wurden so auseinandergerissen, und im Ausland befanden sich nun nicht weniger Afghanen als im Lande selbst.

Die Politik der Imperialisten wirkte sich verhängnisvoll auf die nationale Konsolidierung der Afghanen aus. Sie stieß bei den ostafghanischen Stämmen auf erbitterten Widerstand. Ihr Gebiet wurde der Schauplatz ununterbrochener antikolonialer Aktionen, die offiziös als der Ostgrenzkrieg bezeichnet wurden. An der Niederwerfung der einen — des Aufstands

der Mohmand-Stämme in Malakand (1897) — nahm der junge Winston Churchill teil. Er schrieb über die Freiheitskämpfer: „Wenn sie zum Gewehr greifen, sind sie ebenso gefährlich und ebenso vernünftig wie tolle Hunde und verdienen, daß man genauso mit ihnen umgeht.“

Unter dem Einfluß der russischen Revolutionen

Afghanistans außenpolitische Isolierung beeinträchtigte alle Bereiche seines gesellschaftlichen und politischen Lebens. Aber auch dort fanden wichtige Ereignisse ihren Widerhall, namentlich die russische Revolution von 1905—1907, die, wie Lenin es nannte, zum „Erwachen Asiens“ führte. Einen besonderen Einfluß auf das Geschick der Kolonien und Halbkolonien aber hatte die Oktoberrevolution. Sie schuf die Voraussetzungen für die Befreiung der Völker dieser Länder vom imperialistischen Joch und bewirkte einen neuen Aufschwung der antikolonialen Bewegung. Einer ihrer Bahnbrecher war Afghanistan.

Der Emir Habib Ullah Chan schlug die Aufforderungen der fortschrittlichen Patrioten in den Wind, sich für die Unabhängigkeit einzusetzen, und wurde in der Nacht zum 21. Februar 1919 in seinem Zelt unter ungeklärten Umständen ermordet. Den Thron bestieg sein Sohn, Aman Ullah Chan. Schon bei seiner Krönung am 28. Februar erließ der junge Emir ein Manifest, in dem er betonte, daß die Regierung in inneren und auswärtigen Angelegenheiten frei und unabhängig sein und alle Rechte haben müsse, die die anderen souveränen Staaten der Welt haben. Am 3. März richtete er an den Vizekönig von Indien, Lord Chelmsford, ein Schreiben und verlangte darin die Anerkennung der Souveränität Afghanistans. In London ließ man das Schreiben unbeachtet.

Diese Einstellung entsprach durchaus dem Standpunkt eines damaligen führenden Tories, Lord Curzons. Er war es, der von 1899 bis 1905 als Vizekönig Indiens die Politik zur Zersplitterung der ostafghanischen Stämme betrieb und Afghanistan überhaupt jede Existenzberechtigung absprach. Er sagte: „Das heutige Afghanistan ist in Wirklichkeit eine rein zufällige geographische Einheit, die das Erobererschwert oder der Willen einzelner Staatsmänner aus dem Herzen Zentralasiens herausgeschnitten hat.“

Die Kolonisatoren ließen jedoch die durch den Sieg der sozialistischen Revolution in Rußland hervorgerufenen kolossalen Veränderungen außer acht. Er bestärkte die geknechteten Völker in dem Glauben an die kommende Befreiung. Lenin

Angriff der britischen Truppen auf den Peiwar-Kotal-Paß im zweiten englisch-afghanischen Krieg

Reproduktion eines Bilds von dem englischen Maler Hamilton



und seine Mitstreiter bemühten sich, ihnen politische, diplomatische und materielle Hilfe zu leisten und leisteten sie ihnen auch. Am 27. März 1919 erkannte die Regierung der RSFSR als erste die Unabhängigkeit und Souveränität Afghanistans an. Am 7. April sandte der Emir Aman Ullah Chan eine Freundschaftsbotschaft an Lenin und Kalinin.

In London erkannte man, daß man die berechtigten Forderungen der afghanischen Patrioten nicht unter den Teppich kehren konnte, und griff zu der probaten Methode, die Kanonen sprechen zu lassen. Längs der afghanischen Grenze zog man Militär und Kriegsgerät zusammen und provozierte Zwischenfälle. Am 3. Mai 1919 kam es im Raum des Chaiberpasses zu äußerst heftigen Zusammenstößen, und drei Tage darauf erklärte England Afghanistan den Krieg. Es war der dritte.

Die 340 000 Mann starke Armeekorps hatte Flugzeuge, schwere Geschütze und Schützenpanzerwagen. Ihr standen 50 000 dürrtüg bewaffnete und schlecht ausgebildete afghanische Truppen gegenüber. Darauf hatten die Imperialisten übrigens gerechnet. Nicht bedacht hatten sie den moralischen Faktor: Der Drang, das verhaßte fremdländische Joch abzuwerfen, und das Bewußtsein, im Recht zu sein, gaben den Afghanen Kraft. Selbst Bombenabwürfe auf Kabul (das war einer der allerersten Fliegerangriffe auf eine friedliche Stadt) konnten die Freiheitskämpfer nicht einschüchtern.

Die Lage gestaltete sich nicht zuungunsten der Kolonisatoren. In Sowjetrußland erlitten die Weißgardisten und die Interventen eine Niederlage nach der anderen. In den Ländern des Ostens dehnte sich die Freiheitsbewegung aus. Machtvolle Volksaktionen erschütterten das geknechtete Indien und bedrohten das Hinterland der Kämpfe in Afghanistan. Daher zog London es vor, sich auf einen ernstesten Konflikt nicht einzulassen, um so weniger, als die afghanischen Krieger in Waziristan, wo es zu einem Massenaufstand der Oststämme gekommen war, eine erfolgreiche Operation durchführten.

Englands dritter Krieg gegen Afghanistan war der kürzeste. Schon am 3. Juni 1919 trat ein Waffenstillstand in Kraft. Am 8. August wurde nach Verhandlungen in Rawalpindi ein Friedensvertrag unterzeichnet. Die britische Abordnung weigerte sich, in seinem Hauptteil die Annahme der wichtigsten Forderung Kabuls niederzulegen: die Anerkennung der Freiheit und Unabhängigkeit des afghanischen Volkes. Sie kam erst in einem zusätzlichen Schreiben des britischen Chefdelegierten, Sir Grants, zum Ausdruck.

Trotzdem bestätigte London den Vertrag in seiner Gesamtheit nicht und nannte ihn nur interimistisch.

Die Regierungskreise Großbritanniens wollten sich auf keinen Fall damit abfinden, daß die Zeit ihrer Kolonialherrschaft unwiederbringlich vorbei ist. Afghanistan hatte aber schon seine Selbständigkeit erungen. Am 28. Februar 1921 wurde in Moskau ein sowjetisch-afghanischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Aus diesem Anlaß schrieb Lenin an Aman Ullah Chan: „Der Vertrag zwischen den beiden Staaten hat in aller Form die Freundschaft und die gegenseitigen Sympathien verbrieft, die sich zwischen Afghanistan und Rußland schon seit zwei Jahren entwickeln und konsolidieren... Beide Staaten schätzen ihre Unabhängigkeit und wollen einander und alle Völker des Ostens unabhängig und frei sehen... Zwischen Afghanistan und Rußland bestehen keine Fragen, die Differenzen verursachen und einen Schatten auf die russisch-afghanische Freundschaft werfen könnten.“

Nach diesem Vertrag, der besiegelte, daß Afghanistan ein unabhängiges Land geworden war, schloß es Verträge auch mit der Türkei, mit Frankreich, Italien und dem Iran. Nun konnten selbst die reaktionärsten Konservativen einschließlich Lord Curzons nicht mehr verkennen, daß es kein Zurück gibt. Wenn auch sehr ungern, so unterzeichneten Vertreter Großbritanniens im Oktober 1921 doch einen „endgültigen“ Vertrag. Darin verzichtete England auf die Kontrolle über die Außenpolitik Afghanistans und erkannte dessen volle Souveränität und Unabhängigkeit an.

Immerhin konnten die Imperialisten mit Emir Aman Ullah „abrechnen“. Als 1928 und 1929 in England die konservative Regierung Baldwin amtierte, unterstützten sie den reaktionären Aufstand der Bande Baccha-i-Sagaos ausgiebig mit Geld und Waffen. Aman Ullah mußte abdanken. Das Programm fortschrittlicher Reformen wurde so gut wie ganz fallengelassen, was sich die Entwicklung Afghanistans beeinträchtigen mußte. Beherrschen konnten die Kolonialisten das Land nicht mehr.

Die heutigen Ziele

Wir haben uns also überzeugen können, daß das Britische Reich fast während seiner ganzen Kolonialmacht bemüht war, Afghanistan an sich zu reißen und seine Völker zu unterjochen.

Eine sehr große Rolle spielten dabei die Pläne der herrschenden Kreise Großbritanniens, aus Afghanistan ein Sprungbrett zum Eindringen in Rußland bzw. die UdSSR zu ma-

chen. Besondere Tragweite hatten diese Absichten beim Sturz Aman Ullah Chans und danach. Die britischen Imperialisten bedienten sich ganz verschiedener Mittel und Methoden einschließlich der Bestechung von Angehörigen des afghanischen Adels, der Stiftung von Fehden zwischen Nationalitäten und Stämmen sowie allerlei Provokationen.

Diese schändliche Politik hat die US-Regierung Carter übernommen. Wenn sie jetzt Pakistan zu einem Bereitstellungsraum für den Kampf gegen das revolutionäre Afghanistan macht, wenn sie antiafghanische Söldnerbanden bewaffnet, ahmt sie vielfach die Methoden ihrer britischen Vorgänger nach. Bei den Wühlakten gegen die DRA stützt sie sich auf die innere Reaktion, die den sozialen Wandlungen der Aprilrevolution von 1978 eine geharnischte Aufnahme bereitet hat.

In dem langwierigen, hartnäckigen Kampf gegen die britischen Kolonisatoren haben die Völker Afghanistans die Integrität und Unabhängigkeit ihres Landes behauptet. Seit Anfang der 20er Jahre entwickelten sich die gutnachbarlichen, ja freundschaftlichen Beziehungen Afghanistans zur UdSSR gut. Der sowjetisch-afghanische Vertrag von 1978 über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit hat diese Beziehungen noch enger gestaltet. Im Sinne der internationalistischen Grundsätze Lenins leistet die UdSSR der DRA auch bei ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung jedwede Unterstützung und hilft die Anschläge des Imperialismus und der Reaktion abschlagen.

In der Freundschaft und brüderlichen Zusammenarbeit der beiden Länder liegt die Gewähr für Erfolge des afghanischen Volkes, das begonnen hat, sich das Leben neu, ohne Ausbeuter und Ausbeutung zu gestalten. Diese Freundschaft ist eine Gewähr für das Scheitern der Absichten der amerikanischen Imperialisten, der Peking Hegemonisten und der anderen Feinde des demokratischen Afghanistans, unter denen die britischen Torys nicht den letzten Platz einnehmen.

Die jetzige konservative Regierung Großbritanniens sorgt sich um die Bevölkerung Afghanistans? Die Nachfolger Disraelis, Curzons und Churchills beunruhigen sich über die Lage des afghanischen Staates? Es wäre zum Lachen, wenn es nicht zum Weinen wäre. Ein Treppenwitz der Weltgeschichte! Lebte Shakespeare noch, so wäre das ein Thema für ihn, es fragt sich nur, wofür: für eine Satire, ein geschichtliches Drama oder eine ergreifende Tragödie.

GERAUBTES MEISSNER PORZELLAN

Eingeschlagene Scheiben, aufgebrochene Schlösser und leere Regale fanden die Mitarbeiter des Museums in Lübbenau eines Morgens vor, als sie zur Arbeit kamen. 72 der unersetzlichen Stücke aus Meißner Porzellan, deren Wert kaum zu schätzen ist, waren verschwunden.

Das war im April 1977, und mehr als ein Jahr blieben die Verbrecher unentdeckt. Andere Museumsdiebstähle, so im Berliner Bode-Museum und in Schloß Branitz bei Cottbus, konnten zum Glück vereitelt werden. Vermutlich waren hier ein und dieselben Täter am Werk. Ihre Spuren führten nach dem Westen.

Im weiteren bestätigte sich das. Die in Lübbenau gestohlenen Wertsachen verrieten die Bande schließlich, denn Abbildungen davon fand man im Katalog einer Auktion in Amsterdam. Auf Bitten der DDR beschlagnahmte die niederländische Polizei 29 Gegenstände, gab sie dem rechtmäßigen Besitzer zurück und nahm diejenigen fest, die die Wertsachen nach Amsterdam gebracht hatten — den Westberliner Werner Hildebrandt und seine Komplizin Irla Witt.

Werner Hildebrandt, ehemals Staatsbürger der DDR, war den Justizorganen der Republik kein Unbekannter: achtmal vorbestraft wegen Diebstahls, Autodiebstahls und Verletzung der Staatsgrenze. 1971 ging er nach Westberlin und wandte sich einem neuen einträglichen Geschäft zu, dem Menschenhandel, der Ausschleusung von DDR-Bürgern, die der westlichen Propaganda auf den Leim gegangen waren.

Hildebrandt wurde in der DDR verhaftet, erneut zu Gefängnis verurteilt und dann nach Westberlin ausgewiesen.

Dort nahm man ihn wärmstens auf und zahlte ihm als „Haftenschädigung“ 10 000 D-Mark. In Westberlin scheint es Leute zu geben, die etwas davon haben, wenn sie die Menschenhändler als unschuldige „Opfer“ hinstellen.

Die 10 000 D-Mark reichten Hildebrandt als Anfangskapital für ein neues Geschäft. Das hatte er schon im Gefängnis vorbereitet. Seine Lieblings-



Aus dem Museum in Lübbenau gestohlenes Meißner Porzellan



Waffen und andere Gegenstände aus einem Versteck bei Dresden

lektüre waren dort Museumsführer der DDR. In Westberlin fand er dann in der Verbrecherwelt ohne große Mühe Kumpare, unter anderen seinen Bruder Lutz und den Österreicher Spari.

Lübbenau war der erste „gelungene Fischzug“. Unter Ausnutzung des Transitabkommens drangen die Verbrecher in das Museum ein und beförderten die „Ware“ nach dem Westen. Die miß-

glückten Raubversuche in Berlin und bei Cottbus nahmen der Bande nicht den Mut. Für den 24. August 1978 planten sie ihren größten Coup, den Raub höchst wertvoller Gemälde aus Schloß Pillnitz bei Dresden.

Die Verbrecher wußten nicht, daß die DDR Anfang August die Westberliner Justizorgane gebeten hatte, Hildebrandt und Witt wegen der in Amsterdam gefundenen Ausstellungsstücke aus Lübbenau zu vernehmen. Aber die Westberliner Justitia, die es gewiß eilig hat, wenn es um die Verfolgung von Demokraten geht, ließ sich diesmal Zeit.

Der neue Raub war gründlich vorbereitet. Schußwaffen, Sprechfunkgeräte und Betäubungsmittel wurden illegal in die DDR eingeführt und beizeiten in der Gegend von Dresden versteckt. An dem Tag, für den die „Operation Pillnitz“ angesetzt war, wurden Lutz und Spari verhaftet, als sie eben die Waffen aus dem eigens dafür eingerichteten Versteck holen wollten. Doch der Bandenchef konnte entkommen.

Spari und Lutz Hildebrandt bekamen, was sie verdient hatten. Das Gericht in Cottbus verurteilte sie zu 12 bzw. 5 Jahren Gefängnis. Werner Hildebrandt entkam nach Westberlin und wurde erst im Oktober 1978 von der dortigen Polizei formal verhört.

Im Februar 1979 richtete die DDR im Fall Hildebrandt ein neues Rechtshilfersuchen an die Westberliner Justizorgane und bat um Rückgabe der übrigen geraubten Wertsachen. Doch ein weiteres Jahr verging, ehe in Westberlin der Prozeß gegen Werner Hildebrandt begann. Der Bandenchef rechnete eindeutig auf mildernde Umstände, als er sich als „Kämpfer für die Menschenrechte“ und „ideologischer Gegner“ der DDR ausgab. Selbstverständlich brach die Version des Verbrechers unter der Last der Indizien und der Aussagen von Zeugen und Komplizen wie ein Kartenhaus zusammen. Aber das Gericht muß sie dennoch akzeptiert haben, denn wie wäre es sonst zu erklären, daß der Anführer der Bande nur 6 Jahre Gefängnis bekam?

So endete ein Vorkommnis, das sich fast drei Jahre hinzog. Eine Frage bleibt noch offen: Was gedenkt der Senat von Westberlin zu tun, damit Verbrecher nicht länger gegen das Transitabkommen verstoßen?

M. PODWIGIN
Eigenbericht

Berlin

Einige indische Blätter haben der UdSSR vor kurzem vorgeworfen, sie habe geholfen, die Regierung der Janata-Partei zu Fall zu bringen. Da die Vorgänge in Afghanistan erst als ein Anfang bezeichnet werden, befürchten viele, die wie ich denken, die russische Intervention in Südasien, besonders auf dem Subkontinent Hindustan, könne zu einem Weltkrieg führen. Können Sie diese Ansicht überzeugend widerlegen?

T. Maruthi PRASAD

Kanda House, Amalapuram, Indien



Es diskutiert das
Mitglied des
NZ-Redaktions-
kollegiums
Dmitri
WOLSKI

Es mag sein, daß Sie und ich verschiedene politische Sympathien und Antipathien haben. Dennoch glaube ich, daß wir eine gemeinsame Sprache finden können: die Sprache der Realitäten. Denken Sie doch bitte zurück! Hat sich in dem Vierteljahrhundert der sowjetisch-indischen Zusammenarbeit die UdSSR auch nur ein einziges Mal in die inneren Angelegenheiten Indiens eingemischt? Oder gar den Subkontinent bedroht? Auf einmal soll Moskau politisch eine Kehrtwendung um 180 Grad ausgeführt haben! Ich bin sicher, daß die von Ihnen erwähnten Blätter ihre Meldung mit nichts belegen können. Man kann sich denken, wo sie sie herhaben.

Das ist so ein Fall, wo einer betrogen werden kann, wenn er betrogen werden will. Seitdem Sie, Herr Prasad, uns schrieben, ist schon eine Weile vergangen. Es haben sich Dinge ereignet, die, wenn Sie objektiv sein wollen, Ihre Zweifel zerstreuen müßten. Erstens sind auf maßgeblichster Ebene die Schlagworte von einer „sowjetischen Bedrohung“ Pakistans, des Irans oder anderer Staaten dieser Region widerlegt worden. Zweitens hat sich auf ebenso hoher Ebene die sowjetisch-indische Freundschaft bestätigt, deren neuerlicher Beweis die Zusammenkunft Leonid Breschnew und Indira Gandhis in Belgrad war. Drittens hat die afghanische Regierung Karmal ein Programm für eine politische Regelung aufgestellt, nach dem, wie sie erklärt hat, über den Abzug des begrenzten sowjetischen Truppenkontingents aus Afghanistan entschieden werden könnte.

Wenn schon von einem ersten Schritt die Rede sein soll, so ist er wirklich getan, jedoch zu einer Milderung und nicht zu einer Erhöhung der Spannungen in dem besagten Raum. Gestatten Sie, Ihnen auch zu raten, den betreffenden Teil der in diesem Heft veröffentlichten Deklaration der Warschauer Vertragsstaaten zu beachten. Dort ist klipp und klar „die Notwendigkeit einer politischen Regelung der um Afghanistan entstandenen Lage“ hervorgehoben.

Wenn Sie das alles vergleichen, werden Sie sich gewiß davon überzeugen, daß die UdSSR und ihre Freunde bemüht waren und sind, die Geschehnisse in eine friedliche Richtung zu lenken. Was die angebliche Hilfe der UdSSR dabei betrifft, die Regierung der Janata-Partei zu Fall zu bringen, und die Eventualität einer „russischen Intervention in Südasien, besonders auf dem Subkontinent Hindustan“, so möchte ich Ihnen folgendes sagen: Solche Erdichtungen, die dem ganzen Verlauf des Weltgeschehens zuwiderlaufen, sind gar nicht so harmlos. Sie sind sogar sehr gefährlich vom Standpunkt der nationalen Interessen Ihres Landes, das man schon lange international isolieren und vor allem mit der UdSSR entzweien will.

Wer das will und wozu, das ist auch für Sie, glaube ich, kein Geheimnis. Nehmen wir wieder die Fakten. Sie zeigen eindeutig, daß man Indien in die Zange nehmen will. Auf dem Festland besteht jetzt die mit Washingtons Hilfe zustande kommende chinesisch-pakistische Allianz. Wie aus den Erklärungen Pekings beim kürzlichen Besuch Präsident Zia ul-Haqs hervorgeht, versucht es, dieser Allianz eine militaristische Note zu geben. Afghanistan wird unver-

hohlen von Peking bedroht. Die Chinesen bauen aber auch in dem von Pakistan kontrollierten Gebiet Kaschmir strategische Verbindungswege. Vielleicht war es kein Zufall, daß gerade aus Delhi gemeldet wurde, Peking habe versprochen, in China pakistanische Kernteste zu gestatten.

So steht es an der Landgrenze Indiens. In der Nähe seiner Seegrenze ballt sich eine militärische Faust der USA zusammen. Jetzt schreibt die westliche Presse, daß die USA im Indik sowie im Nahen und Mittleren Osten 50 000 Mann stationieren wollen. Im Eiltempo wird der Stützpunkt auf Diego Garcia, der ihnen als Basis dienen soll, verstärkt. Dabei sieht die Öffentlichkeit Indiens in seinem bloßen Bestehen schon lange eine direkte Gefahr für die Sicherheit ihres Landes.

Weder in Washington noch in Peking verheißt man, daß diese militaristischen Vorbereitungen aufs engste koordiniert werden. Offenkundig hängen sie auch mit dem gefährlichen Treiben der NATO in Europa zusammen. Wird das nicht schon durch die Tatsache bestätigt, daß auf der Maitagung des NATO-Rats über Asien beinahe mehr als über Europa gesprochen wurde? Das alles sind Glieder einer Kette von Versuchen des Imperialismus, seine verlorenen Stellungen wiederzugewinnen und das Kräftegleichgewicht in Europa zu seinen eigenen Gunsten zu verändern. Gerade solche Versuche können „zu einem Weltkrieg führen“.

Die Kriegsgefahr ganz woanders als dort zu sehen, woher sie ausgeht, bedeutet sie erhöhen. Ich möchte hoffen, daß diese Fakten und Betrachtungen dazu angetan sind, Sie und alle, die wie Sie denken, davor zu warnen.



Was bedeutet IUCN?

W. AWDEJENKO
Taschkent, Usbekische SSR

Die Internationale Union zur Erhaltung der Natur und der natürlichen Hilfsquellen ist eine wissenschaftliche beratende Organisation zu Komplexproblemen des Schutzes der Natur. Der 1948 gegründeten und mit Unterstützung der UNESCO arbeitenden Organisation gehören 110 Staaten an. Ein aktives Mitglied ist die UdSSR.

Ihren Sitz hat die Organisation bei Lausanne in der Schweiz.

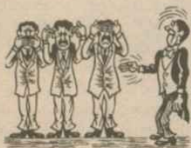
Sie verfügt über eine umfangreiche Dokumentation und einen ständig wachsenden Bücherbestand. Ihre Mitarbeiter haben die Erde in Biotope aufgeteilt, Territorien, für die die gleiche Flora und Fauna sowie die gleiche Landschaft charakteristisch sind. Der Wirtschafts- und Sozialrat der UNO sowie andere internationale Organisationen, aber auch Staaten gehen die IUCN häufig um Rat an.

PS

Sag' mir, wer dein Freund ist...

In Atlanta (Georgia) sitzen Thomas Lance, ein Freund des US-Präsidenten, ehemaliger Direktor des Etatamtes, und drei Komplizen wegen Veruntreuungen auf der Anklagebank. Im Laufe von neun Jahren „borgten“ sie sich bei Banken 20 Mio. Dollar. Auch politisch hat Lance keine reine Weste. Im Wahlkampf von 1976 stellte er Carter für eine Wahlturnee ein Flugzeug der National Bank of Georgia, in der Lance leitend tätig war, kostenlos zur Verfügung, was gesetzlich verboten ist. Obwohl die Anklage in allen Punkten aktenmäßig belegt ist, hat der Richter 20 von den 33 Anschuldigungen gegen Lance bereits niedergeschlagen. Dazu bemerkt die „New York Times“, es sei „noch nicht heraus“, ob der Freund des Präsidenten verurteilt oder freigesprochen werden wird.

Schwacher Trost



Die Wochenschrift „October“ (Kairo) und andere ägyptische Blätter schreiben, Ben Elissar, der Botschafter Israels in Kairo, stoße überall, wo er in der Öffentlichkeit hinkomme, auf Feindseligkeit. Auch die Presse Israels beklagt sich darüber. Der erste bevollmächtigte Vertreter Tel Avivs am Nil muß sich eben damit trösten, daß die Führung des Landes, in dem er Botschafter ist, noch

isolierter dasteht als er, obendrein in der Weltöffentlichkeit.

Gefahrenzulage



In manchen Städten Kanadas bekommen die Ordnungshüter, die Parksünden unterbinden sollen, eine Gefahrenzulage. Oft versuchen Fahrer, deren Kraftäder zu rammen, Passanten beschimpfen sie, von Baugerüsten werden schwere Gegenstände auf sie fallengelassen usw. In Calgary hat sich ein Fahrer mit gezücktem Messer auf den Beamten gestürzt, der einen Straßzettel ausschrieb. Ein anderer Beamter ist angefahren worden. Was ist das, Bösartigkeit? Nein, selbst die Polizei erklärt es mit den Parkschwierigkeiten — einer, der nicht wisse, wo er seinen Wagen parken soll, könne schon mal die Selbstbeherrschung verlieren.

Ideen muß man haben

Im Park beim Weißen Haus ließ sich neulich ein Puter nieder. Die TV-Gesellschaften versäumten es nicht, den Abonnenten den unerwarteten Gast zu zeigen und im Kommentar zu sagen, daß sich bisher noch nie ein solcher Vogel in die Bundeshauptstadt verirrt hatte. Präsident Franklin habe nicht den weißköpfigen Adler, sondern einen wilden Truthahn ins Wap-

pen der USA setzen wollen. Jetzt hat es sich herausgestellt, daß der zugeflogene Puter nicht wild, sondern zahm und zu Werbezwecken von der Firma losgelassen worden war, die den Whisky Wild Turkey (Wild Truthahn) erzeugt.

Schrumpfkilometer

Die Konstrukteure einer italienischen Automobilfirma, die Betriebe im Norden und Süden des Landes hat, wunderten sich, wieso ein Wagen aus einem Betrieb im Norden für eine bestimmte Strecke mehr Benzin als einer aus einem Betrieb im Süden verbraucht. Sie fanden heraus, daß die Firma, die die südliche Autobahn baute, die Meilensteine im Abstand von 900 m statt 1 km aufgestellt hat, um für den Bau mehr herauszuschinden.

In der Not...



„Wer schenkt mir Motorboot mit Trailer? Alter deutscher Adel, leicht verarmt. Jörg Bodo von Langsdorff. Übrigens! Adoptiere jeden gegen Honorar.“ Diese Anzeige erschien unlängst in der Hamburger Wassersportzeitschrift „Boote“.

Eldorado für Ex-Majestäten

Kairo wird allmählich eine Zufluchtstätte für gestürzte Monarchen und ihre Angehörigen. Der ägyptischen Presse zufolge wohnen jetzt außer dem Ex-Schah mehrere ehemalige erlauchte Damen dort: zwei einstige Gattinnen des Schahs und die Ex-Königin von Libyen. Ferner drei frühere Königinnen von Ägypten.

Wozu noch büffeln?



Inserate in der kanadischen Presse bieten für 30 Dollar eine Liste der Universitäten in den USA an, die per Nachnahme Diplome hersenden. Für 45 Dollar kann man ein solches mitsamt einer Goldmedaille von einer Universität in San Francisco bekommen, von der in Tampa (Florida) für 75 Dollar usw.

An die Arbeit!

Mit dem Posten des Generalinspektors beim amerikanischen Regierungsamt für allgemeine Dienste bekam Kurt Müllenberg eine Hinterlassenschaft, um die er nicht zu beneiden ist: einen Wust von Korruptionsaffären und skandalösen Aufwendungen. Er sollte reinen Tisch machen und fing damit an, sich sein Amtszimmer für 23 000 Dollar neu einrichten zu lassen — „natürlich für Steuergelder“, präzierte „U.S. News & World Report“.

Über den Teppich gestolpert

Der Chefarzt des städtischen Krankenhauses von Ingolstadt (BRD) wurde dabei ertappt, wie er unter seinem weiten Mantel einen Perserteppich hinauszuschmuggeln versuchte. Er wurde entlassen, aber nicht wegen Diebstahls, sondern weil er — wie er beteuerte — einen „völligen Gedächtnislausfall“ gehabt habe und — so die Direktion — eine derartige Veranlagung für die Patienten schwere Folgen haben könne.

Zeichnungen:
W. Tschakiridis

NEUE ZEIT
НА НЕМЕЦКОМ ЯЗЫКЕ

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
СОВЕТСКИЕ АВИАЛИНИИ

DEKLARATION

der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages

Die Volksrepublik Bulgarien, die Ungarische Volksrepublik, die Deutsche Demokratische Republik, die Volksrepublik Polen, die Sozialistische Republik Rumänien, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Tschechoslowakische Sozialistische Republik, die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vom 14. bis 15. Mai 1980 in Warschau vertreten sind, zogen eine Bilanz der 25jährigen Tätigkeit ihres brüderlichen Verteidigungsbündnisses im Dienste des Friedens und erörterten aktuelle Aufgaben des Kampfes um Entspannung und Sicherheit in Europa, um die Festigung des Weltfriedens.

I.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses würdigten hoch die große Bedeutung der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand vor 25 Jahren in Warschau als Antwort auf die Bildung des NATO-Blocks, auf die verschärfte Kriegsgefahr in Europa und die Bedrohung der nationalen Sicherheit der friedliebenden Staaten, insbesondere im Zusammenhang mit dem Kurs der führenden Kreise dieses Militärblocks auf die Remilitarisierung Westdeutschlands.

Im Verlaufe dieses ganzen Vierteljahrhunderts lösen unser Bruderbund und die ihm angehörenden Staaten im gemeinsamen Wirken und in Zusammenarbeit mit anderen Ländern, mit allen friedliebenden Kräften zuversichtlich und effektiv die lebenswichtigen Aufgaben, die Entfesselung eines Krieges in Europa zu verhindern, allseitig zur Festigung des Friedens, zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Entwicklung einer gleichberechtigten friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten beizutragen.

Die Teilnehmer der Tagung bringen ihre hohe Wertschätzung für die Erfolge zum Ausdruck, die bei der Festigung der brüderlichen Freundschaft ihrer Staaten und bei der Entwicklung ihrer umfassenden und vielseitigen Zusammenarbeit auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus, der Achtung der Gleichberechtigung, der Unabhängigkeit und der nationalen Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der gegenseitigen kameradschaftlichen Hilfe und internationalistischen Solidarität erreicht wurden.

Der Kampf der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages um Frieden, Sicherheit und Entspannung war und ist stets gekennzeichnet durch Konsequenz und Prinzipienfestigkeit, konstruktives Vorgehen und guten Willen, durch Kühnheit bei der Entwicklung von Initiativen, Realismus in den Verhandlungen sowie durch die Bereitschaft, den legitimen Rechten und Interessen anderer Rechnung zu tragen.

Der gesamte Verlauf der Ereignisse in der Welt in den 25 Jahren seit Unterzeichnung des Warschauer Vertrages und die Erfahrungen seiner Teilnehmerstaaten sind ein überzeugender Beweis dafür, daß in der Welt von heute jeder Fortschritt bei der Festigung der internationalen Sicherheit und Entwicklung des Entspannungsprozesses im entschlossenen Kampf der Völker, aller progressiven und demokratischen Kräfte gegen die imperialistische Politik der Stärke und des Diktats, der Konfrontation und Entfachung von Konflikten, des Wetrüstens und der äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten errungen werden muß. Die grundlegenden Veränderungen im internationalen Kräfteverhältnis, die Stärkung der Positionen und des Einflusses des Sozialismus in der Welt, die Erfolge des antiimperialistischen revolutionären Kampfes der Völker und der Kräfte der nationalen Befreiung haben die erforderlichen Bedin-

gungen geschaffen, um im Ergebnis der zielstrebigsten Politik der sozialistischen Länder und der Aktionseinheit der friedliebenden Staaten und Völker zu bedeutenden positiven Veränderungen im Gesamtsystem der zwischenstaatlichen Beziehungen zu gelangen und den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen.

Der größte Erfolg der vergangenen Jahrzehnte besteht darin, daß es gelang, den tragischen Zyklus zu durchbrechen, in dem der Frieden nur eine Atempause zwischen Weltkriegen war, und im breitesten Maße den Kampf dafür zu entfalten, den Krieg für immer aus dem Leben der menschlichen Gesellschaft zu bannen.

Die im Ergebnis des Sieges der Völker im antifaschistischen Krieg und in der Nachkriegsentwicklung entstandenen territorialen und politischen Realitäten in Europa sind von allen Staaten anerkannt. Die Unverletzlichkeit der Grenzen zwischen den europäischen Staaten wurde bestätigt. Bei der Festigung der Stabilität und der Entwicklung friedlicher zwischenstaatlicher Beziehungen auf dem europäischen Kontinent wurden Fortschritte erzielt.

Es war ein langer und nicht leichter Weg vom österreichischen Staatsvertrag, der vor einem Vierteljahrhundert abgeschlossen wurde, zu den bilateralen Verträgen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland, zum Vierseitigen Abkommen über Westberlin. Ein Schritt voran auf diesem Wege war auch die Normalisierung der Beziehungen Bulgariens, Ungarns und Rumäniens mit der BRD. Dieser Weg liegt hinter uns, ungeachtet der von den Kräften des Imperialismus und Revanchismus errichteten Hindernisse. Eine Reihe gefährlicher Spannungsherde wurde beseitigt. Es wurde eine gute Grundlage für das gegenseitige Vertrauen zwischen den Staaten Europas, für ihre gemeinsame Verantwortung für das Schicksal des Friedens und der Sicherheit auf dem Kontinent geschaffen.

Eine Niederlage für die Verfechter des „kalten Krieges“, für die europäische und internationale Reaktion und ein großer Erfolg der Politik des Realismus und des guten Willens aller Teilnehmer war die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die auf Initiative der sozialistischen Länder einberufen wurde. Die gesamteuropäische Konferenz, die den Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit, der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung verkörperte, fand ihre Krönung in der Annahme der Schlußakte von Helsinki — einer Charta des Friedens und der Sicherheit in Europa und eines langfristigen Programms der Zusammenarbeit zum Wohle aller europäischen Völker — durch die führenden Repräsentanten von 35 Staaten.

Dank den Anstrengungen der sozialistischen und vieler anderer Länder ist es gegen den hartnäckigen Widerstand der imperialistischen Kreise, ihres militärisch-industriellen Komplexes gelungen, in einigen Richtungen der Begrenzung des Wetrüstens voranzukommen: Die Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser wurden verboten. In Kraft ist der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die Staaten verzichteten auf die Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf erdnahen Umlaufbahnen und Himmelskörpern, auf dem Meeresgrund und dem Ozeanboden. Die bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen wurden verboten und beseitigt. Es wurde ein Verbot militärischer oder sonstiger feindseliger Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die Umwelt erreicht.

Jahrelange intensive Anstrengungen waren erforderlich, um erste Ergebnisse bei der Begrenzung der strategischen Rüstungen und somit der Eindämmung des Wetrüstens in

seiner gefährlichsten Richtung zu erzielen. Jedoch auch in dieser äußerst schwierigen Frage gelang es, in einer bestimmten Etappe voranzukommen.

Trotz aller Versuche der Gegner einer friedlichen Zusammenarbeit, Staaten gegeneinander auszuspielen, wurden insbesondere in Europa bei der Normalisierung der Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung und der Entwicklung politischer Kontakte zwischen ihnen spürbare Fortschritte erzielt. Auch bei der Entwicklung gleichberechtigter Handels- und Wirtschaftsbeziehungen, wissenschaftlich-technischer und kultureller Beziehungen zwischen den Staaten konnten nicht wenige Ergebnisse erreicht werden, die für alle Beteiligten von Nutzen sind.

Welche Seite der zwischenstaatlichen Beziehungen man auch immer nimmt, die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages kämpfen und kämpfen stets in den vordersten Reihen für Frieden, Entspannung und internationale Zusammenarbeit. Darin findet das sozialistische Wesen ihrer zu tiefst volksverbundenen und den Lebensinteressen der Menschheit entsprechenden Außenpolitik seinen Ausdruck.

Gleichzeitig werden die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, solange der NATO-Block besteht und in dem Bestreben, militärische Überlegenheit zu erlangen, sein Militärpotential weiter vergrößert, alle notwendigen Maßnahmen treffen, um ihre Verteidigungskraft auf dem erforderlichen Stand zu halten. Stets werden sie Sorge für den zuverlässigen Schutz ihrer Völker tragen.

Indem sie das unterstreichen, erklären die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages erneut, daß sie niemals nach militärischer Überlegenheit streben und niemals danach streben werden. Sie treten unverändert dafür ein, daß das militärische Gleichgewicht auf einem immer niedrigeren Niveau gewährleistet und die militärische Konfrontation in Europa verringert und beseitigt wird. Eine andere Doktrin als die Verteidigungsdoktrin, die Absicht, eine nukleare Erstschlagskapazität zu schaffen, haben sie nicht, hatten sie nicht und werden sie nicht haben. Es liegt im Charakter ihrer Gesellschaftsordnung begründet, daß es für sie ein Streben nach „Einflußsphären“ und militärischer oder politischer Kontrolle über bestimmte Gebiete oder internationale Verkehrswege nicht gibt und nicht geben kann.

Den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, des Verteidigungsbündnisses sozialistischer Länder, ist Blockpolitik wesensfremd. Sie haben wiederholt ihre Bereitschaft zur Auflösung ihres Bündnisses erklärt, wenn gleichzeitig der NATO-Block aufgelöst wird, und haben als ersten Schritt vorgeschlagen, die Militärorganisationen beider Gruppierungen abzuschaffen und dabei mit einer beiderseitigen Reduzierung der militärischen Aktivitäten zu beginnen. Diese Vorschläge sind auch heute noch gültig.

Nicht die Erweiterung beider Bündnisse, nicht die Ausdehnung ihrer Aktivitäten auf neue Gebiete, sondern die Überwindung der Teilung Europas in militärische und politische Gruppierungen, der Abbau der Konfrontation zwischen ihnen, die Festigung des Vertrauens in den Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten — das ist die Politik der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages seit seinem Abschluß bis hin zum heutigen Tag. Das würde es den Teilnehmern beider Bündnisse ermöglichen, die Last der Rüstungsausgaben zu verringern und sich voll und ganz den Aufgaben der Entwicklung und der friedlichen Zusammenarbeit zu widmen.

Das wollen die Länder des Warschauer Vertrages, dazu sind sie bereit. Wiederholt ergreifen sie Initiativen, die zu diesem Ziel führen. Die Interessen aller Völker erfordern, daß auch die NATO-Länder ihrerseits eine konstruktive Haltung einnehmen.

Vor einem Vierteljahrhundert, nur 10 Jahre nach der Zerschlagung der faschistischen Aggressoren und der Beendigung des zweiten Weltkrieges, verpflichteten sich die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten, beauftragt von der Idee, eine Welt ohne Kriege zu errichten, in einem Bruderbund zusammenzuarbeiten, um ihren Beitrag zur Lösung dieser großen Aufgabe maximal zu verstärken.

Heute, da seit der Beendigung des zweiten Weltkrieges bereits 35 Jahre vergangen sind, sind sie mehr denn je davon überzeugt, daß der Aufbau einer solchen Welt ein schweres, doch reales Ziel ist. Dieses Ziel wird auch künftig an erster Stelle in ihrer Politik stehen.

Sie sind sich dessen bewußt, daß viele wichtige Fragen, von denen die friedliche Zukunft und der Fortschritt der

Menschheit abhängen, insbesondere Fragen der Einstellung des Wettrüstens, das weiter forciert wird und dadurch den Entspannungsprozeß, den Frieden und die Sicherheit der Völker immer mehr bedroht, noch nicht gelöst sind. In jüngster Zeit sind diese Probleme noch akuter geworden. Aber der Anfang für einen dauerhaften Frieden ist getan. Es kommt darauf an, dieses Werk fortzusetzen.

Anläßlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung ihres Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand bekräftigen die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten feierlich ihre unerschütterliche Entschlossenheit, gemeinsam mit allen anderen friedliebenden Ländern und gesellschaftlichen Kräften unermüdlich für dieses Ziel zu wirken.

II.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses erörterten im Gesamtzusammenhang der Entwicklung der internationalen Lage die gegenwärtige Situation in Europa sowie aktuelle Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent.

Sie hoben hervor, daß der Verlauf der Ereignisse in der Welt die Richtigkeit der in der Moskauer Deklaration der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages vom 23. November 1978 getroffenen Einschätzungen und formulierten Ziele bestätigt hat.

In diesem Zusammenhang stellten die Teilnehmer der Tagung fest, daß einerseits die Entschlossenheit der Völker, aller fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte immer stärker wird, der Aggressions- und Unterdrückungspolitik des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus ein Ende zu setzen, und daß sich der Kampf für Frieden und Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens, für Freiheit und sozialen Fortschritt sowie für eine friedliche gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung der nationalen Unabhängigkeit und Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten immer breiter entfaltet.

Andererseits erinnerten die Teilnehmer der Tagung an den Hinweis in der Moskauer Deklaration auf die weitere Zunahme der Aktivität der Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, auf deren verstärkte Versuche, unabhängige Staaten und Völker ihrer Herrschaft zu unterwerfen, auf das Anheizen des Wettrüstens und auf ihre grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, was schon damals den Entspannungsprozeß gefährdete, dem Streben der Völker nach Frieden, Freiheit, Unabhängigkeit und Fortschritt widersprach.

Mit um so größerer Besorgnis stellen sie fest, daß die internationale Lage gegenwärtig noch komplizierter geworden und die Gefahr für den Frieden und die Entspannung bedeutend angewachsen ist. Das ist die Folge der weiteren Aktivierung der imperialistischen Politik der Stärke, der Konfrontation und des Hegemonismus, der Anhäufung ungeklärter internationaler Probleme. Die imperialistischen Kräfte, die diese Politik betreiben, verletzen offen die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten, mischen sich in ihre inneren Angelegenheiten ein, wenden in den internationalen Beziehungen immer häufiger Gewalt an oder drohen mit ihrer Anwendung.

Gleichzeitig damit werden auf dem Wege der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gleichberechtigter und gerechter Grundlage immer neue Hindernisse errichtet. Im Kampf um Energie- und Rohstoffressourcen wird immer häufiger gegen die Entwicklungsländer Gewalt angewendet oder angedroht. Das ruft in den zwischenstaatlichen Beziehungen Instabilität hervor und führt zum Entstehen neuer Spannungsherde.

Die imperialistischen und reaktionären Kräfte nutzen all das zur Erhöhung der Militärbudgets und zur Forcierung der langfristigen Rüstungsprogramme aus. Dadurch entstehen neue Hindernisse für die Festigung der Sicherheit in Europa, wo es nach wie vor keine Fortschritte in der militärischen Entspannung und der Abrüstung gibt, wo die Rüstungsausgaben, die Truppen und Rüstungen weiter verstärkt und in immer größerem Maße Vernichtungsmittel angehäuft werden, besonders nukleare, die die Völker des Kontinents bedrohen.

Eine besondere Gefahr birgt der Beschluß der NATO über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen mittlerer Reichweite in Westeuropa in sich. Wenn der Beschluß verwirklicht wird, wird sich die Lage auf dem europäischen Konti-

nent entschieden verschlechtern, da sich eine Vergrößerung des zerstörerischen Potentials in Europa unausweichlich auf das politische Klima und die Lebensinteressen der Völker des Kontinents auswirkt und neue gewalttätige Ausgaben nach sich zieht, die den Völkern eine noch schwerere Last aufbürden.

Die USA haben die Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) aufgeschoben, bringen gemeinsam mit einigen ihrer Verbündeten die Verhandlungen zu zahlreichen wichtigen Aspekten der Begrenzung des Wetrüstens zum Stillstand — in einigen Fällen haben sie diese sogar völlig abgebrochen — und handeln somit entgegen den Interessen des internationalen Vertrauens und der Entspannung und im Widerspruch zu den Beschlüssen der Sondertagung der UNO-Vollversammlung zur Abrüstung. Es häufen sich die Fälle, daß sie unter Mißachtung unterzeichneter politischer, Handels- und Wirtschaftsverträge und Abkommen demonstrativ von ihren Verpflichtungen zurücktreten und damit das Prinzip der Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben, das in der Charta der Vereinten Nationen und der Schlußakte der gesamteuropäischen Konferenz proklamiert ist, auf das grösste mißachten.

Gegen die sozialistischen Staaten werden politische und propagandistische Kampagnen im Geiste des „kalten Krieges“ geführt. Die Regierung der USA übt einen beispiellosen Druck auf die olympische Bewegung aus, die von altersher den Geist des Friedens, der Zusammenarbeit und der Annäherung zwischen den Völkern verkörpert.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten erheben ihre Stimme gegen alle derartigen Schritte und Aktionen, gegen Versuche, die internationale Entspannung zu untergraben, die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten zu hemmen. Sie treten entschieden dafür ein, daß keine Schritte unternommen werden, die die Lage komplizieren könnten, und daß alle Staaten ihre Anstrengungen vereinen, um dem Anwachsen der Spannungen Einhalt zu gebieten und die Politik der Entspannung und der friedlichen Zusammenarbeit fortzuführen.

Die Teilnehmer der Tagung treten entschlossen dafür ein, daß auf dem europäischen Kontinent nie wieder eine Atmosphäre der Feindschaft und des Mißtrauens entsteht. Für die europäischen Völker, die sich aus eigener Erfahrung davon überzeugen konnten, wie sehr die Entspannung ihren uryensten Interessen entspricht, ist die Fortsetzung des Entspannungsprozesses und die Entwicklung der gleichberechtigten Zusammenarbeit ebenso wie für alle Völker der Welt eine lebenswichtige Frage. Es kommt darauf an, daß die gegenwärtigen politischen, ökonomischen, wissenschaftlich-technischen und anderen friedlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nicht reduziert werden, sondern eine weitere Entwicklung erfahren, damit im Rahmen der politischen Kontakte und Konsultationen zwischen ihnen der Austausch von Meinungen, Gedanken und Vorstellungen zu aktuellen Problemen Europas und der Welt fortgeführt wird.

Es ist ebenfalls wichtig, die Erfahrungen der gesamteuropäischen Treffen zu nutzen, die in den Jahren von 1978 bis 1980 auf der Grundlage der in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Beschlüsse stattfanden. Es ist notwendig, die Verwirklichung der Festlegungen der gesamteuropäischen Konferenz zu Fragen des Umweltschutzes zu gewährleisten, die gesamteuropäische Konferenz zu Fragen der Energie, mit deren Vorbereitung bereits begonnen wurde, durchzuführen und zu einer Vereinbarung über die Durchführung einer analogen Konferenz zu Fragen des Verkehrswesens zu gelangen.

Gleichzeitig sehen es die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses als ihre Pflicht an zu unterstreichen, daß die Fortsetzung und Vertiefung des Entspannungsprozesses auf dem europäischen Kontinent in entscheidendem Maße davon abhängt, wie sorgsam alle Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz mit dem Positiven umgehen, das in Europa im letzten Jahrzehnt erreicht wurde, und wie konsequent alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in die Praxis umgesetzt werden.

In diesem Zusammenhang lenken sie insbesondere die Aufmerksamkeit auf die erneuten Versuche, die Souveränität der Staaten und die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen in

Zweifel zu ziehen, was den von allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in der Schlußakte übernommenen Verpflichtungen widerspricht.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sind entschlossen, sich gemeinsam mit allen friedliebenden Ländern und gesellschaftlichen Kräften für die internationale Entspannung einzusetzen, sie zu verteidigen und dafür zu wirken, sie zu einem ständigen, allseitigen und allumfassenden Prozeß zu machen. Sie sind nach wie vor bereit, die Beziehungen zu allen Ländern Europas und der Welt zu entwickeln und zu vertiefen, indem sie die bereits erprobten Wege der Zusammenarbeit ausbauen und neue bahnen.

Nach Überzeugung der Teilnehmer der Tagung kann und muß das bevorstehende Treffen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz in Madrid eine wichtige Rolle bei der Festigung der Entspannung, der Stärkung der Sicherheit und der Entwicklung der Zusammenarbeit in Europa spielen. Sie sind der Auffassung, daß es die gegenwärtige Situation in Europa unbedingt erforderlich macht, daß alle seine Teilnehmer der gründlichen Vorbereitung dieses Treffens die gebührende Aufmerksamkeit widmen, daß sie danach streben, eine Atmosphäre des Vertrauens und der Verständigung zu schaffen, die für den Erfolg des Treffens notwendig ist. Alle Teilnehmer des Madrider Treffens tragen eine große Verantwortung dafür, daß es in einer konstruktiven Atmosphäre verläuft.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses sind der Ansicht, daß Möglichkeiten bestehen, das Madrider Treffen mit der Vereinbarung praktischer Schritte zu militärischen und politischen Aspekten der europäischen Sicherheit und zur Entwicklung der Zusammenarbeit auf allen Gebieten abzuschließen. Dafür bedarf es des Willens und der Anstrengungen aller Teilnehmer des Treffens, ihrer Bereitschaft, Möglichkeiten zur Vereinbarung konstruktiver Schritte zu jedem Abschnitt der Schlußakte zu suchen und zu finden.

Den zentralen Platz unter den Problemen, von denen die Festigung des Friedens in Europa abhängt, nimmt gegenwärtig das Problem der militärischen Entspannung und Abrüstung auf dem Kontinent ein.

Fortschritte in der militärischen Entspannung in Europa zu erreichen — das ist das objektive und dringlichste Erfordernis. Von erstrangiger Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Festigung und Erweiterung vertrauensbildender Maßnahmen, die Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt, die Beschränkung der Streitkräfte und Rüstungen jedes einzelnen Staates oder von Staatengruppen ausschließlich auf die Erfordernisse der Verteidigung, der beiderseitige Verzicht auf Versuche zur Erlangung der militärischen Überlegenheit.

Die Teilnehmer der Tagung sind der Meinung, daß es keine unüberwindlichen Hindernisse für praktische Lösungen auf dem Gebiet der militärischen Entspannung in Europa gibt und geben kann, wenn alle Seiten diese Aufgabe in dem Bestreben in Angriff nehmen, ihren konstruktiven Beitrag zu leisten.

Beispielgebend für ein solches Herangehen ist der Beschluß der Sowjetunion über den einseitigen Abzug einer bestimmten Anzahl ihrer Truppen und Rüstungen, einschließlich Panzertruppen, aus Mitteleuropa. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die alle ihre positive Haltung zu diesem Friedensschritt der UdSSR bereits bei seiner Ankündigung zum Ausdruck brachten, unterstützen auch weiterhin voll und ganz seine Verwirklichung.

Den Regierungen aller Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz liegt bereits seit einem Jahr der Vorschlag zur Einberufung einer Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa vor, der von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitet und in ihren gemeinsamen Dokumenten konkretisiert wurde. Eine solche Konferenz kann zu einem wichtigen Meilenstein bei der Festigung der Grundlagen des europäischen Friedens, bei der Verwirklichung der Verpflichtung aller Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz zur Durchsetzung effektiver Maßnahmen auf dem Wege der Verringerung der militärischen Konfrontation und zur Förderung der Abrüstung in Europa werden.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten rufen alle Teilnehmer der gesamteuropäischen Konferenz zu einer konstruktiven Haltung hinsichtlich der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa auf, damit auf dem Madrider Treffen

ein Beschluß über ihre Einberufung gefaßt werden kann. Sie sind ihrerseits bereit, die Vorschläge anderer Staaten zu Fragen der Arbeitsweise und des Inhalts der Konferenz aufmerksam zu prüfen.

Alle Teilnehmer der Tagung unterstützen den Vorschlag der Volksrepublik Polen, die Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa in Warschau durchzuführen, der Stadt, die in den Jahren der schweren Prüfungen des zweiten Weltkrieges größten Heldenmut und Selbstaufopferung bewies. Sie bringen die Hoffnung zum Ausdruck, daß dieser Vorschlag, der in vielen europäischen Ländern ein positives Echo gefunden hat, allgemeine Unterstützung findet.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten sprechen sich dafür aus, bei der Behandlung der Fragen der militärischen Entspannung in Europa die materiellen vertrauensbildenden und Abrüstungsmaßnahmen mit politischen und vertragsrechtlichen Schritten zur Verringerung der Kriegsgefahr und zur Stärkung der Garantien für die Sicherheit der Staaten zu verbinden. Diesem Ziel dient ihr Vorschlag, zwischen allen Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz einen Vertrag abzuschließen, als erste gegeneinander weder nukleare noch konventionelle Waffen anzuwenden.

Sie setzen sich für die Festlegung und Verwirklichung aller Maßnahmen und Vereinbarungen ein, die auf die Stärkung des politischen und rechtlichen Fundaments für die Einhaltung des Prinzips der Nichtanwendung und Nichtandrohung von Gewalt in Europa gerichtet sind, sowie für spezielle Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitsgarantien für nichtkernwaffenbesitzende Staaten Europas. Solche Maßnahmen könnten vorsehen, daß die Kernwaffenmächte niemals Kernwaffen gegen diejenigen europäischen Staaten — unabhängig davon, ob sie militärischen Bündnissen angehören oder nicht — einsetzen, die keine solchen Waffen besitzen und auf deren Territorium keine ausländischen Kernwaffen stationiert sind. Diese Staaten haben das Recht, auch Garantien zu erhalten, daß gegen sie, entsprechend dem Prinzip der Nichtanwendung oder Nichtandrohung von Gewalt, keinerlei andere Waffen eingesetzt werden.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten messen einer so wichtigen Frage wie der Ausarbeitung von Vereinbarungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite besondere Bedeutung bei.

Verhandlungen über nukleare Raketenwaffen mittlerer Reichweite sind möglich, und die Teilnehmer der Tagung unterstützen die diesbezüglichen Vorschläge der Sowjetunion. Um solche Verhandlungen zu beginnen, ist nur eines erforderlich — den NATO-Beschluß über die Produktion und die Stationierung neuer Arten amerikanischer nuklearer Raketenwaffen in Westeuropa aufzuheben oder zumindest seine Verwirklichung auszusetzen.

Sie geben der Überzeugung Ausdruck, daß, wenn sich alle Staaten von den Interessen des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker leiten lassen und den erforderlichen politischen Willen an den Tag legen, bei Aufrechterhaltung des bestehenden annähernden Kräftegleichgewichts, dessen Existenz noch vor kurzem auch von den NATO-Ländern anerkannt wurde, nicht nur die weitere gefährliche Verstärkung des nuklearen Wettrüstens in Europa verhindert wird, sondern auch die Möglichkeit besteht, dieses Gleichgewicht auf einem niedrigeren Niveau zu halten.

Die Völker Europas sind zutiefst an einem schnellstmöglichen Beginn und einer erfolgreichen Durchführung der Verhandlungen über die nuklearen Raketenwaffen mittlerer Reichweite, an der Einstellung des nuklearen Wettrüstens, an der Nichterweiterung des Arsenalen von Raketenwaffen auf dem europäischen Kontinent interessiert. Das entspricht den Interessen des Friedens und der Sicherheit aller Völker. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten ein weiteres Verschleppen der Wiener Verhandlungen über die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen in Mitteleuropa für völlig unzulässig. In diesem Raum sind riesige Mengen von Truppen und modernsten Rüstungen konzentriert, und diese Gefahr sollte niemand unterschätzen.

Die an den Wiener Verhandlungen teilnehmenden sozialistischen Länder haben wesentliche Schritte zur Annäherung der Positionen getan. Die daran teilnehmenden NATO-Länder hingegen tragen nicht zum Erfolg der Sache bei, sondern gehen in ihrer Position zum Wesen der erörterten Fragen in letzter Zeit sogar noch weiter zurück. Indes sind

nach Meinung der Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses die Möglichkeiten, in den Wiener Verhandlungen Vereinbarungen zu erreichen, bei weitem nicht ausgeschöpft. Sie sind bereit, auch weiter Anstrengungen zu unternehmen, um nach solchen Lösungen zu suchen, die, ohne Beeinträchtigung der Sicherheit der Seiten, zur Verringerung des Niveaus der militärischen Konfrontation in Mitteleuropa führen würden. Das erfordert ein konstruktives Herangehen seitens aller Teilnehmer an den Wiener Verhandlungen.

Die auf der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vertretenen Staaten setzen sich konsequent für die Verwirklichung von Maßnahmen zur militärischen Entspannung auch in anderen Teilen Europas sowie im Mittelmeerraum ein.

Entsprechende Schritte in bezug auf den Mittelmeerraum könnten die Ausdehnung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf diesen Raum, die Reduzierung der dort befindlichen Streitkräfte, den Abzug der kernwaffenbestückten Kriegsschiffe aus dem Mittelmeer und den Verzicht auf die Stationierung von Kernwaffen auf dem Territorium der europäischen und außereuropäischen nichtkernwaffenbesitzenden Mittelmeerstaaten vorsehen, was dem Geist der Schlußakte von Helsinki entspräche. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu ernsthaften, sachlichen Verhandlungen zu all diesen Fragen bereit.

Ebenso konsequent setzen sie sich nicht nur im europäischen, sondern auch im globalen Maßstab für wirksame Maßnahmen zur Herbeiführung einer Wende bei der Lösung der Fragen der Begrenzung und Einstellung des Wettrüstens, der Verwirklichung konkreter Maßnahmen zur Abrüstung, besonders der nuklearen, ein. Sie sind überzeugt, daß der von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages unterbreitete weitreichende Komplex von Vorschlägen, die alle Richtungen dieses Problems erfassen, sichere Wege hierfür weist. Was die auf der Tagung vertretenen Staaten betrifft, so bekräftigen sie, daß es keine Waffenart gibt, zu deren Begrenzung oder Reduzierung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit sie nicht bereit wären.

Getragen von den hohen Idealen des Sozialismus und Kommunismus, erklären die an der Tagung teilnehmenden Staaten vor ihren Völkern und den Völkern der ganzen Welt erneut ihre Entschlossenheit, ihre Anstrengungen zu verstärken und noch aktiver für die militärische Entspannung, für die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung, einschließlich der Reduzierung der Militärausgaben der Staaten, ihrer Streitkräfte und Rüstungen, zu kämpfen.

III.

Im Verlauf des Meinungsaustausches zu anderen internationalen Fragen unterstrichen die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß sich ihre Staaten konsequent für eine gerechte und dauerhafte friedliche Regelung von Konfliktsituationen einsetzen, in welchem Gebiet der Welt diese auch immer entstehen mögen. Es gibt keine Probleme, weder globale noch regionale, die ihres Erachtens nicht mit politischen Mitteln gelöst werden könnten. Dies erfordert die strikte Achtung der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit aller Staaten, den völligen Verzicht auf eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, auf Versuche, eine ausländische Herrschaft über sie zu errichten und sie zu Aufmarschgebieten für Aggressionen gegen andere Länder zu machen.

Schon lange hätte ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten hergestellt sein können. Der Weg dorthin — auf den auch die auf der Tagung vertretenen Staaten mehrfach hingewiesen haben — ist bekannt. Er führt über die umfassende politische Regelung im Nahen Osten unter unmittelbarer Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich des arabischen Volkes von Palästina in Gestalt seines Vertreters — der Palästinensischen Befreiungsorganisation —, und auf der Grundlage der Achtung der legitimen Interessen aller Staaten und Völker im Nahen Osten, einschließlich Israels.

Diese Regelung erfordert den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Wiederherstellung des Rechtes für das arabische Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, und die Gewährleistung der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischt, versucht, ihnen vorzuschreiben, welche soziale und politische Ordnung sie bei sich zu errichten haben, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen auch die Notwendigkeit einer politischen Regelung der um Afghanistan entstandenen Lage. Eine solche Regelung muß die vollständige Beseitigung und die Nichtwiederaufnahme jeglicher Formen der Einmischung von außen, die gegen die Regierung und das Volk Afghanistans gerichtet ist, zuverlässig garantieren. In Verbindung mit der vollständigen Beseitigung jeglicher gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan gerichteten Formen der Einmischung von außen wird entsprechend den Erklärungen der Sowjetunion mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan begonnen werden.

Im Verlaufe des Meinungsaustausches erklärten die Teilnehmer der Tagung ihre Unterstützung für das unveräußerliche Recht des Volkes von Iran, selbständig, ohne irgendwelche Einmischung von außen, sein Schicksal zu entscheiden und seinen Entwicklungsweg zu bestimmen. Äußerst entschieden und kategorisch verurteilen sie die kürzlich von den USA auf dem Territorium Irans durchgeführte militärische Diversionsoption als besonders groben Akt der Gewalt, der Einmischung und der Verletzung der Souveränität eines unabhängigen Staates. Indem sie bekräftigen, daß alle Staaten ihre Verpflichtungen aus der Wiener Konvention über diplomatische Beziehungen strikt einhalten müssen, erklären sie, daß die Verletzung der Souveränität eines Landes und jedweder Druck auf dieses Land durch keinerlei Vorwände zu rechtfertigen sind.

Sie sind davon überzeugt, daß die in den amerikanisch-iranischen Beziehungen entstandenen Probleme, wie überhaupt alle zwischenstaatlichen Probleme, auf dem Wege friedlicher Verhandlungen, auf der Grundlage der allgemein anerkannten Prinzipien und Normen des Völkerrechts bei Verzicht auf jegliche militärische Schritte, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt gelöst werden müssen.

Die Teilnehmer der Tagung bekundeten ihre Unterstützung für den Vorschlag der Staaten des Indischen Ozeans, dieses Gebiet in eine Friedenszone umzuwandeln, ihre Bereitschaft, mit ihnen dabei zusammenzuarbeiten, darunter auf der internationalen Konferenz zu Fragen des Indischen Ozeans, deren Einberufung im Rahmen der UNO im Jahre 1981 vorgesehen ist. Zugleich stellten sie fest, daß die umfangreiche Verstärkung der Präsenz und der Aktivitäten der amerikanischen Kriegsflotte im Indischen Ozean, die Erweiterung der bestehenden und die Schaffung neuer ausländischer Militärstützpunkte in diesem Raum in direktem Widerspruch zu dem von der UNO gebilligten Plan der Umwandlung des Indischen Ozeans in eine Friedenszone steht, eine Gefahr für die Sicherheit und Unabhängigkeit vieler Länder heraufbeschwört und zur Schaffung eines neuen internationalen Spannungsherdes führt.

Die auf der Tagung vertretenen Länder unterstützen konsequent den nationalen Befreiungskampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Rassismus, gegen jegliche Formen der Herrschaft, ihren Kampf für die Achtung des Rechtes eines jeden Volkes, über sein Schicksal uneingeschränkt selbst zu bestimmen, sein Bestreben zu verwirklichen, sich auf dem Weg des Fortschritts zu entwickeln.

Mit Genugtuung begrüßen sie die Proklamierung der Unabhängigkeit des Staates Simbabwe als Krönung des langjährigen heldenhaften Kampfes des Volkes dieses Landes gegen das rassistische Kolonialregime, für das Recht auf ein freies und würdiges Leben. Die Teilnehmer der Tagung bekräftigen ihre Solidarität mit dem Volk von Namibia in seinem gerechten Kampf für Freiheit und Unabhängigkeit, mit dem Volk Südafrikas, das für die Beseitigung des Apartheidregimes und der Rassendiskriminierung kämpft.

Unabhängig, ob es der Nahe oder Mittlere Osten, Südostasien, der Süden Afrikas oder irgendeine andere Region der Welt ist, wo politische Spannungen oder eine Konfliktsituation bestehen — die unmittelbare Pflicht aller Staaten ist es, erstens, nichts zu unternehmen, was die Situation verschlechtern könnte, und zweitens, durch ihr objektives Vorgehen und ihre Politik zu einer Entschärfung und zur Normalisierung der Situation beizutragen. Die auf der Tagung vertretenen Staaten halten sich strikt an diese Linie und rufen alle anderen Länder auf, ebenso zu handeln.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten treten dafür ein, daß der Prozeß der internationalen Entspannung auf alle Regionen der Welt ausgedehnt wird. Es gibt kein Land, das davon nicht profitieren würde, und kein Volk, für das die Früchte der Entspannung nicht von Vorteil wären. Zur Politik der Entspannung gibt es und kann es keine vernünftige Alternative geben.

Einen wichtigen positiven Faktor sehen die Teilnehmer der Tagung dabei in dem Auftreten von Staatsmännern vieler Länder, die sich für wirksame Maßnahmen zur Festigung der Entspannung und für die Beseitigung all dessen aus den zwischenstaatlichen Beziehungen ausgesprochen haben, was diesen Prozeß behindert, wie Methoden des Drucks und des Diktats, Verletzung der Souveränität und Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten.

Die Teilnehmer der Tagung unterstreichen die weiter gewachsene Rolle der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten, die einen bedeutenden positiven Faktor in der gegenwärtigen internationalen Politik darstellt, bei der Lösung komplizierter internationaler Probleme. In diesem Sinne bewerten sie die Ergebnisse der VI. Konferenz der Staats- und Regierungschefs der nichtpaktgebundenen Länder 1979 in Havanna.

Sie unterstützen die Beschlüsse der Konferenz, die auf die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die Herbeiführung der Abrüstung, die Schaffung von Friedenszonen, die Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die Nichtzulassung jeglicher Einmischung von außen in die inneren Angelegenheiten der Staaten, die Gewährleistung der Rechte der Völker auf freie und unabhängige Entwicklung, die Befreiung der Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas von imperialistischer, kolonialer und neokolonialistischer Ausbeutung, auf die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung auf gerechter und demokratischer Grundlage gerichtet sind.

Im Zusammenhang mit der besonderen Bedeutung der Überwindung der Kluft in der wirtschaftlichen Entwicklung der Staaten und der Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auf gerechter und demokratischer Grundlage unterstrichen die Teilnehmer der Tagung die Wichtigkeit der im Sommer dieses Jahres bevorstehenden Sondertagung der UN-Vollversammlung zu Fragen der neuen internationalen Wirtschaftsordnung. Sie geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Arbeit und die Ergebnisse dieser Tagung zu Fortschritten in der gleichberechtigten internationalen Zusammenarbeit auf ökonomischem Gebiet, darunter zur Unterstützung der Bemühungen der Entwicklungsländer um Beschleunigung des Tempos ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, beitragen.

Die 70er Jahre wurden zu einer Zeit verstärkter Zusammenarbeit und guter Nachbarschaft zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung. In den 80er Jahren kommt es darauf an, nicht nur all das Positive zu bewahren, was im vergangenen Jahrzehnt erreicht wurde, sondern die Früchte der Entspannung zu mehren, den Kampf um Frieden, Freiheit, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt noch breiter zu entfalten. Das entspricht den Hoffnungen der gesamten Menschheit.

IV.

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages appellieren anläßlich des 25. Jahrestages seiner Unterzeichnung an die Verantwortung aller europäischen Länder, aller Länder der Welt, die sie angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des Weltgeschehens für die Zukunft tragen.

Die Zukunft wird heute gestaltet. Der morgige Tag im Leben der Völker hängt davon ab, welche Entscheidungen die Staaten — gemeinsam und einzeln — heute zu den

akuten internationalen Problemen treffen. Dabei müssen sie dessen eingedenk sein, daß es im gemeinsamen Interesse aller Staaten und Völker liegt, von den im Ergebnis des großen Sieges über die faschistischen Aggressoren im zweiten Weltkrieg und der Nachkriegsentwicklung in Europa entstandenen territorialen und politischen Realitäten auszugehen und zur Stärkung der internationalen Rechtsordnung auf der Grundlage der Grundsätze und Ziele der UN-Charta beizutragen.

Die führenden Staatsmänner, die Regierungen, die Parlamente, alle gesellschaftlichen Kräfte, die sich ihrer Verantwortung gegenüber den eigenen und den Völkern der ganzen Welt bewußt sind, müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Möglichkeit eines neuen Krieges auszuschließen und ihm mit einer unüberwindbaren Barriere den Weg zu verlegen. Die Analyse der gegenwärtigen Lage diktiert die Notwendigkeit, diese Anstrengungen vor allem auf folgende Richtungen zu konzentrieren:

Erstens — Als gemeinsamen Akt guten Willens sich darüber zu verständigen, daß von einem bestimmten vereinbarten Zeitpunkt ab kein Staat und keine Staatengruppierung in Europa die zahlenmäßige Stärke ihrer Streitkräfte in dem von der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa festgelegten Gebiet erhöht. Das würde zur Stärkung der positiven Grundlagen der Situation auf dem europäischen Kontinent beitragen und wäre ein wichtiger Schritt zur Festigung der Stabilität und des Vertrauens in Europa.

Zweitens — Alle Bestimmungen der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die vor fünf Jahren von den höchsten Vertretern von 35 Staaten in Helsinki feierlich unterzeichnet wurde, strikt einzuhalten. Das trifft vor allem auf die Prinzipien zu, zu deren Achtung in ihren gegenseitigen Beziehungen sich die Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz verpflichtet haben — souveräne Gleichheit, Achtung der der Souveränität innewohnenden Rechte; Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt; Unverletzlichkeit der Grenzen; territoriale Integrität der Staaten; friedliche Regelung von Streitfällen; Nichteinmischung in innere Angelegenheiten; Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten; Gleichberechtigung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; Zusammenarbeit zwischen den Staaten; Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.

Drittens — Im Interesse der erfolgreichen Durchführung des für Ende 1980 geplanten Madrider Treffens den bi- und multilateralen Meinungsaustausch zu intensivieren und zu vertiefen, damit bereits vor Beginn des Treffens im Prinzip Einigkeit hinsichtlich der Fragen besteht, zu denen auf dem Treffen praktische Schritte vereinbart werden können, die zu einer umfassenderen Verwirklichung der Schlußakte führen. Eine gute Vorbereitung des Madrider Treffens und Fortschritte bei der Abstimmung seiner Beschlüsse könnten die Voraussetzung dafür sein, daß diese unter Beteiligung der Außenminister gefaßt werden. Der Abschluß des Madrider Treffens mit positiven konkreten Ergebnissen würde sich wohlwollend auch auf die gesamte internationale Lage auswirken.

Viertens — Die Vorbereitung der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa zu beschleunigen, den bilateralen Meinungsaustausch zu konkreten Fragen dieser Vorbereitung zu verstärken und multilaterale vorbereitende Konsultationen von Vertretern der Teilnehmerstaaten der Konferenz durchzuführen, um auf dem Madrider Treffen praktische Beschlüsse über die Aufgaben der Konferenz, über Zeit, Ort und Arbeitsweise zu fassen, einschließlich der Tagesordnung ihrer ersten Etappe, und in dieser Etappe die Arbeit auf vertrauensbildende Maßnahmen zu konzentrieren.

Fünftens — In den laufenden Verhandlungen zu verschiedenen Gebieten der Begrenzung und Einstellung des Wetrüstens Anstrengungen zur schnellen Herbeiführung von Vereinbarungen zu unternehmen, unverzüglich die Verhandlungen auf den Gebieten, auf denen sie eingestellt oder abgebrochen wurden, wieder aufzunehmen.

Die nächsten Aufgaben für praktische Maßnahmen zur Einstellung des Wetrüstens sind neben der Ratifizierung des sowjetisch-amerikanischen Vertrages über die Begrenzung der strategischen Waffen (SALT II) der schnellstmögliche erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen

— über das vollständige und allgemeine Verbot der Kernwaffenversuche;

— über das Verbot der radiologischen Waffen;
— über das Verbot der chemischen Waffen und die Verhütung ihrer Vorräte;
— über die Nichtanwendung von Kernwaffen gegen nichtkernwaffenbesitzende Staaten, auf deren Territorium es keine Kernwaffen gibt, und über die Nichtstationierung von Kernwaffen auf dem Territorium von Staaten, wo sich solche gegenwärtig nicht befinden.

Die Herbeiführung einer Übereinkunft über einzelne Maßnahmen, für deren Verwirklichung sich die Organisation der Vereinten Nationen bereits aussprach, würde schon zur Gesundung der internationalen Lage beitragen, doch wäre der erfolgreiche Abschluß der Verhandlungen über alle Maßnahmen zusammen ein großer Erfolg für die Menschheit.

Sechstens — Unverzüglich konstruktive Verhandlungen über folgende aktuelle Maßnahmen zur Einstellung des Wetrüstens und zur Beseitigung der Kriegsgefahr aufzunehmen, wofür sich die sozialistischen Staaten ständig einsetzen und wofür sich auch die Organisation der Vereinten Nationen aussprach, zu denen aber bisher noch keine Verhandlungen geführt werden, nämlich

— über den Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt;
— über die Einstellung der Produktion von Kernwaffen und die allmähliche Reduzierung ihrer Vorräte bis zu ihrer vollständigen Liquidierung;
— über das Verbot der Entwicklung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen;
— über die Reduzierung der Militärbudgets, vor allem der Großmächte.

Kein einziger Staat, keine einzige Regierung hat überzeugende Motive dafür, Verhandlungen zu diesen Problemen auszuweichen, und kann sie nicht haben. Das Gewissen der Menschheit darf sich nicht damit abfinden, daß eine Möglichkeit für die Lösung dieser Probleme im Interesse aller Menschen ungenutzt bleibt.

Es ist ebenfalls notwendig, ohne weitere Verzögerung neue internationale Anstrengungen zu unternehmen, um ein Verbot der Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten, den Verzicht aller Staaten auf die Anwendung von Gewalt in ihren gegenseitigen Beziehungen zu erreichen sowie die Beseitigung ausländischer Militärsützpunkte und den Abzug der Truppen von fremden Territorien, die Reduzierung der Streitkräfte und Rüstungen und die Errichtung von kernwaffenfreien Zonen und Friedenszonen in den verschiedenen Gebieten der Welt, darunter in Europa, zu erzielen.

Siebtens — Im Interesse des Friedens und der Stabilisierung der internationalen Lage ebenso wie im Interesse der Gewährleistung einer sicheren und ungehinderten Nutzung der wichtigsten internationalen Seewege mit der Erörterung — zum Beispiel im Rahmen der UNO — der Frage der Einschränkung und Verringerung der militärischen Präsenz und der militärischen Aktivitäten in den jeweiligen Gebieten, sei es im Atlantischen, im Indischen oder im Stillen Ozean, im Mittelmeer oder im Persischen Golf, zu beginnen.

Mit der Unterbreitung dieser Vorschläge bringen die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages die Hoffnung zum Ausdruck, daß sie von den Regierungen aller Staaten Europas und der Welt positiv aufgenommen und aufmerksam geprüft werden und seitens der Regierungen wie auch der europäischen und der Weltöffentlichkeit breite Unterstützung finden. Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages sind zu Kontakten und zum Dialog über den Inhalt dieser Vorschläge mit allen interessierten Staaten bereit. Sie sind wie stets bereit, aufmerksam und in konstruktivem Geiste die Vorschläge anderer Staaten zur Festigung des Friedens und der Entspannung, zur Zügelung des Wetrüstens, zur Verwirklichung der Abrüstung und zur Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit zu prüfen.

* * *

Die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses des Warschauer Vertrages erörterten die aktuellen Aufgaben im Kampf für die Entspannung und Sicherheit in Europa und für die Festigung des Weltfriedens und bekräftigten ihre unerschütterliche Treue zur Politik des Friedens, der europäischen und internationalen Sicherheit.

Sie sind entschlossen, die brüderliche Freundschaft und allseitige Zusammenarbeit untereinander sowie mit den anderen sozialistischen Ländern zu festigen, mit allen Staaten die Beziehungen zu entwickeln, den Dialog zu führen und zu vertiefen.

Ein Vierteljahrhundert seit der Unterzeichnung des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand in Warschau — das sind Jahre des Kampfes gegen die imperialistische Politik der Aggression und des Hegemonismus, des Kampfes für Frieden und Entspannung, für die Durchsetzung der Beziehungen der Gleichheit und der friedlichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten.

Für die Volksrepublik Bulgarien

TODOR SHIWKOW

Erster Sekretär des ZK der Bulgarischen
Kommunistischen Partei,
Vorsitzender des Staatsrates
der Volksrepublik Bulgarien

Für die Ungarische Volksrepublik

JANOS KADAR

Erster Sekretär des ZK der Ungarischen
Sozialistischen Arbeiterpartei

Für die Deutsche Demokratische Republik

ERICH HONECKER

Generalsekretär des ZK der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands,
Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Für die Volksrepublik Polen

EDWARD GIEREK

Erster Sekretär des ZK der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei

Die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages bringen ihre feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die Staaten und Völker der Welt, wenn sie getragen von hoher Verantwortung handeln, in der Lage sind, die Erhaltung und Festigung des Friedens und die Verwirklichung des Strebens der Menschheit nach Freiheit und Fortschritt zu gewährleisten.

Für die Sozialistische Republik Rumänien

NICOLAE CEAUSESCU

Generalsekretär der Rumänischen
Kommunistischen Partei,
Präsident der Sozialistischen
Republik Rumänien

**Für die Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken**

LEONID ILJITSCH BRESHNEW

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen
Partei der Sowjetunion,
Vorsitzender des Präsidiums des
Obersten Sowjets der UdSSR

**Für die Tschechoslowakische
Sozialistische Republik**

GUSTAV HUSAK

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen
Partei der Tschechoslowakei,
Präsident der CSSR

Warschau, den 15. Mai 1980

ERKLÄRUNG

Durchdrungen von dem Streben, die Hoffnungen aller Völker der Erde auf eine friedliche Zukunft zu erfüllen, ergreifen die Teilnehmer der Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages folgende Initiative:

Sie schlagen vor, in nächster Zeit ein Treffen auf höchster Ebene zwischen den führenden Repräsentanten von Staaten aller Regionen der Welt durchzuführen. In den Mittelpunkt des Treffens soll die Aufgabe gerückt werden, die internationalen Spannungsherde zu beseitigen und einen Krieg zu verhindern, eine Aufgabe, die sowohl die europäischen Völker als auch die

ganze Menschheit bewegt. Besondere Aufmerksamkeit soll dabei den Fragen der europäischen Sicherheit, der Erhaltung des Friedens auf dem europäischen Kontinent gewidmet werden.

Ein solches Treffen könnte durch Konsultationen zwischen den Staaten vereinbart werden.

Die heutige Lage, die Besorgnis, die sie hervorruft, die bei weitem nicht ausgeschöpften Möglichkeiten und nicht zuletzt die gesamten historischen Erfahrungen von der Antihitlerkoalition bis in unsere Tage lehren, daß gerade ein solches Treffen auf höchster Ebene der sicherste Weg zur gegenseitigen Verständigung und zum dauerhaften Frieden ist.

Für die Volksrepublik Bulgarien

TODOR SHIWKOW

Erster Sekretär des ZK der Bulgarischen
Kommunistischen Partei,
Vorsitzender des Staatsrates
der Volksrepublik Bulgarien

Für die Ungarische Volksrepublik

JANOS KADAR

Erster Sekretär des ZK der Ungarischen
Sozialistischen Arbeiterpartei

Für die Deutsche Demokratische Republik

ERICH HONECKER

Generalsekretär des ZK der Sozialistischen
Einheitspartei Deutschlands,
Vorsitzender des Staatsrates
der Deutschen Demokratischen Republik

Für die Volksrepublik Polen

EDWARD GIEREK

Erster Sekretär des ZK der Polnischen
Vereinigten Arbeiterpartei

Für die Sozialistische Republik Rumänien

NICOLAE CEAUSESCU

Generalsekretär der Rumänischen
Kommunistischen Partei,
Präsident der Sozialistischen
Republik Rumänien

**Für die Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken**

LEONID ILJITSCH BRESHNEW

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen
Partei der Sowjetunion,
Vorsitzender des Präsidiums des
Obersten Sowjets der UdSSR

**Für die Tschechoslowakische
Sozialistische Republik**

GUSTAV HUSAK

Generalsekretär des ZK der Kommunistischen
Partei der Tschechoslowakei,
Präsident der CSSR

Warschau, den 15. Mai 1980

**SOCIAL
SCIENCES**

**CIÊNCIAS
SOCIAIS**

**SCIENCES
SOCIALES**

**CIENCIAS
SOCIALES**

**ABONNIEREN SIE
DIE „GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN“!**

GESSELLSCHAFTS-
WISSENSCHAFTEN

Die Vierteljahresschrift der Akademie der Wissenschaften der UdSSR erscheint in deutscher, englischer, französischer, spanischer und portugiesischer Sprache.

Die Zeitschrift bringt Aufsätze, Diskussionsbeiträge und Übersichten über die aktuellsten Arbeiten sowjetischer Wissenschaftler auf den Gebieten

**PHILOSOPHIE • GESCHICHTE • ÖKONOMIE •
POLITIK • RECHT • SOZIOLOGIE • PHILOLOGIE
• PSYCHOLOGIE • ETHNOGRAPHIE •
ARCHÄOLOGIE**

Die „Gesellschaftswissenschaften“ bringen 1980 u. a. Materialien zu folgenden Themen:

- Die Geschichtswissenschaften in der UdSSR
- Die Gesellschaftswissenschaften Sibiriens
- Die XXII. Olympiade: Körperkultur, Sport und Gesellschaft
- Die marxistisch-leninistische Konzeption des entwickelten Sozialismus
- Die Außenpolitik der KPdSU und des Sowjetstaates
- Die Wissenschaft von der Gesellschaft und der gesellschaftliche Fortschritt
- Die materialistische Dialektik: gegenwärtige Aspekte

- Die Ziel-Programm-Methoden in Planung und Leitung
- WTR, Gesellschaft, Mensch
- Strukturanalyse in den Gesellschaftswissenschaften
- Lehren aus dem Sieg über den Hitlerfaschismus
- Jugend und Gesellschaft
- Sowjetische Forschungen über die Entwicklungsländer
- Literatur und Kunst in der modernen Welt
- Aktuelle linguistische Probleme
- Ökologie der Stadt

Jede Firma, jede Buchhandlung Ihres Landes, die sowjetische Literatur vertreibt, nimmt Ihre Bestellung entgegen.

Unsere Anschrift: „Gesellschaftswissenschaften und Gegenwart“ Arbat, 33/12,
Moskau 121002, UdSSR

Im Objektiv: Die SCHWEIZ



Die Jungfrau
in ihrer
weißen Schneetracht

Das von Byron
besungene Schloß
Chillon

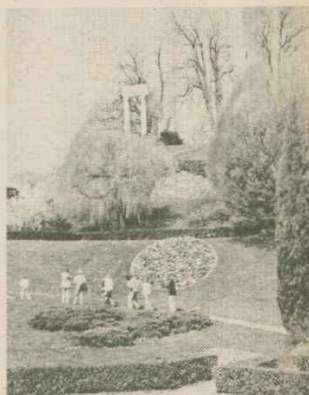


Berge, Seen und Almen, Banken, Uhren und Käse — all das verbinden wir mit der Schweiz. Ein hochentwickeltes Industrieland, das nach Pro-Kopf-Nationaleinkommen und -Kapitalexport an erster Stelle in der kapitalistischen Welt liegt, ein bedeutendes Finanz- und Bankenzentrum. Zudem ist die Schweizerische Eidgenossenschaft, die jetzt bereits über anderthalb Jahrhunderte eine

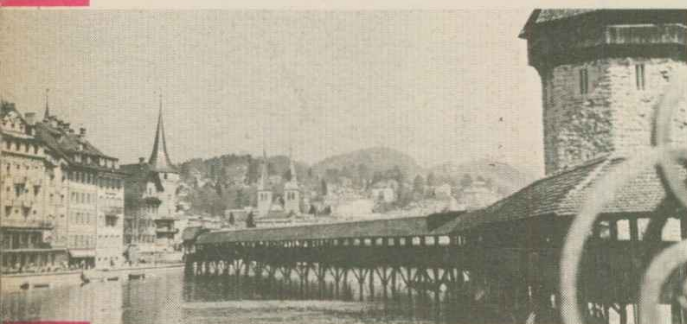


Der Markt in Bern,
der Hauptstadt des Landes

Ein Denkmal der alten
Römer in der Kleinstadt
Nyon am Ufer des
Genfer Sees



Diese Villa in Vevey
beherbergt eine Höhere
Tochterschule



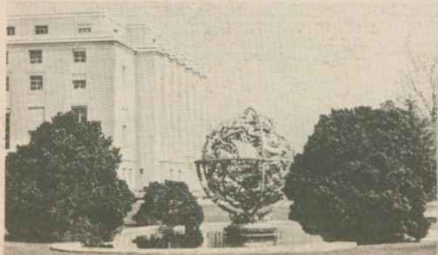
Politik der „universellen Neutralität“ verfolgt, ein malerisches Touristenziel mit vielen Naturschönheiten. Die Landschaft der Schweiz zeugt gleichsam von Ruhe und

**Eine hölzerne Pfahlbrücke
mit steinernem Wachturm
gehört zu den
Sehenswürdigkeiten
von Luzern**

Frieden. Diese Ruhe führen ebenso wie die mondänen Kurorte, die majestätische Natur und die historischen Sehenswürdigkeiten Gäste aus aller Welt hierher. Während der Hauptsaison kommen zu den

5 Millionen Schweizern weitere fast 6 Millionen Besucher aus dem Ausland hinzu. Der Tourismus ist für die Schweiz eine der bedeutendsten und beständigsten Einnahmequellen.

Das Genfer Palais des Nations, wo sich der europäische Sitz der UNO und anderer internationaler Organisationen befindet



In Corsier-sur-
Vevey ruht
Charles Chaplin

Hier wächst Wein

Fotos:
W. Kusnezow